

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans Mommsen

Die Geschichte des deutschen Widerstands
im Lichte der neueren Forschung

Klaus-Jürgen Müller

Die nationalkonservative Opposition
1933—1939

Von der Kooperation zum Widerstand

Ger van Roon

Der Kreisauer Kreis und das Ausland

Kommentar und Replik

Die Deutschland-Berichte der Sopade

B 50/86

13. Dezember 1986

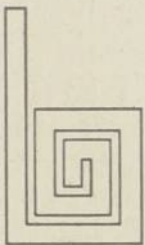
Hans Mommsen, Dr. phil., geb. 1930; Professor für neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u. a.: *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966; *Nationale Frage und Arbeiterbewegung*, Göttingen 1979; *Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft*, in: HZ, 241 (1985); *Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944*, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München 1986; *Die Opposition gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft 1933—1945*, in: Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.), *Der Deutsche Widerstand 1933—1945*, Paderborn 1986.

Klaus-Jürgen Müller, geb. 1930; Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg und an der Universität Hamburg; zuvor Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg i. Br.; Vorsitzender des Komitees der Bundesrepublik für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges; Mitglied des Institut d'Histoire des Relations Internationales Contemporaines (IHRIC) Paris; Gastprofessuren an den Universitäten Tel Aviv (1975) und Paris IV-Sorbonne (1984).
Veröffentlichungen u. a.: *Armee, Politik und Militär in Deutschland 1933—1945*, 1985⁴; *General Ludwig Beck* 1980; (zus. mit F. Knipping, Hrsg.) *Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, 1984; (Hrsg.) *Deutscher Widerstand 1933—1945*, Paderborn 1986.

Ger van Roon, Dr. phil., geb. 1933; Studium der Geschichte; Alt-Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung; Fellow der Royal Historical Society; Professor für Neueste Geschichte an der Freien Universität Amsterdam.

Veröffentlichungen u. a.: *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, 1967; *Wilhelm Staehle. Ein Leben auf der Grenze, 1877—1945*, 1969, Neuausg. 1986; *German Resistance to Hitler: Count von Moltke and The Kreisau Circle*, 1971; *Protestants Nederland en Duitsland, 1933—1941*, 1973; *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, 1979, 4. überarb. Aufl. im Druck; *Zwischen Neutralismus und Solidarität. Die evangelischen Niederlande und der deutsche Kirchenkampf 1933—1942*, 1983; *Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch (Beiträge zum Widerstand 1933—1945, H. 26)*, 1985; *Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen*, 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Geschichte des deutschen Widerstands im Lichte der neueren Forschung¹⁾

I.

Das historiographische Interesse an der Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler ist in der Bundesrepublik seit den frühen sechziger Jahren spürbar rückläufig geworden. Die offiziellen Gedenkfeiern zum 20. Juli 1944 in Plötzensee und in der Bendlerstraße sowie gelegentliche Ausstellungen zur Geschichte der Opposition, darunter jüngst die innovative Darstellung des Kreisauer Kreises²⁾, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie im historisch-politischen Diskurs der Bundesrepublik an den Rand gedrängt ist und im wesentlichen nur in Form von respektvollen Gedächtnisreden das breite Publikum erreicht. Zwar fehlt es nicht an Bemühungen, das wissenschaftliche Interesse am Widerstand neu zu beleben³⁾, aber die Resonanz in der zeitgeschichtlichen Forschung bleibt gering und setzt sich nicht in eine kritische Überprüfung der vorherrschenden Interpretationen der Geschichte und Struktur des Dritten Reiches um. In manchen Überblicksdarstellungen findet der Widerstand entweder nur untergeordnete Erwähnung⁴⁾ oder eine überwiegend kritische Bewertung⁵⁾. Die Geschichte des Widerstands ist im Begriffe, in ein wohlmeinendes Randkapitel der Überblicksdarstellungen zum Dritten Reich abge-

drängt zu werden, während sich die Perspektive zunehmend der inneren Automatik des Systems zuwendet.

Eine der Hauptursachen für das schwindende Interesse an der Geschichte der deutschen Opposition, das sich bemerkbar machte, noch bevor der Einfluß der Kritischen Linken diese Thematik an den Rand drängte, liegt in dem Tatbestand, daß die Berufung auf das „andere Deutschland“ zur sekundären Legitimierung der demokratischen Rekonstruktion in der Bundesrepublik als nicht mehr erforderlich angesehen wurde. Das wachsende Selbstbewußtsein der westdeutschen politischen Eliten und die beachtlichen politischen und ökonomischen Erfolge seit dem Koreakrieg hatten zur Folge, daß nicht nur die traumatische Belastung durch die Verbrechen des Dritten Reiches verblaßte, sondern auch die Ableitung des antifaschistischen Grundkonsenses in der Bundesrepublik aus der Tradition des Widerstands an Gewicht verlor. Zwar behielt der Widerstand einen festen Platz in den Geschichtslehrplänen und in der Politischen Bildung, aber es ist nicht länger angemessen, ihn heute als wirksamen „Bestandteil einer neuen Selbstfindung des deutschen Volkes“ zu beschreiben⁶⁾. Trotz aller Beschwörungen der Widerstandstradition überwiegt doch die Tendenz, die Trennungslinie zwischen den Gegnern des NS-Regimes und denjenigen, die ihm, wenngleich vielfach nicht aus freien Stücken, loyal dienten, zu verwischen.

Indessen betreffen diese Bemerkungen in erster Linie die Geschichte des 20. Juli 1944 und damit die einzige Gruppierung der Opposition, die die Chance besaß, das Regime von innen heraus zu stürzen. Die frühe Widerstandsforschung, insbesondere die bahnbrechenden Studien von Hans Rothfels⁷⁾ und Gerhard Ritter⁸⁾, zielten

⁶⁾ So Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Berliner Rede zum 20. Juli 1984. Stiftung Hilfswerk 20. Juli 1944 (Hrsg.), Vermächtnis des Widerstandes. Der 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 in Berlin, Berlin o. J. (1984), S. 39.

⁷⁾ Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Neue, erweiterte Ausg., eingeleitet von Hermann Graml, München 1986, vgl. S. 10 ff.

⁸⁾ Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.

¹⁾ Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der britisch-deutschen Historikertagung in Leeds vom 5. bis 9. Mai 1986. Die deutsche Fassung wurde zugleich mit Literaturhinweisen versehen.

²⁾ Wilhelm Ernst Winterhager (Bearb.), Der Kreisauer Kreis. Portrait einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1985.

³⁾ Dazu gehört die von Otmar Freiherr von Aretin, Ger van Roon und dem Verfasser beim Siedler-Verlag herausgegebene Schriftenreihe zum deutschen Widerstand und die Bereitschaft der Volkswagenstiftung, einen Schwerpunkt zur Widerstandsforschung einzurichten. Die wissenschaftliche Konferenz vom Juli 1984 (Jürgen Schmäddeke/Peter Steinbach [Hrsg.], Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1986²⁾) ging aus der gleichen Initiative hervor, sowohl die bisherige Dokumentation zu vervollkommen wie eine zuverlässige Edition der Grundschriften zum Widerstand zu besorgen.

⁴⁾ S. z. B. Gordon A. Craig, Deutsche Geschichte 1866 bis 1945, München 1983³⁾.

⁵⁾ S. z. B. Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 76 f., 176 f.

darauf ab, den 20. Juli als Werk einer weitgehend in sich geschlossenen, klassen- und parteiübergreifenden Bewegung zu deuten und deren ethische Motivation in den Vordergrund zu stellen. Dieses Interpretationsmuster, das in der weit verbreiteten Publikation „Der Aufstand des Gewissens“ einen augenfälligen Niederschlag fand, war mit der Tendenz verknüpft, die politischen Beweggründe und Interessenlagen der Verschwörer in den Hintergrund treten zu lassen. Es beruhte zugleich auf einer primär dualistischen Sicht der deutschen Verhältnisse unter der Herrschaft des Nationalsozialismus: Einem als vergleichsweise homogen interpretierten NS-Regime, das in wesentlichen Zügen dem am Stalinismus entwickelten Modell der „totalitären Diktatur“ entsprach, wurde das „andere Deutschland“ gegenübergestellt. Diese Stilisierung besaß eine relative Rechtfertigung solange, als die westlichen Besatzungsmächte im Nachkriegsdeutschland die Bedeutung des Widerstandes gegen Hitler in der lizenzierten Presse herunterspielten. Sie gewann eine handfeste politische Funktion in der Ära des „Kalten Krieges“; es verwundert deshalb nicht, daß in den Neuauflagen von Rothfels' Darstel-

lung und Fabian von Schlabrendorffs Erinnerungsschrift⁹⁾ die ursprünglich enthaltenen Bezugnahmen auf die kommunistische Widerstandsbewegung eliminiert wurden.

Mit dem Fortschreiten der Erforschung des Dritten Reiches, aber auch dem Abklingen der Kampftöne des „Kalten Krieges“ ist diese dualistische Sicht der Epoche des Dritten Reiches nicht mehr aufrechtzuerhalten. Wenn Martin Broszat mit guten Gründen für eine „Historisierung“ des Nationalsozialismus plädiert hat¹⁰⁾, so gilt dies nicht minder für die verschiedenen Gruppierungen des deutschen Widerstandes. Die Bewegung des 20. Juli, ihre politischen Zielsetzungen und Motive, können nur im Kontext der Bedingungen des Dritten Reiches angemessen gewürdigt werden. Jeder Versuch, sie für eine dem Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Demokratietheorie unmittelbar in Anspruch zu nehmen, wie das wiederholt geschehen ist und mitunter heute noch geschieht, läuft auf eine tendenziöse Fehlbeurteilung sowohl der Struktur wie der Handlungsmöglichkeiten der Verschwörung hinaus.

II.

Gegen die unangemessene Inanspruchnahme des Vermächnisses der deutschen Opposition für das in der Phase der Kanzlerdemokratie herausgebildete Demokratieverständnis der Bundesrepublik hat sich frühzeitig entschiedene Opposition artikuliert. Zwar wurde die Polemik von Hannah Arendt gegen prominente Repräsentanten des 20. Juli von der deutschen Öffentlichkeit ebenso wenig beachtet wie die gewiß teilweise über das Ziel hinausschießende Kritik von Henry Paechter und George Romoser¹¹⁾. Aber eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des Widerstandes kam erst langsam in Gang, und sie fand in die von einer idealisierenden Tendenz geprägten Gesamtdarstellungen kaum Eingang¹²⁾. Gleichwohl stellen die von diesen Autoren vorgelegten Interpre-

tationen einen Ansatzpunkt für die systematische Analyse der politischen Seite der Verschwörung dar, die in den meisten Studien zum 20. Juli 1944, die überwiegend auf die Darstellung der Attentatspläne bezogen waren, nicht zur Diskussion gestellt wurden.

Während in den Rückerinnerungen an den Widerstand die Erhebung des 20. Juli 1944 im Vordergrund zu stehen pflegt, richtet sich das Interesse der jüngeren Generation in sehr viel stärkerem Maße auf den Widerstand im lokalen Bereich, damit überwiegend auf den kommunistischen und sozialistischen Widerstand einschließlich der oppositionellen Haltung von einzelnen, die sich dem Zwang zur Gleichschaltung widersetzen. Dies mag auch als Antwort auf die Verengung des Widerstandsbilds auf eine Gruppe herausgehobener Persönlichkeiten verstanden werden — ein Bild, das tendenziell diejenigen ausklammert, die auf sich gestellt gegen das Regime zu wirken versuchten, ohne damit spektaku-

gegebene Aufsatzsammlung: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966. Die darin enthaltenen Aufsätze von Hermann Graml und Hans Mommsen sind eigentlich erst nach dem Wiederabdruck in H. Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt 1984, in breiterem Umfange von der Forschung zur Kenntnis genommen worden.

⁹⁾ Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, neu hrsg. von Walter Bußmann, Berlin 1984.

¹⁰⁾ Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur, Mai 1985, S. 373—385.

¹¹⁾ Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, Neuausg. München 1985, S. 134ff., 139; Henry Paechter, Germany Looks in the Mirror of History, in: World Politics, XIII (1961), S. 633ff.; George Romoser, The Politics of Uncertainty, in: Social Research XXXI (1964).

¹²⁾ So die um eine solche kritische Sichtweise bemühte, von Hans Buchheim und Walter Schmitthenner heraus-

läre Wirkungen zu entfalten¹³). Die gelegentlich hervortretende Tendenz zur Heroisierung und die Hervorhebung des für den Widerstand des 20. Juli 1944 unbestreitbaren elitären Moments standen dem bei den Jüngeren lebendigen Bedürfnis nach persönlicher Identifikation und politischer Handlungsorientierung eher im Wege. Die spontane Widerstandsbereitschaft innerhalb des proletarischen Milieus, aber auch bei denjenigen, die sich für politisch oder rassistisch Verfolgte aufopferten, gewann den Anschein größerer Glaubwürdigkeit als die von den Verschwörern des 20. Juli verfolgte Strategie, die solange widersprüchlich erscheinen mußte, als deren politische Motivation gegenüber dem Moment ethisch begründeter Empörung in den Hintergrund trat.

Bedauerlicherweise tendiert die westdeutsche Öffentlichkeit dazu, das sozialpsychologisch begreifliche Bedürfnis nach Identifikation mit dem Widerstand „vor Ort“ weitgehend kommunistisch oder neo-marxistisch orientierten Gruppierungen zu überlassen¹⁴). Auf der kommunalpolitischen Ebene gibt es Tendenzen genug, die Reste von Konzentrationslagern, von Friedhöfen ihrer Insassen oder russischer Kriegsgefangener unterzupflügen oder jene Denkmäler, die den Zweiten Weltkrieg überlebt haben, in andere politische Kontexte zu stellen. Ein Beispiel dafür ist die Wevelsburg bei Paderborn, deren Museum — ginge es allein nach dem Willen der Gemeinderatsmehrheit — mehr der Erinnerung an die Oder-Neiße-Gebiete als des schuldigen Gedächtnisses an die örtlichen KZ-Opfer gewidmet wäre¹⁵). Der anhaltende Konflikt über die Gestaltung des Mahnmals für die Toten des Zweiten Weltkrieges in Bonn ist für die Bestrebungen, unbequeme Teile der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Hintergrund treten zu lassen, kennzeichnend genug¹⁶). Eine Gesellschaft jedoch, die die Ehrfurcht vor den unschuldig hin-

gemordeten Opfern des Regimes verliert, wird schwerlich dauernd derer gedenken, die der Gewaltherrschaft ein Ende zu setzen versuchten.

Die Tendenz maßgebender Meinungsträger, sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in irgendeiner Form zu arrangieren, spiegelt sich nicht im Verlauf der westdeutschen Widerstandsforschung. Diese löste sich vielmehr von dem früheren, idealisierten Interpretationsmuster und wandte sich seit den sechziger Jahren vorwiegend dem bis dahin vernachlässigten Feld des sozialistischen und kommunistischen Widerstands sowie der Emigration zu. Zugleich befaßte sie sich zunehmend mit der Frage der politischen Verweigerung durch Teile der deutschen Bevölkerung¹⁷). Im Zusammenhang damit fand die Rolle von Gruppierungen, die, wie die „Rote Kapelle“, mit der Sowjetunion aktiv kollaborierten, ernsthafte Beachtung, während sie von der früheren Literatur überwiegend als bloße Spionage abgewertet und mit dem Argument aus der Betrachtung des Widerstands ausgeklammert wurden, daß sie nur der Unterstützung eines anderen totalitären Regimes gedient hätten¹⁸).

Im Unterschied zu der älteren Forschung wird der Anteil von Kommunisten und Sozialisten im Widerstand gegen das Dritte Reich heute nicht länger marginalisiert und findet die lokale Widerstandstradition größere Aufmerksamkeit; allerdings ist dies noch keineswegs Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins. Es scheint bezeichnend, daß ein progressiv eingestellter Politiker wie der Hamburger Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in seiner Gedenkrede in der Bendlerstraße am 20. Juli 1984 die Kommunisten zwar als Opfer des Regimes erwähnte, jedoch nicht als Teil der deutschen Opposition¹⁹). Indessen brachte diese thematische Verlagerung des Forschungsinteresses keine grundlegende Veränderung des dualistischen Modells. Auch die Historiker, die sich mit dem kommunistischen und sozialistischen Widerstand beschäftigten, neigten dazu, ihren Gegenstand vom allgemeinen politischen Prozeß im Dritten Reich zu isolieren. In

¹³) Ein Beispiel ist der Unternehmer Schulte, der als einer der ersten zuverlässige Informationen über den Holocaust an die amerikanische Regierung übermitteln und zuvor wiederholt über die deutschen Aggressionsabsichten Nachrichten an den US-Geschäftsträger in der Schweiz gelangen ließ. Seine Biographie ist erst unlängst von Walter Laqueur vorgelegt worden. Walter Laqueur/Richard Breitmann, *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, dt. Ausgabe Frankfurt 1986.

¹⁴) Vgl. Hans Mommsen, *Der 20. Juli 1944 in der historiographischen Sicht des gespaltenen Deutschland*, in: *Politik und Kultur*, 11 (1984) 4, S. 9—20.

¹⁵) Vgl. den vorzüglichen Ausstellungskatalog von Karl Hüser, *Wevelsburg 1933 bis 1945. Kult- und Terrorstätte der SS*, Paderborn 1982.

¹⁶) S. die Kritik von Jürgen Habermas: *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, in: *Die Zeit*, Nr. 29 v. 11. 7. 1986.

¹⁷) Vgl. Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1982, S. 11 ff.; Martin Broszat, *Resistenz und Widerstand*, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, München 1981, S. 691—709.

¹⁸) Bezeichnend die Behandlung des ehemaligen Nationalbolschewiken Ernst Niekisch, der trotz seiner Verbindungen zu Persönlichkeiten des 20. Juli 1944 keinerlei Entschädigung erhielt. S. Uwe Saueremann, *Die Situation der nationalrevolutionären Gegner Hitlers nach der Konstituierung des NS-Regimes*, in: Schmädeke/Steinbach (Anm. 3), S. 178 und die dort gegebenen Nachweise.

¹⁹) S. Vermächtnis des Widerstandes. *Der 40. Jahrestag* (Anm. 6), S. 31 f.

ähnlicher Weise wie die Historiker des bürgerlichen Widerstands schilderten sie die unablässigen, aber notwendigerweise erfolglosen Versuche, ein konspiratives Organisationsnetz aufrechtzuerhalten, das im Umsturzfall die Grundlage für eine Massenbewegung gegen das NS-Regime bilden sollte, vorwiegend unter dem Ge-

sichtspunkt des moralischen Impulses. Eine integrierte Darstellung der einzelnen Widerstandsinitiativen, welche die bei unterschiedlichen politischen Zielsetzungen unverkennbaren Parallelen der Motivation und der konspirativen Bedingungen nachzeichnet, ist bislang Desiderat geblieben.

III.

Die Widerstandsforschung, sofern sie sich nicht darauf beschränkt, die Konturen der Darstellungen aus den fünfziger und sechziger Jahren detaillierter nachzuzeichnen, befindet sich angesichts der rückläufigen Beachtung ihres Gegenstandes in einer doppelten Frontstellung: Einerseits sieht sie sich veranlaßt, der früheren unkritischen Darstellung der Bewegung des 20. Juli entgegenzutreten und ein abgewogeneres Bild ihrer politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen vorzulegen. Damit stößt sie allzu häufig auf Kritik bei Überlebenden und Nachfahren des Widerstands, die begrifflicher Weise einer historischen Relativierung des Handelns der Verschwörer wenig Verständnis entgegenbringen, zumal sie in der Regel nur einen bestimmten Ausschnitt des Gesamtkomplexes vor Augen haben. Andererseits ist die Forschung bestrebt, dem Eindruck entgegenzuwirken, daß der Umsturzversuch letztlich ein unerhebliches Zwischenspiel innerhalb des unvermeidlichen Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Herrschaftssystems dargestellt habe. Dieser Eindruck entsteht regelmäßig dann, wenn von der Opposition einerseits erwartet wird, daß sie ein geschlossenes und tragfähiges Gegenkonzept zur nationalsozialistischen Diktatur habe entwickeln und vertreten müssen — was manche popularisierende Darstellungen auch heute noch nahelegen —, andererseits sich das Eingeständnis aufdrängt, daß weder auf der Linken noch auf der Rechten Alternativen sichtbar waren, die aus heutiger Sicht politisch tragfähig erscheinen. Dieses Dilemma ist nur dann zu überwinden, wenn man sich dazu entschließt, die Krise der deutschen Gesellschaft und politischen Kultur am Beispiel jener Kräfte zu analysieren, die sich dem nationalsozialistischen Kult der Gewalt und nationalen Selbstüberhöhung zu entziehen vermochten und diesem unter Einsatz des eigenen Lebens entgegentraten, wenngleich aufgrund spezifischer persönlicher Voraussetzungen, die nicht die unseren sind.

Einer der Gründe für das Verblässen der Bewegung des 20. Juli 1944 im öffentlichen Bewußtsein ist sicherlich darin zu erblicken, daß die ein-

seitige Akzentuierung seiner unbezweifelbaren ethischen und moralischen Grundlagen bei der nachlebenden Generation einen im Grunde unpolitischen moralischen Rigorismus bestärkt, der unter Umständen dazu führen kann, gerade dem nationalkonservativen Widerstand die innere Legitimation abzuspochen und ihm in der Frage des gewaltsamen Umsturzes mangelnde Entschlossenheit zum Vorwurf zu machen. Dabei spielt der Tatbestand mit, daß die Geschichte des Widerstands gegen Hitler bislang überwiegend für Angehörige der Generationen geschrieben worden ist, die noch unter dem nationalsozialistischen Regime aufwuchsen. Nahezu alle Darstellungen enthalten apologetische Züge, indem die Legitimität des Widerstands ausführlich erörtert und der Nebenfrage des Eidbruchs zentrale Bedeutung zugewiesen wird.

Auf der gleichen Ebene liegt die sorgsame Unterscheidung zwischen (erlaubtem) Hochverrat und (problematisiertem) Vaterlandsverrat. Durchweg werden die patriotischen Motive des nichtsozialistischen Widerstands in den Vordergrund gestellt und differenzierend in dem Sinne beantwortet, daß unter bestimmten Umständen der Entschluß zum Hochverrat vaterländische Pflicht gewesen sei. All dies antwortet auf die Bedenken der Zeitgenossen, nicht auf die Fragen der jüngeren Generation, die angesichts des verbrecherischen Charakters des NS-Regimes weder im Eidbruch noch im Landesverrat ein ernsthaftes moralisches Problem erblickt. Diese Kategorien sind ihr nur über eine Analyse der zeitgenössischen politischen Konstellation zugänglich. Denn die nachgeborene Generation betrachtet die Opposition gegen Hitler nicht länger aus der Perspektive der Kontinuität des deutschen Nationalstaats, sondern primär unter dem Gesichtspunkt, warum ein Umsturzversuch erst vergleichsweise spät unternommen wurde; warum es nicht gelang, eine breitere Abstützung in der Bevölkerung zu erreichen, und warum der Entschluß, Hitler auf dem Wege eines Attentats auszuschalten, bei prominenten Mitgliedern der Verschwörung auf Einwände und Bedenken stieß. Daß Widerstand als

solcher legitim war, ist für die Jüngeren überhaupt nicht mehr strittig, wenn man von den im internationalen Vergleich ungewöhnlich schmalen neofaschistischen Bestrebungen absieht²⁰⁾.

Um den fundamental verschiedenen Zugang der nachwachsenden Generationen zum Widerstand im Vergleich zur Einstellung der Gründergeneration der Bundesrepublik zu verstehen, wird man sich zunächst klarmachen müssen, daß traditionelle nationale Werthaltungen nicht länger verbindlich sind. Die im wesentlichen betont nationale Einstellung der großen Mehrheit der Verschwörer des 20. Juli 1944 trifft daher in einer Gesellschaft, die immer noch durch ein bemerkenswert hohes Maß an nationaler Indifferenz bestimmt ist, auf weitgehendes Unverständnis. Jeder Versuch, die Zielsetzungen der Verschwörer des 20. Juli unmittelbar zu aktualisieren, ist nur bedingt glaubwürdig, weil er auf veränderte politische Werthorizonte trifft. Es gibt zu denken, daß die durch neuere Forschungen intensivierte Debatte über politischen Dissens und Verweigerung offensichtlich ein weit größeres Interesse auslöst als die Vorgänge, die mit dem Attentat des 20. Juli 1944 zusammenhängen²¹⁾.

Die Beschäftigung mit der nationalkonservativen Opposition²²⁾ wird gewiß an Intensität gewin-

²⁰⁾ Vgl. Sozialwissenschaftliches Institut Nowak und Sörgel GmbH (Sinus), Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlußbericht, Heidelberg 1980. Vgl. aber Peter Dudek, Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune 1945 bis heute, Köln 1985, S. 232 f.; Anne Huhn/Alwin Meyer, „Einst kommt der Tag der Rache“. Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg 1986, S. 153. Die eigentliche politische Bedrohung liegt jedoch im neokonservativen Umfeld, das, möglicherweise ungewollt, rechtsextreme Einstellungen indirekt und direkt legitimiert.

²¹⁾ Für viele Angehörige der jüngeren Generation ist dieses Problem in Analogie zur Frage des „zivilen Ungehorsams“ anschaulicher als der notwendigerweise aus den „Kommandohöhen“ geführte Umsturzversuch des 20. Juli. Immerhin steht zu erwägen, ob die in der Bundesrepublik übliche pauschale Entgegensetzung von „zivilem Ungehorsam“ unter demokratischen Bedingungen und Widerstand unter der totalitären Diktatur nicht den Zugang zu der zentralen Frage der Verschwörer verdeckt, wann Widerstand im Falle des Versagens einer als legal betrachteten Staatsgewalt einzusetzen hat.

²²⁾ Die Einführung des Begriffs „nationalkonservativ“ zur Bezeichnung der in der Bewegung des 20. Juli 1944 verschmelzenden Gruppen einschließlich der Kreisauer Sozialisten zielt auf die Abgrenzung von sozialistischen Gruppen im spezifischen Sinne, die das Regierungsprogramm des 20. Juli nur marginal beeinflussten. Der gebräuchliche Begriff des „bürgerlichen Widerstands“ überträgt eine Kategorie, die nur für Teile der Bewegung des 20. Juli zutrifft, auf deren Gesamtheit und übersieht die Frontstellung insbesondere des Kreisauer Kreises und der Gruppe um Stauffenberg, die gerade nicht einen „bürgerlichen“ Umsturz anstrebten gegen eine Restauration des bürgerlich-kapitalistischen Sy-

nen, wenn diese unter dem Gesichtspunkt widerstreitender Loyalitäten und des Konflikts zwischen professioneller Interessenlage und gesinnungsethischer Einsicht erfolgt und diese nicht länger als gleichsam entrücktes Vorbild hingestellt wird. Die westdeutsche Widerstandsforschung war ursprünglich von der Grundannahme geprägt, daß den Trägern des Regimes und seinen Sympathisanten der Widerstand als relativ geschlossene Bewegung gegenübergestellt werden könne. Indessen ist das vielzitierte Wort vom „anderen Deutschland“, auch wenn es sich innerhalb des aktiven Widerstands, so bei Carl Goerdeler, mit der Wendung vom „besseren Deutschland“ findet, insofern irreführend, als der nationalkonservative Widerstand in der Phase seiner Formierung keineswegs davon ausging, eine grundlegende Veränderung des politischen Systems herbeizuführen, sondern einen Regierungswechsel und die Beseitigung bestimmter, als Auswüchse betrachteter Erscheinungen — darunter der Herrschaft der SS — anstrebte. Es bedurfte langjähriger bitterer Erfahrungen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß es mit einem Staatsstreich zur Veränderung der Zusammensetzung der Regierung nicht getan war, sondern daß eine radikale Umwälzung des bestehenden politischen Systems notwendig war²³⁾.

Gedankengänge dieser Art waren zuerst innerhalb des Kreisauer Kreises entfaltet worden, und zwar im Kontext einer säkularen Wende, die mit der Selbstzerstörung des nationalsozialistischen Regimes eintreten würde und für die es gelte, die geistigen Vorbereitungen zu treffen. Indem die Kreisauer den Nationalsozialismus als End-

systems. Mit Ausnahme Moltkes, Yorcks und Osters ist die Ideenwelt der Verschwörer bis in die Reihen der Sozialisten hinein durch ein ausgesprochen nationales Denken geprägt; durchweg handelt es sich um konservative Positionen, die in klarem Kontrast zu der Tradition des Liberalismus stehen und die für berufsständische oder korporatistische Verfassungsformen optierten; das gilt auch für Gewerkschaftler. Der von G. Schulz eingebrachte Begriff des „Nationalpatriotismus“ (Gerhard Schulz, Nationalpatriotismus im Widerstand, in: VfZ, 32 [1984], S. 331—372) wählt den gemeinsamen Nenner in der nationalen Grundorientierung der Verschwörer, verdeckt aber die ideengeschichtliche Zwischenlage ihres Denkens, das an die antiparlamentarischen Strömungen der Weimarer Zeit in unterschiedlicher Ausprägung anknüpft. Ein pejorativer Unterton haftet dem von uns gewählten Begriff nicht an, der im übrigen das subjektive Bekenntnis zu sozialistischen Formen nicht ausschließt, welches etwa auch für den „Tat-Kreis“ kennzeichnend war.

²³⁾ Vgl. die Kritik Helmuth von Moltkes in seinem Brief an Lionel Curtis vom 25. März 1943, in: Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907—1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 276: „Der wichtigste soziologische Grund (für das bisherige Scheitern der Aktion der Generäle) ist, daß wir eine Revolution brauchen, nicht einen Staatsstreich.“

punkt einer gesamteuropäischen Fehlentwicklung deuteten, die im Zeitalter der Reformation eingesetzt und im Nationalsozialismus ihren historischen Endpunkt erreicht habe, waren sie frühzeitig entschlossen, eine fundamentale Umgestaltung der deutschen und europäischen Gesellschaft anzustreben, bei deren Konzipierung sie freilich beträchtliche Anleihen beim Denken der neokonservativen Bewegung der Weimarer Jahre aufnahmen; ihre Überlegungen waren von

utopischen Zügen keineswegs frei²⁴). Für die übrigen Gruppierungen des nationalkonservativen Widerstands bedurfte es eines mehrjährigen Lernprozesses, um sich von der Vorstellung zu lösen, daß eine Umsturzregierung auf den innenpolitischen Errungenschaften des Kabinetts der nationalen Konzentration aufbauen und beträchtliche Teile der Hitlerschen Annexionspolitik in die neue Ordnung Europas hinüberretten könnte.

IV.

Die politische Perspektive vieler konservativer Verschwörer bestand — bei Variationen im einzelnen — in der Überzeugung, den preußisch-deutschen Nationalstaat und insbesondere das preußische Erbe gegen den Mißbrauch durch Hitler und seine Satrapen in Schutz nehmen und den Traum des „nationalen Erwachens“ und der wiedergewonnenen „Volksgemeinschaft“ von 1933 gegenüber der nationalsozialistischen Pervertierung retten zu müssen. Kein geringerer als Fritz-Dietlof von der Schulenburg notierte 1941 nach dem Besuch des Grabes von Generaloberst Werner von Fritsch, der zu Beginn des Polenfeldzugs an der Spitze seines Regiments den Tod gesucht hatte, daß „die preußische Forderung an das Reich“ bestehen bleibe²⁵).

Äußerungen dieser Art zeigen, daß die Verschwörer jedenfalls zunächst nicht in Kategorien eines revolutionären Umbruchs dachten, ganz abgesehen von Männern wie Ludwig Beck, Carl Goerdeler und Johannes Popitz, die sich in der Kontinuität des Bismarck-Reiches fühlten und es in modernisierter Form zu restaurieren gedachten²⁶). Allein der Sozialdemokrat Julius Leber rechnete mit einem totalen Zusammenbruch des

überkommenen Reichs und mit einer Wiederbelebung der vor 1933 maßgebenden parteipolitischen Gruppierungen²⁷), während Helmuth James von Moltke und Peter Graf Yorck bei allem Realismus über den Kriegsausgang die Hoffnung nicht preisgaben, daß trotz des erwarteten vollständigen Zusammenbruchs ihr Konzept eines regional-föderativ gegliederten Europas Wirklichkeit werden könnte. Manches an diesen Ideen gewinnt heute eine unerwartete Aktualität zurück.

Die von einer dualistischen Sicht ausgehenden Interpreten der deutschen Opposition unterschätzten das Maß von Übereinstimmung, das zwischen den Auffassungen der Mehrheit der nationalkonservativen Verschwörer und den Vertretern des gemäßigten Flügels der NSDAP und ihren konservativen Partnern bestand. Das galt zunächst für die Skepsis gegenüber dem demokratischen Prinzip. Selbst die Sozialisten im Goerdeler-Kreis betrachteten die Rückkehr zum parlamentarisch-demokratischen System weder als möglich noch als wünschenswert. Die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die mit Goerdeler zusammengingen, waren vielmehr bestrebt, die durch die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und die Gründung der Deutschen Arbeitsfront veränderten sozialpolitischen Bedingungen zur Verwirklichung des lang angestrebten Ziels der Einheitsgewerkschaft zu nützen, und sie waren bereit, demgegenüber die Existenz der Sozialdemokratie zur Disposition zu stellen²⁸). Die Alternative zu Hit-

²⁴) Vgl. die bei Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, im Anhang abgedruckten Kreisauer Dokumente sowie die Charakterisierung bei Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: H. Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich, S. 158f. Eine systematische geistesgeschichtliche Einordnung ist bislang Desiderat geblieben.

²⁵) Vgl. Hans Mommsen, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: VfZ, 32 (1984), S. 235. Vgl. ferner demnächst die Biographie Schulenburgs von Ulrich Heinemann im Siedler-Verlag.

²⁶) Vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild (Anm. 24), S. 59ff., 63ff. Im einzelnen gab es dabei deutliche Unterschiede, so zwischen der von Popitz angestrebten Errichtung eines Triumvirats und den semiparlamentarischen Vorschlägen der Goerdeler-Gruppierung.

²⁷) Vgl. Hans Mommsen, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung (Beiträge zum Widerstand 1933 bis 1945, Bd. 28), hrsg. von der Gedenkstätte deutscher Widerstand, Berlin 1985, S. 20.

²⁸) Vgl. Hans Mommsen, Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 353ff.

ler bestand daher primär im Wiederaufgreifen der Querfrontpolitik Kurt von Schleichers, wobei freilich auch das Vorbild des italienischen Faschismus einwirkte.

Kennzeichnend für die bis 1943 vorherrschende Tendenz der nationalkonservativen Verschwörer, die Ergebnisse der „nationalen Revolution“ vom Frühjahr 1933 in wichtigen Punkten beizubehalten, ist die selbst von Wilhelm Leuschner und den christlichen Gewerkschaftlern lange beibehaltene Illusion, daß die kommunistische Bewegung im Umsturzfall eine allenfalls marginale Rolle spielen werde. Allgemein überwog die Vorstellung, auf einer gesellschafts- und verfassungspolitischen *tabula rasa* neu aufbauen zu können. Dies erklärt die technokratischen Elemente der vom Goerdeler- und vom Kreisauer Kreis vorgelegten Neuordnungspläne, die in der Regel nicht mit politischen Initiativen aus der Bevölkerung und dem Wiederaufleben früherer Interessengruppen und Parteien rechneten. Die Mehrheit der nationalkonservativen Verschwörer wurde sich erst seit Ende 1942 zunehmend darüber klar, daß sie in einem post-faschistischen Deutschland mit einer relativ starken kommunistischen Bewe-

gung konfrontiert werden würden. Es ist bezeichnend, daß Helmuth James von Moltke zu den ersten gehörte, die diese Tatsache in Rechnung stellten und die Einbeziehung von „nicht-Moskau-hörigen“ Kommunisten in das Umsturz-kabinett verlangten, um dem Druck der Roten Armee und der stalinistischen Politik angemessen begegnen zu können²⁹). Denn man glaubte seit 1943 nicht mehr an eine Niederlage der Sowjetunion, fürchtete vielmehr das Vordringen der Bolschewiki in den mitteleuropäischen Raum. Aber die Hoffnung, die Rote Armee vor den deutschen Grenzen — möglicherweise mit der Unterstützung der Westmächte — zum Stehen bringen zu können, bestimmte selbst den außenpolitisch und militärisch zu einer realistischen Einschätzung neigenden engeren Kreis um Claus Schenk von Stauffenberg³⁰). Folgerichtig müssen die politischen Planungen der Verschwörer des 20. Juli seit dem Frühjahr 1943, als klar wurde, daß der russische Feldzug nicht mehr gewonnen werden konnte, stärker als bisher von den vorausliegenden Erörterungen unterschieden werden, wenn gleich viele der programmatischen Vorarbeiten, auch infolge mangelnder Kommunikation, nicht mehr neu formuliert werden konnten.

V.

Im Gegensatz zu der bisher vorherrschenden Bestrebung, die Geschichte der deutschen Opposition im Kontext des sich verstärkenden nationalsozialistischen Terror-Regimes und der wachsenden Schwierigkeiten, einen Umsturz herbeizuführen, zu deuten und demgegenüber die differierenden oder auch durchaus gegensätzlichen außenpolitischen Erwartungen sowie die sich verändernden Bündnisüberlegungen in den Hintergrund zu rücken, bedarf es einer präziseren Herausarbeitung der qualitativ unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Opposition. Diese sind geprägt von Versuchen, gegenüber dem Regime alternative Strategien einzuschlagen, während die Zielsetzungen nicht wesentlich differierten. Sie

reichten über einen mit Hilfe des Militärs betriebenen Regierungswechsel unter Beibehaltung wesentlicher Elemente des bestehenden Systems bis hin zu einer grundlegenden politischen Neuordnung. Allerdings wird man an dem von Klaus-Jürgen Müller vorgeschlagenen Phasenmodell insofern einige Abstriche machen müssen, als wichtige Funktionsträger, die in der Phase der Kriegsverhinderung 1938/39 beteiligt waren, später ihre Mitwirkung ablehnten, während umgekehrt erst nach den militärischen Rückschlägen im Feldzug gegen die Sowjetunion eine größere Zahl von Kontaktpersonen, die sich zuvor zurückgezogen hatten, wieder an der Umsturzplanung teilnahm³¹).

In diesem Zusammenhang ist die Katalysatorfunktion des Kreisauer Kreises bislang zu wenig beachtet worden. Obwohl dieser Kreis ursprünglich durchaus esoterische Züge trug — die daher rührten, daß Moltke sich dem Glauben hingab, eine Gesinnungsgemeinschaft zu begründen —, gewann er insofern entscheidendes Ge-

²⁹) Vgl. das „Memorandum mit den Plänen Moltkes“ vom Dezember 1943, abgedruckt bei Ger van Roon (Anm. 24), S. 583, 585.

³⁰) Vgl. Winfried Heinemann, Außenpolitische Illusionen des nationalkonservativen Widerstands in den Monaten vor dem Attentat, in: Schmädeke/Steinbach (Anm. 3), S. 1061—1070, sowie Bernd Martin, Das außenpolitische Versagen des Widerstands 1943/44, ebd., S. 1037—1060, und die dort zitierte Literatur. Psychologisch wird man stärker, als es Martin tut, in Rechnung stellen müssen, daß ein Eingeständnis der totalen außenpolitischen Handlungsunfähigkeit lähmend wirken mußte.

³¹) Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland, Paderborn 1986, S. 110ff., sowie ders., Der Nationalkonservative Widerstand 1933—1940, in: ders. (Hrsg.), Der deutsche Widerstand 1933—1945, Paderborn 1986, S. 46 ff.

wicht, als über Carlo Mierendorff, an dessen Stelle 1943 Julius Leber treten sollte, ohne daß er sich voll in den Kreis integrieren ließ³²⁾, das Mißtrauen der zuvor sich im Hintergrund haltenden Sozialisten gegenüber der Goerdeler-Leuschner-Allianz jedenfalls teilweise kompensiert werden konnte³³⁾. Die starke Zentrierung des von der frühen Forschung gezeichneten Widerstandsbildes auf die Militäropposition und den heterogenen Kreis um Goerdeler erklärt zugleich die in der zusammenfassenden Literatur noch immer nicht überwundene Tendenz, den Beitrag des Kreisauer Kreises für die konkrete Umsturzplanung zu gering einzuschätzen. Sie hatte zur Folge, daß die aktive Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten des Kreisauer Kreises am Umsturzversuch des 20. Juli weitergehend in den Hintergrund trat. Dies ging teilweise auf die irreführende Interpretation der von Moltke geäußerten Schutzbehauptung zurück, man habe nur gedacht, sich jedoch nicht am konkreten Umsturz beteiligt — eine Sprachregelung, die primär der Verteidigung gegenüber den Vernehmungsbeamten der Gestapo diene, aber auch den Sinn hatte, die von ihm eingenommene prinzipielle Position von den Schlacken des in seiner Sicht nicht hinreichend konsequenten Umsturzversuches freizuhalten³⁴⁾. Tatsächlich gehörten führende Persönlichkeiten der Kreisauer dem inneren Kreis der Verschwörer um Claus Schenk von Stauffenberg an, und auch Moltke hatte sich konkret mit Umsturzplänen befaßt.

³²⁾ Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 175f.; F. v. Moltke/M. Balfour/J. Frisby (Anm. 23), S. 276.

³³⁾ Vgl. meinen Beitrag: Der 20. Juli und die Arbeiterbewegung (Anm. 27), S. 16ff.

³⁴⁾ Vgl. Moltkes Brief an seine Frau vom 10. Januar 1945, in: F. v. Moltke/M. Balfour/J. Frisby (Anm. 23), S. 304ff., insbesondere S. 307. Moltke kam es allerdings darauf an, den tieferen ideellen Gegensatz zum System durch die Zuspitzung, daß Denken bereits Hochverrat sei, herauszuheben, wobei freilich unverkennbar Kritik an der Umsturzplanung Goerdelers mitschwang, von der Moltke sich eben gerade nicht jenen fundamentalen Neuanfang erhoffte, der dem grauenhaften Geschehen noch einen Sinn hätte verleihen können. Eine genauere Analyse der Haltung Moltkes wird die von Beate Ruhm von Oppen bearbeitete und vermutlich in absehbarer Zeit im Druck vorliegende Korrespondenz Moltkes mit seiner Frau ermöglichen. S. jedoch die Edition wichtiger Dokumente zu Moltkes privater und dienstlicher Tätigkeit bei Ger van Roon, Helmuth James Graf von

Es lag auf der gleichen Linie, daß die sozialistischen Teilnehmer der nationalkonservativen Verschwörung trotz der frühen Publikationen von Emil Henk nur untergeordnet Erwähnung fanden, obwohl sie in der Spätphase eine zentrale Rolle eingenommen hatten. Folglich wurden die grundlegenden politischen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen des nationalkonservativen Widerstands über die Frage der Schaffung einer „demokratischen Volksbewegung“ weitgehend ignoriert, zumal die hier aufbrechenden Gegensätze nicht mit dem Bild der inneren Geschlossenheit der Verschwörung des 20. Juli 1944 übereinstimmten³⁵⁾. Diese Engführung in der Interpretation des deutschen Widerstands wirkt in den populären Darstellungen immer noch nach.

Die Darstellung des Widerstands als relativ geschlossener Gegenkraft gegen das als primär monolithisch interpretierte NS-Herrschaftssystem, die Überbewertung der ethischen Motivation und der inneren Geschlossenheit des nationalkonservativen Widerstands begünstigten dessen Herauslösung aus den funktionalen Zusammenhängen, die mit den Subsystemen des Regimes bestanden. Dies führte zu einer relativen Zurückdrängung der von ihm verfolgten politischen Interessen und somit auch der ab 1943 mit innerer Notwendigkeit aufbrechenden internen Auseinandersetzungen. Deren Existenz ist ja keineswegs als Negativum zu deuten, ganz abgesehen davon, daß sie ein folgerichtiges Ergebnis der unvermeidlich inhomogenen politischen und sozialen Zusammensetzung des nationalkonservativen Widerstandes waren. Die aufbrechenden richtungspolitischen Konflikte spiegelten vielmehr eine zunehmende Annäherung an die politische Realität. Ihr entsprach eine Intensivierung richtungspolitischer Spannungen innerhalb des nationalsozialistisch besetzten Europa und selbst innerhalb der NSDAP.

Moltke. Völkerrecht im Dienste des Menschen, Berlin 1986.

³⁵⁾ Vgl. H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne (Anm. 24), S. 79ff.; Arnold Sywottek, Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands, in: Schmäddeke/Steinbach (Anm. 3), S. 486ff., sowie Detlev Peukert, Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand, ebd., S. 875ff. Zusammenfassend Christoph Klessmann, Das Problem der „Volksbewegung“ im deutschen Widerstand, ebd., S. 822—837.

VI.

Die in den meisten Darstellungen anzutreffende Hervorhebung der Vorgeschichte des Attentats vom 20. Juli 1944, seines Verlaufs und seines Scheiterns enthält implizit eine Akzentsetzung, die niemand mehr fürchtete als Helmuth James von Moltke. Seitdem sich die Forschung von nachträglichem Wunschdenken weitgehend befreit hat und zu der Einsicht gelangt ist, daß das Attentat unter den gegebenen Bedingungen und angesichts der geringen Abstützung in der Bevölkerung schwerlich zu einer konsolidierten Umsturzregierung geführt hätte — selbst wenn es gelungen wäre, Hitler zu töten —, ist es nur begreiflich, daß sie den Widerstand aller Richtungen in stärkerem Umfange als bisher als Gradmesser der inneren Gleichschaltung und als Indikator für die politisch noch verbliebenen Alternativen betrachtet.

Diese veränderte Perspektive enthält eine mehr oder minder entschiedene Abkehr von der in den fünfziger und sechziger Jahren dominierenden Interpretation der deutschen Widerstandsbewegungen; sie impliziert sinnvollerweise die Verlagerung des Interesses auf die Frage von Dissens und Verweigerung innerhalb des NS-Regimes. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, den aktiven konspirativen Widerstand, der auf den Systemumsturz hinarbeitete — wenngleich auf der Linken wie der Rechten mit weitgehend unzureichenden Mitteln (die letztere Feststellung ändert nichts an dem persönlichen Mut und der moralischen Integrität der Verschwörer) —, darum schon auf die gleiche Ebene wie die „Resistenz“ in Teilbereichen des Systems zu stellen³⁶⁾. Die damit angezeigte Ausweitung des Untersuchungsfeldes eröffnet zugleich die Chance, die auch außerhalb des Widerstands auftretenden Fälle der Hitlergegnerschaft zu beachten, die nicht notwendig zur inneren Akzeptanz eines Bruchs mit der angemessenen Legalität des Regimes führen mußten und gerade angesichts der tradierten obrigkeitsstaatlichen Mentalität für den aktiven Widerstand nur begrenzt mobilisiert werden konnten³⁷⁾.

³⁶⁾ Der von Martin Broszat eingeführte Begriff der „Résistenz“ (s. oben Anm. 16) ist daher eher irreführend, und es scheint vielmehr zweckmäßig, der Begriffsbildung von Ian Kershaw zu folgen (s. Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933—1945*, Oxford 1983, S. 3 ff.). Auch der Begriff der „Verweigerung“ sollte nicht zu sehr hochstilisiert werden.

³⁷⁾ Vgl. Gerhard Schulz, *Nationalpatriotismus* (Anm. 22), S. 333 f.

Der sich anbahnende Perspektivenwechsel entspricht zugleich einer veränderten Gesamtsicht der Geschichte des Dritten Reiches, so wenig gegenwärtig auch von einer einheitlichen Betrachtungsweise ausgegangen werden kann. Indem die zeitgeschichtliche Forschung seit den frühen sechziger Jahren das Totalitarismus-Paradigma in Frage zu stellen begann und die starken inneren Spannungen im NS-System aufdeckte, rückte gerade die Geschichte des nationalkonservativen Widerstands in eine neue Beleuchtung. Dies betraf zunächst den Tatbestand, daß den konservativen Funktionselementen, aus denen sich die Bewegung des 20. Juli in hohem Maße rekrutierte, ein größeres Gewicht für die innere Konsolidierung und die außenpolitischen Erfolge des Regimes beizumessen ist, als das aus einer überwiegend Hitlerzentrischen Betrachtung heraus der Fall war.

Zum einen warfen Studien zur Haltung der Generalität gegenüber dem Konzept des Rassenvernichtungskriegs ein mindestens ambivalentes Licht auf die Rolle maßgebender Repräsentanten der Militäropposition. Auf die problematische Einstellung von Generaloberst Fritz Halder hat zuletzt Gerhard Schulz aufmerksam gemacht³⁸⁾, während Christian Streit in seiner grundlegenden Untersuchung über das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand die enge Mitarbeit führender Militärs — von denen einige in der späteren Opposition hervortraten — bei der Vorbereitung des Komplexes der „verbrecherischen Befehle“ nachgewiesen hat³⁹⁾. Des weiteren war der fanatische Antibolschewismus, der mit einem nicht weniger hypertrophen Antisemitismus gekoppelt war, keineswegs auf die engere nationalsozialistische Führungsgruppe beschränkt, sondern beeinflusste auch maßgebende Truppenführer⁴⁰⁾. In diesem Zusammenhang ist es ferner bemerkenswert, daß Generaloberst Freiherr von Fritsch, dessen erzwungenes Ausscheiden wesentlich zur Konsolidierung des frühen nationalkonservativen Widerstands beitrug, sich noch nach diesem Zeitpunkt unerwartet po-

³⁸⁾ Ebenda, S. 352 f.

³⁹⁾ S. vor allem Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941—1945*, Stuttgart 1978; Helmut Krausnick, *Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“* in neuer Sicht, in: *VfZ*, 25 (1977), S. 628—738, sowie die Arbeiten von Klaus-Jürgen Müller und Manfred Messerschmidt (zusammenfassend s. K.-J. Müller, *Der deutsche Widerstand* [Anm. 31]).

⁴⁰⁾ Vgl. Hans-Heinrich Wilhelm, *Wie geheim war die Endlösung?*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980, S. 131—148.

sitiv über die von Hitler ergriffenen antijüdischen Maßnahmen aussprach⁴¹⁾).

Eine der sensitivsten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängen, ist die Haltung des nationalkonservativen Widerstands zur „Judenfrage“. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß Aktionen wie der Pogrom vom November 1938 und die im Anschluß daran ergriffenen Strafmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Reich bei den Mitgliedern der sich formierenden Opposition auf schärfste Ablehnung und moralische Empörung stießen. Das Problem erschöpft sich jedoch nicht darin. Einerseits waren zahlreiche Angehörige der nationalkonservativen Opposition davon überzeugt, daß es eine „Judenfrage“ im objektiven Sinne gäbe, allerdings nur in bezug auf das nichtassimilierte Judentum und den Einwanderungsdruck aus dem östlichen Mitteleuropa. Andererseits sind prominente Träger des 20. Juli zumindest indirekt in die frühen Stufen der nationalsozialistischen Judenverfolgung eingeschaltet gewesen. Zudem ist die Haltung der Angehörigen der Militäropposition hinsichtlich des Komplexes der „verbrecherischen Befehle“ nicht immer eindeutig. Schließlich enthalten manche Planungen eine gewisse Ambivalenz in dieser Frage, und das gilt nicht nur für den konservativ-autoritären Flügel der Bewegung des 20. Juli⁴²⁾, sondern auch für einige Persönlichkeiten im Umfeld des Kreisauer Kreises, in dem allerdings Moltke und Yorck von Anbeginn eine eindeutige Haltung einnahmen.

Es ist unstrittig, daß die Genozidpolitik durchweg bitterste Empörung hervorrief, wenngleich sie nur in Ausnahmefällen das maßgebende Motiv für den entscheidenden Schritt von bloß korrigierenden Maßnahmen zur Fundamentalopposition darstellte. Obwohl die Haltung der nationalkonservativen Verschwörer in der jüdischen Frage im einzelnen differierte, überwog doch eine für die deutschen Oberschichten signifikante Sympathie für eine weitreichende rassische Dissimilation, die jedoch die getauften, in der Regel auch die altansässigen Juden ausnahm⁴³⁾.

⁴¹⁾ Vgl. Nicholas Reynolds, Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938, in: VfZ, 28 (1980), S. 370f.

⁴²⁾ Vgl. In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“, eingel. v. Helmut Thielicke, Tübingen 1979, S. 149ff.

⁴³⁾ Dieses lange tabuisiert gebliebene Thema ist zuerst von Christoph Dipper aufgegriffen worden. Vgl. seinen Aufsatz: Der deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft, 9 (1983), S. 349—380, in gekürzter Form auch in: Schmädke/Steinbach (Anm. 3), S. 598—616; vgl. jedoch die Bemerkungen bei H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne (Anm. 24), S. 61. Dipper arbeitet den Unterschied zwischen dem weit verbreiteten traditionellen Antisemitismus und dem rassischen „Vernichtungs“-Antisemitismus

Nur die überkommene dualistische Entgegensetzung von Widerstand und dem als letztlich doch monolithisch interpretiertem Regime läßt die in mancher Hinsicht bestehenden Affinitäten im Denken vieler Verschwörer zur herrschenden Zeitströmung, die nationalsozialistisch überformt wurde, als Skandalon erscheinen. Während man bei der Beurteilung des kommunistischen Widerstands im allgemeinen nicht zögert, derartige Übereinstimmungen im Negativen zu akzentuieren, ist die relative Nähe der jedoch im einzelnen stark divergierenden Positionen des nationalkonservativen Widerstands zu Teilzielen des NS-Regimes noch immer tabuisiert, obwohl dessen Zielsetzungen nur in diesem Kontext voll begreiflich werden. Die tiefe Krise der deutschen Gesellschaft bekundet sich nicht zuletzt darin, daß sie zwar moralisch eindeutige Gegenpositionen zum verbrecherischen Charakter des Regimes hervorbrachte, in politischer Beziehung jedoch in aller Regel nicht über Varianten der Ideologie des „deutschen Weges“ hinausgelangte, was nun freilich auch Resultat der Isolationsglocke war, die gerade über dem Widerstand lastete, selbst wenn er die Möglichkeit besaß, Kontakte zum Ausland wahrzunehmen⁴⁴⁾.

Während die Haltung des nationalkonservativen Widerstands zum Problem des Judentums in hohem Maße kontrovers beurteilt wird und eine gründliche Erforschung dieser Frage, deren Gewicht jedoch nicht überschätzt werden sollte, noch aussteht, kann der Komplex der Außenpolitik der Verschwörer als weitgehend geklärt gelten. Neuere Studien zeigen, daß die Vorstellungen der sich unter der Führung von General-

mus der Nationalsozialisten zu wenig heraus. Ersterer war durchaus mit gesellschaftlichen Beziehungen zu jüdischen Persönlichkeiten vereinbar; er war in seiner sozialen Konkretisierung stets schizophoren, wie schon das Beispiel des Alldeutschen Verbandes zeigt, der den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund als unabhängige antisemitische Organisation aus Rücksicht auf die eigenen jüdischen Geldgeber ins Leben rief. Auch Dietrich Bonhoeffer sprach immerhin davon, daß „der Staat berechtigt“ sei, in der jüdischen Frage „neue Wege zu gehen“ (s. Heinz Eduard Tödt, Judendiskriminierung 1933 — der Ernstfall für Bonhoeffers Ethik, in: Wolfgang Huber/Ilse Tödt, Ethik im Ernstfall. Dietrich Bonhoeffers Stellung zu den Juden und ihre Aktualität, München 1982, S. 165. Dort auch Hinweise auf die kontroverse Literatur). Die Auseinandersetzung über diesen Aspekt des nationalkonservativen Widerstands würde sachlicher geführt, wenn die deutsche Öffentlichkeit (in mancher Hinsicht auch die Fachhistorie) nicht den Tatbestand verdrängt hätte, wie stark antisemitische Unterströmungen gerade in der deutschen Oberschicht seit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges verbreitet gewesen sind.

⁴⁴⁾ Vgl. zu diesem Problem meinen Aufsatz: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Schmädke/Steinbach (Anm. 3), insbes. S. 16ff.

oberst Beck formierenden Oppositionsgruppe und insbesondere der im Auswärtigen Amt entstehenden Opposition sich nicht grundlegend von den Auffassungen unterscheiden, die Baron von Neurath und Hermann Göring im Gegensatz zu der scharfmacherischen Position Joachim von Ribbentrops vertraten⁴⁵). Die Untersuchung von Alfred Kube über die politische Karriere Görings läßt deutlich werden, daß dessen außenpolitische Vorstellungen durchaus gewisse Berührungspunkte mit den gleichzeitig von Goerdeler verfolgten außenpolitischen Zielsetzungen aufwiesen, insbesondere hinsichtlich der Bemühungen, das Verhältnis zu Großbritannien zu verbessern⁴⁶). Darüber hinaus ergibt die genauere Analyse der Beziehungen zwischen Repräsentanten des Foreign Office und Mitgliedern der deutschen Opposition — darunter Hjalmar Schacht und Josef Müller —, daß die letzteren in der Einschätzung der britischen Reaktion auf ihre im wesentlichen noch revisionistisch geprägten Ausgleichsvorschläge von falschen Voraussetzungen ausgingen⁴⁷).

Mangelnder außenpolitischer Realismus erklärt auch, warum die Widerstandsdiplomatie vielfach dem Irrtum anheimfiel, politische Kontakte mit britischen Diplomaten zu unterhalten, während

diese überwiegend geheimdienstlichen Charakter besaßen⁴⁸). Die damals zunehmend geringer werdenden Chancen der deutschen Opposition, befriedigende Zusicherungen von seiten der Westmächte zu erlangen, sind Gegenstand einer Fülle von Untersuchungen. Sie zeigen, daß nach dem aktiven Eintreten Großbritanniens in den Krieg nahezu keinerlei Aussicht mehr bestand, mit London zu einer Verständigung zu gelangen. Dies ist um so bedeutungsvoller, als die Europakonzeptionen des Widerstands fast durchweg auf der Annahme basierten, daß Großbritannien die Deutschland zufallende hegemoniale Rolle auf dem Kontinent nicht antasten und einem kontinentaleuropäischen Zusammenschluß unter maßgeblicher Mitwirkung des Deutschen Reiches zustimmen würde⁴⁹). Mit Ausnahme der Kreisauer Planung, die von einer weitgehenden europäischen Föderalisierung unter Ausschluß Rußlands und Großbritanniens ausging⁵⁰), und der späten realistischen Einschätzung des schwindenden außenpolitischen Handlungsspielraums der geplanten Umsturzregierung durch Claus Schenk von Stauffenberg und seine engeren Mitarbeiter, hinderte der nachwirkende Großmachtgedanke den nationalkonservativen Widerstand daran, sich von der Illusion zu lösen, Deutschland in den Grenzen von 1938 bewahren zu können⁵¹).

VII.

Weniger bedeutsam, aber aufschlußreich für eine zutreffende Gesamtinterpretation des politischen Denkens des nationalkonservativen Widerstands ist das Gebiet der ökonomischen Rekonstruktion und der Struktur der anzustrebenden Nachkriegswirtschaft. Der Ordoliberalismus, der für die Einführung der „sozialen Marktwirtschaft“

Ludwig Erhardts nach 1948 Pate gestanden hat, ist auch für das wirtschaftspolitische Denken der Opposition von prägender Bedeutung gewesen. Allerdings gilt dies in kaum geringerem Umfang für die Wirtschaftsplanungen, die von Otto Ohlendorff in seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium unter Umge-

⁴⁵) Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Zur Struktur und Eigenart der nationalkonservativen Opposition bis 1938, in: Schmädke/Steinbach (Anm. 3), S. 329—344, sowie ders., Der nationalkonservative Widerstand 1933 bis 1940, in: ders., Der deutsche Widerstand 1933—1945 (Anm. 31), S. 40—59; Marion Thielenhaus, Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938—1941, Paderborn 1985².

⁴⁶) Alexander Kube, Pour le merite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 212f., 317ff.; vgl. auch Michael Krüger-Charlé, Revision without the Great War: Carl Goerdeler and Great Britain 1937—1939, unveröffentl. MS seines in Leeds gehaltenen Vortrags.

⁴⁷) Vgl. Peter Ludlow, The Unwinding of Appeasement, in: Lothar Kettenacker (Hrsg.), Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1977, S. 9—48; Hedva Ben-Israel, Im Widerstreit der Ziele: Die britische Reaktion auf den deutschen Widerstand, in: Schmädke/Steinbach (Anm. 3), S. 732—750; Bernd-Jürgen Wendt, Konservative Honoratioren — Eine Alternative zu Hitler? Englandkontakte des deut-

schen Widerstands im Jahre 1938, in: Dirk Stegemann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter Christian Witt (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 347—367.

⁴⁸) Vgl. Gerhard Schulz, Nationalpatriotismus (Anm. 22), S. 349ff., sowie ders. (Hrsg.), Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1982.

⁴⁹) Vgl. Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: ders., Widerstand im Dritten Reich (Anm. 12), S. 110ff. Klaus Hildebrand, Die ostpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: GWU, 29 (1978), S. 213—241.

⁵⁰) Vgl. Ger van Roon (Anm. 24), S. 460f.

⁵¹) Vgl. das vielleicht etwas überscharfe, aber unwiderlegliche Urteil Bernd Martins in dessen Beitrag: Deutsche Oppositions- und Widerstandskreise und die Frage eines separaten Friedensschlusses im Zweiten Weltkrieg, in: Klaus-Jürgen Müller, Der deutsche Widerstand (Anm. 31), S. 106f.; s. auch W. Heinemann, Außenpolitische Illusionen (Anm. 30), S. 1062ff.

hung Hitlers seit 1942 betrieben wurden⁵²). Zwischen den Ideen der Ohlendorffschen Planungsgruppe und den Vorstellungen der Freiburger Kreise⁵³), die wiederum sowohl für die Gruppe um Goerdeler wie für den Kreisauer Kreis — wenngleich dort in geringerem Maß — bestimmend waren, bestanden sehr weitgehende Übereinstimmungen. Allerdings blieb der Gegensatz zwischen den marktwirtschaftlich eingestellten Ordoliberalen und deren Sprechern in Kreisau, die maßgeblich den Gedankengängen Walter Euckens verpflichtet waren⁵⁴), zu den Auffassungen Moltkes und Yorcks, die eine ausgeprägt staatssozialistische Linie verfochten, unüberbrückt. Sicherlich divergierten die Motivationen der Gruppe um Ohlendorff von denjenigen des Widerstands, aber die für den europäischen Wiederaufbau vorgeschlagenen Strategien stimmten im wesentlichen überein, wobei der Anteil des marktwirtschaftlichen Prinzips jeweils variierte.

Was die Bewegung des 20. Juli anging, so gelang es weder dem Kreisauer noch dem Goerdeler Kreis, zu einem konsistenten wirtschaftspolitischen Programm zu gelangen. Übereinstimmung bestand in dem Gedanken der Verstaatlichung der Grundstoffindustrien und in einer weitgehenden öffentlichen Steuerung des Arbeitsmarktes. In den nationalökonomischen Neuordnungsvorschlägen war die Rolle der organisierten Arbeiterbewegung als selbständiger Faktor weitgehend in den Hintergrund gedrängt; Leuschners Programm der „Deutschen Gewerkschaft“ lief in der Praxis auf die Fortsetzung des mit der Errichtung der „Deutschen Arbeitsfront“ und der Einsetzung der Treuhänder der Arbeit geschaffenen Systems staatlicher Lohnfestsetzung und Arbeitsmarktregulierung hinaus⁵⁵). Die „Deutsche Gewerkschaft“ hätte faktisch öffentlich-rechtliche Funktionen wahrgenommen. Ähnliche Reformüberlegungen, die von Johannes Popitz vorbereitet wurden, atmeten ebenso den Geist der späten Präsidialkabinette und hatten implizit zur Voraussetzung, daß die durch die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung im Mai 1933 erzwungene äußere Neutralisierung des Klassenkonflikts für eine grundlegende soziale Neuord-

nung Bestand haben würden⁵⁶). Bezeichnenderweise rief das Festhalten Carl Goerdelers an bestimmten liberalen Grundsätzen gerade im wirtschaftspolitischen Bereich sowohl die Kritik des konservativ-autoritären wie des prosozialistischen Flügels innerhalb der Opposition hervor. Unter dem Einfluß der Ideen Oswald Spenglers vom „preußischen Sozialismus“ strebte der Widerstand überwiegend eine staatsorientierte Lösung der sozialen und ökonomischen Fragen an. Vor diesem Hintergrund wurde Goerdeler wegen seines Eintretens für liberale Wirtschaftsprinzipien im Sinne des laissez faire von Peter Yorck ebenso wie von Ulrich von Hassell als „Reaktionär“ tituliert⁵⁷).

Neben der Berücksichtigung der relativ homogenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der unterschiedlichen Gruppierungen der Opposition bedarf es einer grundsätzlichen Neubewertung des Anteils der Sozialisten an den Neuordnungsplänen sowie an der unmittelbaren Attentats- und Umsturzplanung. Obwohl die Tätigkeit der Sozialisten durch zahlreiche Monographien aufgehellert worden ist, wird ihr Einfluß auf die seit 1943 vollzogenen programmatischen Festlegungen der Bewegung des 20. Juli im allgemeinen noch immer unterschätzt⁵⁸). Der maßgebende Einfluß der sozialistischen Fraktion tritt am augenfälligsten in dem Tatbestand hervor, daß Wilhelm Leuschner die Zustimmung Moltkes durchsetzen konnte, die „Deutsche Gewerkschaft“ zumindest für eine Übergangszeit bestehen zu lassen, obwohl deren zentralistischer Aufbau dem von Kreisau propagierten Konzept der „kleinen Gemeinschaften“ direkt widersprach. Desgleichen ist die Zustimmung der nationalkonservativen Opposition zur Verstaatlichung der Grundstoffindustrie ein deutlicher Indikator für den Einfluß der Sozialisten, darunter Julius Leber und Hermann Maass sowie Emil Henk, der freilich selbst im Hintergrund blieb⁵⁹).

⁵²) Vgl. Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939—1945*, Stuttgart 1982.

⁵³) Vgl. Christiane Blumenberg-Lampe, *Die wirtschaftlichen Programme der „Freiburger Kreise“*. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft, Berlin 1973, sowie „In der Stunde Null“ (Anm. 42), S. 90 ff.

⁵⁴) Vgl. Günter Schmolders, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung*, in: *Demokratische Existenz heute*, Bd. 17, Köln 1969.

⁵⁵) Vgl. H. Mommsen, *Wilhelm Leuschner und die deutsche Widerstandsbewegung* (Anm. 28) S. 352 ff.

⁵⁶) Vgl. Johanna Bödeker, Johannes Popitz auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, in: *Der Staat*, 24 (1985), S. 513—525, sowie Gerhard Schulz, *Über Johannes Popitz (1884—1945)*, ebd., S. 500 ff.

⁵⁷) Vgl. H. Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne* (Anm. 24), S. 44.

⁵⁸) S. den Überblick bei Hans Mommsen, *Aktionsformen und Bedingungen des Widerstands in der Arbeiterschaft*, in: *Widerstandsbewegungen in Deutschland und Polen während des Zweiten Weltkrieges* (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/I), Braunschweig 1983²; ferner bei Detlev J. K. Peukert, *Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933—1945*, in: K.-J. Müller, *Der deutsche Widerstand 1933—1945* (Anm. 31), S. 255 ff.

⁵⁹) Vgl. H. Mommsen, *Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung* (Anm. 27), S. 18 f., sowie Emil Henk, *Die Tragödie des 20. Juli 1944*, Heidelberg 1946, S. 35 ff. Es steht zu erwarten, daß durch die Auswertung des bisher unerschlossenen Materials des OSS ein detailliertes Bild gezeichnet werden kann.

Die maßgebliche Beteiligung früherer Sozialdemokraten an der unmittelbaren Vorbereitung des Umsturzes läßt die in der bisherigen Literatur enthaltene schematische Unterscheidung zwischen sozialistisch/kommunistischem Widerstand einerseits und bürgerlich/aristokratischem Widerstand andererseits problematisch erscheinen. Tatsächlich gewannen die Sozialisten in der Endphase der Opposition einen in mancher Hinsicht bestimmenden Einfluß, was sich in der programmatischen und personellen Planung niederschlug, obwohl sowohl Wilhelm Leuschner als auch Julius Leber sich aus taktischen Gründen zurückhielten und die angebotene Reichskanzlerschaft ablehnten⁶⁰). Es war keineswegs nur ein Ausdruck persönlicher Verbundenheit, sondern

auch ein Reflex der Einschätzung der nach dem erstrebten Attentat erwarteten innenpolitischen Lage, daß Stauffenberg auf Julius Leber in keinem Falle verzichten zu können glaubte und daher den Entschluß faßte, das Attentat auch unter den relativ ungünstigen Bedingungen des 20. Juli 1944 auszulösen⁶¹). Andererseits überschätzten die Sozialisten den möglichen Einfluß, den sie im Umsturzfall auf die Masse der Arbeiterschaft besaßen. Insoweit teilten sie die relative soziale Isolierung der bürgerlichen Oppositionspartner; sie war indessen auch Kennzeichen für den kommunistischen Widerstand, der im wesentlichen auf frühere Angehörige der Partei beschränkt blieb und auch nicht ansatzweise eine Massenbasis aufwies⁶²).

VIII.

Die umfassenden Neuordnungspläne der am 20. Juli beteiligten Widerstandskreise weisen erhebliche Übereinstimmungen auf, die teils gemeinsamen politischen Ausgangspunkten, teils einer gegenseitigen Beeinflussung entspringen. Die seit 1943 auftretenden richtungspolitischen Divergenzen, die insbesondere das Problem einer demokratischen Abstützung der Umsturzregierung betrafen, konnten ebenso wie gewichtige Gegensätze in der Außenpolitik vor dem Putsch nicht mehr überbrückt werden. In vieler Hinsicht handelte es sich bei den Neuordnungsplänen um nicht hinreichend ausgereifte Kompromisse. Sie zielten gleichwohl auf eine langfristige politische Lösung und waren insofern keineswegs auf die Phase der unvermeidlichen Übergangsdiktatur beschränkt⁶³). Sie spiegeln die unter den bestehenden außen- und innenpolitischen Handlungsbedingungen allein möglich erscheinenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Alternativen zum bestehenden faschistischen System.

Bei der Beurteilung der politischen Zielsetzungen des nationalkonservativen Widerstands ist das hohe Maß an Kontinuitätsbewußtsein der Verschwörer, aber auch die Tatsache in Anschlag zu bringen, daß viele von ihnen eine Doppelstrategie verfolgten, die keineswegs nur mit Gesichtspunkten der Tarnung erklärt werden kann. Abgesehen von Persönlichkeiten wie Ewald von Kleist-Schmenzin, Hans Oster, Helmuth James von Moltke und Peter Yorck hatte die Mehrheit der nationalkonservativen Verschwörer ursprünglich Teilziele des NS-Systems mit vertreten. Zahlreiche Angehörige des Widerstands füllten führende Positionen im militärischen und kriegswirtschaftlichen Apparat aus, und sie arbeiteten in diesem Bereich in der Regel im Sinne der politischen und militärischen Stabilisierung, nicht der unbedingten Destruktion des Regimes. Dabei ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte mit führenden Exponenten des Dritten Reiches, die ebenfalls die Tendenz zu kumulativer Radikalisierung des Systems mit Skepsis betrachteten. Nicht zuletzt wegen der fließenden Übergänge zwischen Akzeptanz und Verwerfung des Regimes ist der Schritt von bloß alternativen Strategien, wie sie Beck und die Opponenten Ribbentrops im Auswärtigen Amt 1938 verfolgten, bis hin zu einer Totalablehnung des Systems vielfach erst vergleichsweise spät vollzogen worden.

Angesichts dieses Sachverhalts entzieht sich der Begriff des Widerstandes im engeren Sinne, also das Bestreben, einen grundlegenden Kurswechsel des Regimes zu erzwingen, einer stringenten Definition, sondern erschließt sich nur als politischer Prozeß, der einerseits mit einer zunehmenden

⁶⁰) Vgl. H. Mommsen, Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung (Anm. 28), S. 354; Beck, Julius Leber, S. 185 ff.

⁶¹) Siehe die Darstellung bei Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1985, S. 444 f.

⁶²) Vgl. Detlev J. K. Peukert (Anm. 58), S. 258.

⁶³) Das gilt nicht zuletzt für das sogenannte „Programm“ Ulrich von Hassells (s. Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Frankfurt 1964, S. 332 ff.) sowie für wesentliche Inhalte des „Gesetzes über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse des Staats- und Rechtsleben“ (ebd., S. 336 ff.), obwohl es den Untertitel „Vorläufiges Staatsgrundgesetz trägt“. Vgl. H. Mommsen (Anm. 24), S. 58 ff.

den Veränderung der Rahmenbedingungen oppositionellen Handelns, andererseits mit der schrittweise errungenen Erkenntnis der Nichtreformierbarkeit des bestehenden politischen Systems zusammenhing. Der kommunistische und sozialistische Widerstand stand zwar von vornherein dem Regime unversöhnlich gegenüber. Indessen wurde er zunehmend in eine Strategie des defensiven Wartens auf eine innere Krise des Systems hineingezwungen. Dies erklärt, warum dessen Intensität auch unabhängig von der Zwischenphase der deutsch-sowjetischen Allianz stark variierte und sowohl in der Frühphase des Regimes wie in der Zeit nach Stalingrad die größte Bedeutung erlangte.

Jeder Versuch, den Unterschied zwischen aktivem Widerstand und Dissens bzw. Verweigerung oder zwischen Gesamtablehnung des Regimes oder der Verwerfung bestimmter Teilerscheinungen der nationalsozialistischen Politik aus ethischen Grundentscheidungen der beteiligten Individuen ableiten zu wollen, verkennt den Grundtatbestand, daß aktiver Widerstand immer auch politisches Handeln darstellte und damit den Kriterien der Machbarkeit, des Interessenausgleichs und der Notwendigkeit der Machtsicherung unterworfen war — was für bloße Hitlergegnerschaft, die für sich genommen noch keinen Widerstand darstellt⁶⁴), nicht gilt. Zudem bewirkte die extreme Segmentierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, daß auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen Formen der Opposition und der Verweigerung auftraten, wobei eine eindeutige Linie zwischen Nationalsozialisten und deren Gegnern nicht immer gezogen werden kann. Letztlich lag die Definitionsmacht darüber, wer zum Widerstand zu rechnen war, bei der Gestapo, und umgekehrt hing die Rekrutierung der aktiven Opposition von einer Fülle von äußeren Faktoren und dem Bedarf an sachkundigem Personal und weit weniger von der individuellen Motivation ab, aktiven Widerstand zu leisten⁶⁵).

Gewiß ist es unverzichtbar, die Bedeutung des ethisch motivierten Protestes für die Entscheidung der einzelnen, den Umsturz des Regimes

⁶⁴) Deshalb ist es völlig irreführend, einen klaren Gegner des Regimes wie Konrad Adenauer, der unter den gegebenen Bedingungen eine erfolgreiche Umsturzaktion nicht für möglich hielt, zum Widerstand zu rechnen. Die Aufweichung des Widerstandsbegriffs, wie er in dieser Hinsicht in der Gedenkausstellung „Deutscher Widerstand“ in der Stauffenbergstraße in Berlin vorgenommen wird, indem sie jeder noch so marginalen Gruppe eine Nische zuweist, bedeutet einen Rückfall hinter die Präzisierungsbemühungen der neueren Forschung.

⁶⁵) Vgl. H. Mommsen (Anm. 44), S. 11 f.

aktiv zu betreiben, herauszuarbeiten. Indessen erschöpfte sich die Politik des Widerstandes nicht in einer gesinnungsethisch begründeten Ablehnung des Regimes. Sie zielte zugleich darauf ab, die sozialen und politischen Bedingungen zu beseitigen, die aus der Sicht der Verschwörer die nationalsozialistische Diktatur und deren Pervertierung durch Hitlers Alles-oder-Nichts-Politik erst ermöglicht hatten. In dieser Frage konnte jedoch nur ein labiler Kompromiß erreicht werden, der in gewisser Weise jene politischen Alternativen widerspiegelte, die nicht durch die traumatisch empfundene Niederlage von 1918 und den gescheiterten Versuch, ein demokratisch-parlamentarisches System nach westlichem Vorbild aufzurichten, historisch verbraucht schienen. Dies erklärt, warum liberal-demokratische Positionen im Widerstand nahezu vollständig fehlten. Die psychologische Unmöglichkeit, an die Bedingungen der Weimarer Republik anzuknüpfen, bestand für alle aktiven politischen Gruppierungen und schloß große Teile der Emigration mit ein.

Es erscheint daher notwendig, den Widerstand in engem Zusammenhang mit der inneren Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes und der sich wandelnden außenpolitischen und militärischen Lage und damit auch als eine unvermeidlicherweise zeitgebundene Konfiguration zu interpretieren, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches — selbst wenn die Verschwörer überlebt hätten — keine Existenzgrundlage gehabt hätte. Jene Versuche, das Vermächtnis des Widerstands für politische Legitimationsbedürfnisse der Rekonstruktionsperiode zu instrumentalisieren, abstrahieren von dem einfachen Sachverhalt, daß die Akteure nicht von einem fundamentalen Strukturbruch ausgehen wollten und konnten, wie er dann 1945 eintrat, und daß sie daher begrifflicherweise nach Alternativen Ausschau hielten, die in ihrer persönlichen geschichtlichen Erfahrung vorgeformt waren.

Unter der Glocke der intellektuellen Isolation, die jegliche offene Kommunikation — zumal über die Landesgrenzen hinaus — unmöglich machte, war es nur zu begreiflich, daß man bei dem Bemühen, als vergleichsweise isolierte Minderheit gegenüber der Masse der nationalsozialistisch indoktrinierten Bevölkerung den Schritt zum Hochverrat zu rechtfertigen, auf ältere Legitimationsbestände zurückgriff. Insofern spiegelt die Geschichte des Widerstands, und zwar aller seiner Richtungen, die desolante Lage der deutschen Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit wider. Er bedeutet, was die verschiedenen Gruppierungen der Bewegung des 20. Juli 1944 angeht,

das Ende des Gedankens, die keineswegs auf Deutschland beschränkte Krise Europas durch den Rückgriff auf die Vorstellung eines eigenen „deutschen Weges“ zu lösen. Insofern sind die politischen Ideen und Zielsetzungen der deutschen Opposition nicht unvermittelt auf die grundlegend veränderte Konstellation der Nachkriegszeit zu übertragen, in denen sowohl die Emigration, die die Phobie gegen den Westen preisgab, wie die in den Konzentrationslagern

zur Untätigkeit verdamnten aktiven politischen Kräfte zum Zuge kamen, deren Vorstellungen sich charakteristisch von denjenigen des nationalkonservativen Widerstands unterschieden⁶⁶). Analog dazu fiel die politische Führung in der SBZ nicht den Kadern des illegalen Widerstands in Deutschland, sondern den eng mit Moskau zusammenarbeitenden Emigrantengruppen zu, die das Reich bereits in der Konsolidierungsphase des NS-Regimes hatten verlassen müssen⁶⁷).

IX.

Statt den notwendigerweise irreführenden Versuch zu machen, eine mehr oder minder fiktive Kontinuität der programmatischen Vorstellungen des aktiven Widerstands hin zum Demokratieverständnis der Bundesrepublik zu postulieren, scheint es angebracht, die „Grenzsituation“ aufzuzeigen, in der sich die Opposition in der Phase der Attentatsvorbereitungen befand. Denn der Entschluß Stauffenbergs, den Umsturz einzuleiten, obwohl kaum Aussicht bestand, die Kriegsniederlage abzuwenden, beruhte letztlich auf der von Helmuth James von Moltke am klarsten formulierten Einsicht, daß es notwendig war, jenseits jeder politischen Mittelabwägung ein Zeichen zu setzen, dessen es bedurfte, um verantwortliches politisches Handeln überhaupt wieder denkbar zu machen und nicht dem bloßen Zynismus der Machttatsachen anheimzufallen. Die Überzeugung, daß die im NS-Herrschaftssystem und dessen verbrecherischer Zerstörungskraft zur Anschauung gelangende Inhumanität in seiner schlechthin extremsten Form nicht das Ende der Geschichte sein könne, bewog die engere Verschwörergruppe um Claus Schenk von Stauffenberg, das entscheidende, wenngleich bereits im Sommer 1944 nahezu aussichtslos erscheinende Wagnis des Umsturzes einzugehen. Wir wissen heute, daß ein erfolgreiches Attentat zwar das Ende des Krieges beschleunigt, den Zusammenbruch des Deutschen Reiches jedoch nicht abgewendet haben würde.

Der Widerstand gegen Hitler ist daher nicht eine Brücke, die über die nationalsozialistische Epo-

che hinweg die Kontinuität der deutschen Geschichte sicherzustellen vermag. Er stellt vielmehr einen Reflex der inneren Verfassung der deutschen Gesellschaft unter den Bedingungen des Dritten Reiches dar, und er kann daher nicht schlechthin als der Inbegriff aller positiven Traditionen der deutschen Geschichte bewertet werden, wie das in der von Hans Rothfels geprägten Interpretation, die bis heute nachwirkt, der Fall ist. Diejenigen, die in die äußere oder in die innere Emigration gezwungen worden waren, darunter nicht zuletzt Vorkämpfer des republikanisch-demokratischen Gedankens, kamen in ihm nicht zu Wort. Gerade unter dieser Perspektive bedarf es einer sorgfältigen Zuordnung der verschiedenen Richtungen und Persönlichkeiten der Opposition in die politischen Strömungen seit dem Ausgang des Kaiserreiches. Dies ist noch nicht geleistet. Würde es in verstärktem Umfang getan, so bestünde die Chance, die relative Sterilität der westdeutschen Widerstandsforschung der fünfziger und frühen sechziger Jahre, die sich nicht zuletzt in einem gewissen Desinteresse an der Erschließung neuer Quellen spiegelte, zugunsten eines vielfältigeren und farbigeren Gesamtbildes zu überwinden.

Damals verzichtete Hans Rothfels darauf, den Moltke-Nachlaß, zu dem er Zugang besaß, zu verwerten oder der Forschung zu öffnen. Als schließlich der niederländische Historiker Ger van Roon aufgrund dieser Materialien sein grundlegendes Werk über den Kreisauer Kreis herausgab, bedurfte es der internen Intervention von Mitgliedern des Instituts für Zeitgeschichte, um Rothfels dazu zu bewegen, sich für dessen Veröffentlichung durch einen prominenten westdeutschen Verlag einzusetzen. Eine ähnliche Tendenz, wichtige Dokumente zurückzuhalten, führte im Falle der als Quelle unentbehrlichen Kaltenbrunner-Berichte dazu, daß deren Publikation schließlich vom eher konservativen Seewald-Verlag vorgenommen wurde, obwohl die

⁶⁶) Dies ist am Beispiel des „Buchenwalder“ Manifestes, das wesentlich stärker westlichen Politiktraditionen verpflichtet war, deutlich zu zeigen; vgl. Hermann Brill, *Gegen den Strom*, Offenbach 1946, sowie Manfred Overesch, Ernst Thapes *Buchenwalder Tagebuch von 1945*, in: VfZ, 29 (1981), S. 662.

⁶⁷) Vgl. u. a. Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976, S. 680ff.

entsprechenden Dokumente seit Jahren im Institut für Zeitgeschichte aufbewahrt und sorgfältig verzeichnet worden waren⁶⁸). Die Sicherung und Erschließung der erhalten gebliebenen fragmentarischen Zeugnisse und die Publikation zuverlässiger Editionen der Grundtexte des deutschen Widerstands stellt noch immer eine Herausforderung für die Fachwissenschaft dar⁶⁹).

Die Erforschung des deutschen Widerstands muß darauf abzielen, dessen unvermeidliche Einbindung in das zeitgenössische politische Denken und damit auch die Interaktion, die sich zwischen den Ideengängen des Widerstands und der nationalsozialistischen Politik ergab, zu berücksichtigen. Zugleich wird sie das Vermächtnis des

⁶⁸) Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. vom Archiv Peter, Stuttgart 1961. Die Neuausgabe von H.-A. Jacobsen, Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. 7. 1944 in der SD-Berichterstattung, 2 Bde., Stuttgart 1984, verzichtet leider auf die notwendige kritische Edition und stellt offenbar noch immer keine vollständige Textwiedergabe dar.

⁶⁹) Dies wird beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Volkswagenstiftung durch die im Siedler-Verlag erscheinende Publikationsreihe zum deutschen Widerstand erfolgen, die demnächst Editionen über Fritz-Dietlof von der Schulenburg, Carl Goerdeler, Carlo Mierendorff und Dietrich Bonhoeffer enthalten wird.

Widerstands mit dem der zahllosen Opfer des Regimes in Beziehung setzen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, durch Unrechtsmaßnahmen der Justiz und die kaltblütigen Liquidierungen der Gestapo ums Leben kamen, die ihrer Freiheit beraubt oder außer Landes gezwungen wurden.

Dieses Vermächtnis besteht nicht zuletzt in der Erkenntnis, daß es jenseits der Wahrnehmung individueller Interessen und der Verfolgung richtungspolitischer Zielsetzungen der spontanen und unablässigen Verteidigung der humanen Grundlagen der modernen Gesellschaft bedarf, und dies nicht erst in der Grenzsituation der Etablierung autoritärer oder totalitärer Gewaltausübung. Helmuth James von Moltkes Forderung, daß es notwendig sei, „das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger“ wiederherzustellen, gilt über die Epoche hinaus, in der dieses Ziel nachgerade als utopisch erscheinen mußte⁷⁰). Dazu gehörte nach Moltkes Überzeugung die Vision einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung, in die der einzelne sein Zutrauen zu setzen vermag und für die zu arbeiten sich lohnt.

⁷⁰) S. Moltkes Brief an Lionel Curtis vom 18. April 1942, in: F. v. Moltke/M. Balfour/J. Frisby (Anm. 23), S. 185.

Die nationalkonservative Opposition 1933–1939

Von der Kooperation zum Widerstand

I.

Die Entscheidung für die Verwendung des Begriffs „nationalkonservative Opposition“ anstatt „bürgerlich-militärischer Widerstand“ rechtfertigt sich durch die Tatsache, daß Opposition und Widerstand zwischen 1933 und 1939 weder eine ausschließliche Sache von Militärs noch nur von Bürgerlichen waren. Einerseits findet sich ein erheblicher Anteil von Adligen darin, andererseits haben manche Militärs — wie z. B. General Beck — in zunehmendem Maße ihre Rolle nicht als eine ausschließlich militärische verstanden; und die später oft an maßgeblicher Stelle im Widerstand wirkenden Reserveoffiziere waren häufig von ganz anderen Ideen und Sozialisationsinstanzen geprägt als die Berufsmilitärs. Im Grunde handelte es sich bis 1939 vornehmlich um die Entstehung einer Opposition, die sich aus Teilen der traditionellen Führungsschichten des deutschen Reiches rekrutierte: hohe Beamte, Diplomaten, Militärs, Industrielle, die weder mit den Begriffen „adlig“ bzw. „bürgerlich“ oder „zivil“ bzw. „militärisch“ angemessen beschrieben werden können. Sie gehören allerdings als traditionelle Führungseliten des deutschen Nationalstaates insgesamt dem konservativen Lager an.

Nun ist der Konservatismus gewiß eine vielfältig gegliederte und verästelte historische Erscheinung¹⁾. Für die hier zur Diskussion stehende Gruppierung indessen bietet sich der spezifische Terminus „nationalkonservativ“ deshalb an, weil sie zwar dem konservativen Lager insgesamt angehörte, die ihr zuzurechnenden Persönlichkeiten aber — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — bis weit in den Krieg hinein auf das Bismarck-Reich fixiert waren. Diese Fixierung auf den preußisch-deutschen Nationalstaat bildete die *differentia specifica*, die sie von anderen konservativen Erscheinungen (etwa den Altkonservativen) abhebt. Im übrigen wird dieser Terminus hier stets nur als ein rein deskriptiver benutzt, nicht als ein wertender; daher darf er z. B. nicht

etwa mit dem negativ-besetzten „deutsch-national“ gleichgesetzt werden. Auch ist er nicht mit „nationalistisch“ identisch. Weiterhin ist einschränkend zu bemerken, daß diese Gruppierung aus Kreisen der Eliten von Militär, Diplomatie und Verwaltung sich fraglos aus sehr unterschiedlichen Charakteren, aus sehr ausgeprägten Individuen zusammensetzte, die nur mit großer Vorsicht unter einer gemeinsamen Etikettierung zusammengefaßt werden können. Insofern ist der Terminus nur eine Art Annäherungsbegriff, aber eben ein solcher, der eine größtmögliche Annäherung ermöglicht.

Und noch eine Abgrenzung ist notwendig, um Mißverständnisse auszuschließen: Es geht hier nur um die bis zum Kriegsbeginn sich in der Opposition sammelnden Kräfte, nicht um all die Kräfte, die später im Laufe des Krieges sich in der Verschwörung und beim Staatsstreichversuch des 20. Juli 1944 zusammenfanden. Zwischen 1938/39 und 1944 veränderte sich die Verschwörung; neue Kräfte wie etwa jene der anti-totalitären Reformbewegung des Kreisauer Kreises traten hinzu, die der bisherigen nationalkonservativen Opposition personell wie ideenmäßig entscheidenden Zuwachs brachten. Daher wandelte sich — nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser neuen Kräfte — die bisherige Opposition, so daß die den 20. Juli tragenden Kräftegruppierungen in sich zu differenziert waren, um noch mit dem Terminus „nationalkonservativ“ bezeichnet werden zu können²⁾.

Des weiteren ist die nationalkonservative Opposition in dem hier zur Diskussion stehenden Zeitraum als ein eigenständiges Phänomen aufzufassen, das nicht bloß Teileinheit eines als monolithisch und homogen erscheinenden Gesamtphä-

²⁾ In diesen Ausführungen zur Terminologie sind Erwägungen und Gesichtspunkte eingeflossen, die sich bei einer teilweise kontroversen Diskussion ergaben, welche im Anschluß an den Vortrag der in nachstehendem Text enthaltenen Thesen auf einer deutsch-britischen Konferenz über den deutschen Widerstand im Mai 1986 in Leeds stattfand. Der Begriff wurde erstmals von Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln—Berlin 1966, S. 19, in der Fassung „konservativ-national“ benutzt.

¹⁾ Vgl. hierzu den demnächst erscheinenden instruktiven Überblick von Klemens v. Klemperer, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Lichte der konservativen Tradition, Bonn (in: Bd. 250 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung) 1987. Ich danke Herrn v. Klemperer für die freundliche Überlassung des Manuskriptes.

nomens „Widerstand“ war. Vielmehr ist „nationalkonservativer Widerstand“ als eine spezielle (von anderen zu unterscheidende) Erscheinungsform innerhalb der überaus vielfältigen und sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen traditioneller Führungseliten gegenüber dem Nationalsozialismus aufzufassen. Es geht also um die Entstehung und die Eigenart von oppositionellen Kräften aus den Reihen der das „Dritte Reich“ anfangs mittragenden traditionellen Führungseliten — vornehmlich Militär, Diplomatie und hohe Verwaltung.

Ein Typikum dieser nationalkonservativen Opposition lag fraglos darin, daß die in ihr sich zusammenfindenden Persönlichkeiten meist nicht von Anfang an gegen den Nationalsozialismus und gegen das Hitler-Regime Front gemacht haben, sondern daß sie zunächst, wenngleich in individuell unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlichem inneren Engagement, sogar mit dem nationalsozialistischen Regime kooperiert hatten. Sie mußten erst einen mehr oder weniger langen Weg von der Kooperation zum Widerstand zurücklegen. General Beck schrieb zum Beispiel in einem Brief im Jahr 1933, der politische Umschwung jenes Jahres sei für ihn der

erste große Lichtblick seit 1918 gewesen³). Knapp fünf Jahre später trat derselbe General aus Protest gegen Hitlers Kriegspolitik zurück und wurde dann zur Zentralfigur des deutschen Widerstandes gegen das „Dritte Reich“. Ausnahmen von dieser Art gruppentypischem Entwicklungsgang gab es natürlich auch. Ewald v. Kleist-Schmenzin wäre hier zu nennen, der aus religiös fundierter Überzeugung und aus seiner besonderen Auffassung von konservativer Haltung und Politik bereits von Anbeginn gegen Hitler und dessen Partei Stellung genommen hatte. Aber gerade Kleist war eben kein *Nationalkonservativer*, sondern ein dezidierter *Altconservativer*⁴).

Dieser weitgehend aus der Kooperation, auch aus der Anpassung an das Regime sich heraus entwickelnde nationalkonservative Widerstand war ein sehr komplexes Phänomen. Jene in ihm zu findenden Repräsentanten traditioneller Führungsschichten wandelten sich in der Konfrontation mit dem Nationalsozialismus. Aus diesem Grunde ist auch vom Prozeßcharakter des Widerstandes gesprochen worden⁵). Wie ist nun diese spezifische Entwicklung von der Kooperation zur Konfrontation, zu Opposition und Widerstand zu erklären?

II.

Der historische Kontext, in dem die Entwicklung der nationalkonservativen Opposition gesehen werden muß, ist die „Entente“ zwischen einflußreichen Gruppen der traditionellen deutschen Machteliten und den Führern der NS-Massenbewegung⁶). Diese „Entente“ bildete 1933 die Grundlage für die politische Basis der Hitler-Regierung. Die Formel von den „Zwei-Säulen“, auf denen das Regime beruhe — der Partei und

der Armee —, war der propagandistische Ausdruck dieser Entente. Die Bündnispartner Hitlers aus den Reihen der traditionellen preußisch-deutschen Führungsschichten sahen in dem Übereinkommen mit der NS-Massenbewegung eine Möglichkeit, ihre durch den sozio-ökonomischen Wandel und vor allem durch die politischen Veränderungen im Gefolge von Weltkrieg, Inflation und Wirtschaftskrise gefährdete erscheinende politische Machtbasis zu stabilisieren. Vor allem aber sahen sie in der Verbindung mit Hitler die Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer politischen Zielsetzung im Inneren und nach außen: *innenpolitisch* die Absicherung der insbesondere seit 1918 als bedroht empfundenen traditionellen Machtposition im Staat; *außenpolitisch* die Wiederherstellung einer deutschen Großmachtposition in Europa. Für die Militärelite umfaßte dies auch den militärpolitischen Aspekt — jene mit dem Euphemismus „Wehrhaftmachung der Nation“ umschriebene totale Mobilisierung der Gesellschaft, die im industriell-technischen Zeitalter als unumgängliche Voraussetzung nationaler Großmachtposition angesehen wurde. Das implizierte natürlich ein militärisches und auch po-

³) Brief vom 17. März 1933 an J. v. Gossler, abgedruckt in: Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933—1938, Boppard/Rh. 1980, S. 337—339.

⁴) Bodo Scheurig, Ewald v. Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Oldenburg—Hamburg 1968.

⁵) Diese These wird entfaltet von Hans Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München 1985, S. 3—23.

⁶) Hierzu und zum folgenden vgl. Klaus-Jürgen Müller, Militär, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933—1945, Paderborn 1984, S. 11 ff. und 101 ff., und ders. (Hrsg.) (Anm. 1).

litisches Mitspracherecht der militärischen Führung, insbesondere des Generalstabs.

Aufgrund dieses historischen Zusammenhangs erhielt der Entente-Charakter der Koalition zusammen mit der zweifachen Zielsetzung eine entscheidende Funktion für die Entwicklung des Verhältnisses von traditionellen Führungseliten und dem NS-Regime. Die künftige Entwicklung dieses Verhältnisses wurde fortan im wesentlichen bestimmt von dem Grad der Erfüllung beziehungsweise der Enttäuschung jener Erwartungen, welche die Eliten an die Entente von 1933 geknüpft hatten. Konkret gesprochen hieß dies, daß dieses Verhältnis sich innenpolitisch entwickelte nach dem Ausmaß der Verwirklichung beziehungsweise der Infragestellung einer mitentscheidenden Machtposition im Staat und außenpolitisch entsprechend der Gewährleistung, Durchsetzung oder Gefährdung der militärisch-machtpolitisch definierten Großmachtposition. Damit ist ein geeigneter interpretatorischer Raster gegeben, der eine hinreichend präzise historische Bestimmung des Phänomens „nationalkonservative Opposition“ ermöglicht. In der historischen Konkretisierung erscheint die nationalkonservative Opposition somit als eine bestimmte Komplementäerscheinung der Entente traditioneller Eliten mit Hitler und seiner Bewegung. Nationalkonservative Opposition war also ein differenziertes Konfliktphänomen im Rahmen dieser Entente.

Um dieses Konfliktphänomen in seiner ganzen Vielfalt angemessen analysieren und beschreiben sowie die Variationsbreite und die unterschiedlichen Reaktionen der nationalkonservativen Eliten in Konfliktlagen mit dem Nationalsozialismus verstehen zu können, müssen weitere analytische Fragestellungen angesetzt werden. Es wird zu fragen sein, *erstens*, welche der beiden wesentlichen Zielsetzungen den nationalkonservativen Eliten gefährdet erschienen: der Entente-Charakter des Regimes oder das Großmachtkonzept? Diese Fragestellung ermöglicht unter anderem, eine hinreichende Antwort auf das Problem zu finden, warum gewisse unmoralische Aspekte des Regimes anfangs nur moralische Bedenken und Mißbilligung in nationalkonservativen Kreisen hervorriefen, nicht aber Opposition; Gegenreaktionen hingegen wurden ausgelöst von Röhrs Griff nach der bewaffneten Macht oder Hitlers riskanter Kriegspolitik oder der Intrige gegen Generaloberst v. Fritsch. *Zweitens* müßte gefragt werden, wie die nationalkonservativen Eliten ge-

wisse Bedrohungsfaktoren gegen ihre Zielsetzungen perzipierten. Von wem ging in ihrer Sicht die jeweilige Bedrohung aus? Von Gruppen innerhalb der NS-Bewegung oder von Hitler selbst?

Mit der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich die Möglichkeit, die ganze Variationsbreite nationalkonservativer Reaktionen in Konfliktlagen präzise zu erfassen und zu beschreiben: Also die Entwicklung etwa von defensiver Sicherung der eigenen Position über offensive Positionsstabilisierung (zum Beispiel „Säuberung des Regimes von ‚radikalen‘ Elementen“ oder deren Ausschaltung aus dem außenpolitischen Entscheidungsprozeß) bis zu systemdestabilisierenden Umsturzplanungen und -versuchen. Eine Analyse verschiedener Konfliktlagen — wie etwa die „Röhm-Affäre“, die Blomberg-Fritsch-Krise und die Sudetenkrise — oder individueller Konfliktkomplexe — etwa Carl Goerdelers oder Frhr. v. Weizsäckers Verhältnis zum Regime⁷⁾ — könnte damit aufzeigen, wie Eigenart und Qualität der jeweiligen Reaktionen entscheidend bestimmt waren von der subjektiven Lageeinschätzung, die mit den genannten zwei Fragen erfaßt werden kann.

Mit diesem analytischen Raster läßt sich ebenfalls der unterschiedliche Grad von Verhaltensweisen messen, was angesichts des Prozeßcharakters und der Inkohärenz des nationalkonservativen Widerstandes von großer Wichtigkeit ist; war doch zum Beispiel ein zeitweiliges Nebeneinander von Opposition und Kooperation mit dem Regime als häufig anzutreffendes Verhaltensmuster oder als Durchgangsstufe zu fundamentalem Widerstand typisch für die nationalkonservative Opposition.

⁷⁾ Zu Goerdeler vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955; zu v. Weizsäcker: Die Weizsäcker-Papiere, hrsg. v. Leonidas Hill, Berlin 1974 und 1982 (2 Bde.), sowie Rainer A. Blasius, Für Großdeutschland — gegen den großen Krieg. Ernst v. Weizsäcker in den Krisen über die Tschechoslowakei und Polen, Köln—Wien 1981; Marion Thielenhaus, Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938—1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst v. Weizsäcker im Auswärtigen Amt, Paderborn 1984. Zum Problem der moralischen Dimension der nationalkonservativen Opposition, die hier sowie weiter unten im Zusammenhang mit der Fritsch-Krise nur kurz angesprochen wird, vgl. meine Ausführungen in dem Aufsatz „Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand“, in: J. Schmäddeke/P. Steinbach (Anm. 5), S. 29ff., und in: Militär, Politik und Gesellschaft (Anm. 6), S. 120—122.

III.

Drei große Krisen des Regimes spielten schließlich eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der nationalkonservativen Opposition. Da war zunächst die *sogenannte Röhm-Affäre* vom Juni 1934. Warum — so wird oft gefragt — haben die damaligen Morde an zwei Generalen und anderen konservativen Persönlichkeiten keine politisch bedeutsame Reaktion von seiten der berufenen Repräsentanten des Offizierkorps hervorgerufen? Die Antwort ist im Rahmen des skizzierten Interpretationsmusters klar: Die Politik der SA-Führung unter Ernst Röhm war für die Reichswehrführung der erste gefährliche Angriff auf die innenpolitische Stellung der Armee in ihrer Eigenschaft als Monopolistin staatlicher Gewaltmittel wie auch in ihrer Qualität als einer der beiden konstitutiven „Säulen“ des Regimes. Die SA stellte mit ihren innen- und militärpolitischen Aspirationen die Kooperation von 1933 in Frage. Hitler dagegen erwies sich trotz der „Liquidation“ einiger konservativer Persönlichkeiten scheinbar doch als loyaler Bündnispartner, der mit seinem Vorgehen gegen die SA-Führung das System der zwei „Säulen“ stabilisiert hatte. Die Passivität gegenüber den Morden, die Entscheidung für Hitler als Hindenburgs Nachfolger, der Eid der Reichswehr auf Hitler lassen sich auf diese Weise erklären, ganz abgesehen davon, daß die Armeeführung sich in die Vorbereitung der Mord-Affäre selbst erheblich verstrickt hatte. Nur für einige wenige Einzelpersonlichkeiten wurden die damaligen Ereignisse schon zum Beginn fortschreitender Desillusionierung bezüglich des politisch-moralischen Charakters des Systems⁸⁾. Im Rückblick war die Affäre für diese Männer der erste Schritt auf dem Weg, der sie dann zur Opposition, zum Widerstand und schließlich zum 20. Juli führte.

Die zweite Krise war die *Fritsch-Blomberg-Krise*⁹⁾ vom Frühjahr 1938: Sie war in mehrfacher Hinsicht ein entscheidender Markstein in der Entwicklung der nationalkonservativen Opposition.

⁸⁾ Zur Röhm-Affäre vgl. K.-J. Müller, *Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933—1940*, Stuttgart 1969, Kap. III, sowie ders., *Reichswehr und „Röhm-Affäre“*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, (1968) 3, S. 107—144; Ch. Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*, Frankfurt/M. 1970; H. Mau, *Die „Zweite Revolution“ — Der 30. Juni 1934*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1 (1953), S. 135, und H. Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933—1934*, Reinbek 1984.

⁹⁾ Vgl. K.-J. Müller, *Heer und Hitler* (Anm. 8), Kap. IV: *Blomberg-Skandal und Fritsch-Krise*, sowie Harold C. Deutsch, *Das Komplott oder die Entmachtung der Generale. Blomberg- und Fritsch-Krise. Hitlers Weg zum Krieg*, Zürich 1974.

Vor der Blomberg-Fritsch-Krise fanden auf zwei Ebenen Aktivitäten statt, die häufig von einer ausschließlich auf den Widerstandsaspekt fixierten Literatur als Manifestation entschlossenen Widerstandes angesprochen werden. Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch, daß sie alles andere als dies waren.

Einmal sind die Aktivitäten des von dem Major (später General) Oster im Rahmen der Abwehr aufgebauten, von Canaris geduldeten und geförderten innenpolitischen Informations- und Nachrichtendienstes zu nennen. Er richtete sein Augenmerk vor allem auf die der Armee feindselig eingestellten Parteigliederungen (insbesondere SS und SD) und auf deren verbrecherische Machenschaften. Oster hatte die ihm durch die Abwehr gleichsam amtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zum Aufbau eines locker geknüpften inoffiziellen Netzwerkes benutzt und so einen recht effektiven Informationsapparat aufgebaut. Er hielt Verbindung zu zahlreichen der Partei gegenüber kritisch eingestellten Persönlichkeiten aus dem konservativen Milieu (wie z. B. Gisevius, Schlabrendorff, Halem, Kleist-Schmenzin, Beppo Römer). Teilweise waren ihm diese aus gemeinsamen Freikorpszeiten bzw. aufgrund gesellschaftlicher oder dienstlicher Kontakte bekannt, sie waren für seine Zwecke ansprechbar und besaßen ihrerseits wiederum wertvolle Kontaktmöglichkeiten. Aber dies war keineswegs jene „bedeutsame Verflechtung und Weitläufigkeit der in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre beginnenden Verschwörung“¹⁰⁾. Von „Verschwörung“ im Sinne einer zielgerichtet auf Umsturz der Verhältnisse oder auf einen Staatsstreich abgestellten Konspiration kann nicht die Rede sein. Vielmehr bietet sich dem analytischen Blick eine Art von sehr lockerem „Old-Boy-Network“ ehemaliger Freikorpsler und Konservativer, ergänzt durch zufällige oder gesellschaftlich etablierte Verbindungen mit kritisch eingestellten Einzelpersonlichkeiten. Es bildete die Grundlage für Osters innenpolitisches Informations- und Kontakt-System, stellte aber zunächst keineswegs mehr dar.

Zudem hatten Fritsch und Beck sich ihrerseits um möglichst ungefilterte und umfassende In- und Auslands-Informationen bemüht. Ihnen persönlich verbundene Militärattachés wie Geyr v. Schweppenburg (London) oder Kühlenthal (Paris) sandten vielfältige Informationen außerhalb

¹⁰⁾ Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1979³, S. 52.

des normalen Dienstweges; außerdem dienten ihnen Personen aus ihrem weiteren privaten und dienstlichen Umfeld als Informationsquelle. Zu ihnen gehörte auch Goerdeler, der seit Sommer 1937 eine rege Auslandsreisetätigkeit entfaltete und dabei auch Kontakte zum Foreign Office knüpfte. Er ließ seine Berichte damals genauso an die beiden entscheidenden Männer in der Heeresleitung gelangen, wie er sie über den persönlichen Adjutanten Hitlers, Wiedemann, an den „Führer“ zu senden versuchte. Gegenüber seinen ausländischen Gesprächspartnern konnte Goerdeler jedoch, was immer er ihnen auch gesagt haben mag, nur seine private, persönliche Meinung darlegen. Keine irgendwie geartete Oppositionsgruppe stand hinter ihm; bestenfalls gab er die Stimmung in gewissen Kreisen des nationalkonservativen Milieus wieder.

Gerade diese Aktivitäten Goerdelers sind ein gutes Beispiel für die Vielschichtigkeit des sogenannten Oppositionsphänomens: Einerseits war seine Berichterstattung für die Heeresführung ein Mittel zur besseren Eigeninformation in einem sonst ziemlich abgeschlossenen Informationssystem; andererseits war sie, von Goerdeler selbst aus gesehen, ein klassischer Fall eines systemimmanenten politischen Einwirkungsversuches von außerhalb des Staatsapparates her in die Sphäre der Entscheidungsträger hinein.

Diese beiden, den engeren dienstlichen Bereich teilweise überschreitenden Aktivitäten — Osters Aufbau eines Informationssystems und Fritschs und Becks weniger organisierte Informationsbemühungen — waren alles andere als Vorbereitungen zu einer oppositionellen Konspiration. Vielmehr waren sie zunächst schlicht und einfach Initiativen zum Ausgleich des für eine totalitäre Gesellschaft symptomatischen Informationsdefizits hoher Amtsträger. Daß derartige Initiativen gleichzeitig auch Ergebnisse brachten, die im Rahmen des systemimmanenten Machtkampfes um die Position der Armee im Staat wertvoll waren, liegt ebenso in der Sache selbst begründet wie die teilweise Verselbständigung der informativen Aktivitäten Goerdelers im Ausland und bei seinen Versuchen, Hitler zu informieren.

Die *Blomberg-Fritsch-Krise* im Januar 1938 bildet in mehrfacher Hinsicht einen entscheidenden Markstein in der Vorgeschichte der späteren Militäropposition. Zum einen wirkte die Krise gleichsam als Katalysator: Verschiedene bisher nur in lockerem Kontakt zueinander stehende Personen fanden nunmehr erstmals zu unmittelbaren und direkten Beziehungen zusammen. Eine genauere Analyse zeigt indessen, daß es sich dabei noch keineswegs um die Bildung einer Art

einheitlicher, zusammenhängender Oppositionsgruppierung handelte, sondern um Aktivitäten und Zusammenarbeit auf sehr verschiedenen Ebenen mit durchaus unterschiedlichen Motiven, Zielsetzungen und Methoden, getragen von recht verschiedenen Personen und Personengruppen.

Erstens war der als Rechtsbeistand des Generalobersten von Fritsch tätige Rechtsanwalt v. d. Goltz mit einigen ihn tatkräftig unterstützenden Vertretern der Militärjustiz nicht nur bemüht, seinen Mandanten zu entlasten, sondern zugleich auch die Hintergründe der Affäre aufzuhellen. Oster gab mit seinem Apparat diesen im Kern zunächst unpolitischen, im Effekt gleichwohl politischen Bestrebungen wertvolle Hilfeleistung. Sodann gab es einige im wesentlichen unkoordinierte Aktivitäten einzelner außerhalb der Streitkräfte stehender Persönlichkeiten. Sie zielten darauf ab, hohe Militärs über die Hintergründe, die anfangs mehr erahnt als nachgewiesen werden konnten, zu orientieren in der Hoffnung, diese irgendwie zum Eingreifen veranlassen zu können. Allerdings wußte niemand von ihnen genau, wie, mit welchen Mitteln und letztlich zu welchem Ende dies eigentlich geschehen sollte. So wirkten Goerdeler, Gisevius, Schacht, auch der SA-Stabschef Lutze in diesem Sinne auf einige Kommandierende Generale und teilweise auch auf den Nachfolger Fritschs (v. Brauchitsch) ein. Das waren aber völlig illusionäre Interventionen, soweit sie mehr bewirken sollten, als nur die Rehabilitation des Generalobersten voranzutreiben. Das Gewicht der moralischen Motivation dieser Initiativen stand in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem Realitätsbezug.

Des weiteren entwickelte Oster mit einigen Gesinnungsgenossen und Freunden aus der Abwehr und aus alten Freikorpsstagen, zu denen als dynamische Kraft Dr. v. Dohnanyi, der Persönliche Referent des Reichsjustizministers, stieß, eine starke Aktivität. Ihr Ziel war ein doppeltes, nämlich sowohl die Urheberchaft von SS, SD und Gestapo bei der böartigen Intrige gegen die oberste militärische Führung aufzudecken als auch eine Art außergewöhnlicher, *gewaltsamer Selbsthilfeaktion* der Armee gegen diese Organisationen in die Wege zu leiten. Auf diese Weise sollte jene Hauptgefahrenquelle für die Position der Armee im Staat beseitigt und eine Reform der innenpolitischen Verhältnisse im Sinne einer Wiederherstellung des Entente-Charakters des Regimes durchgesetzt werden, zu dem im Verständnis von Männern wie Oster auch ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit gehörte.

Schließlich wurden auf höchster militärischer Ebene der Generalstabschef Beck, der Chef der

Abwehr Canaris und der soeben entlassene Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler, Hoßbach, aktiv¹¹⁾). Sie wollten im Zusammenhang mit der Bereinigung des Falles Fritsch zugleich grundlegende Veränderungen durchsetzen, welche die Stellung der Streitkräfte im Staat wieder stabilisieren und dem Regime seinen ursprünglichen Charakter, wie sie ihn auffaßten, wiedergeben sollten. Beck bemühte sich damals um eine Reorganisation der obersten militärischen Führungsstruktur, durch welche die Heeresleitung in eine militärische Schlüsselposition gekommen wäre. Canaris und Hoßbach wiederum entwarfen einen Plan, der eine *ultimative Intervention* der Heeresführung bei Hitler vorsah mit dem Ziel, die SS- und Gestapo-Führung zu entmachten und „die Befreiung der Wehrmacht von dem Alpdruck einer Tscheka“¹²⁾ zu erzwingen. Im Gegensatz zu den verschwörerischen, ein gewaltsames Vorgehen einkalkulierenden Überlegungen der Oster-Gisevius-Gruppe hielten sich die Initiativen und Pläne der drei hohen Militärs im Rahmen amtlicher Prozeduren, wenngleich sie teilweise durchaus von außergewöhnlicher Natur waren.

So wurden damals von sehr unterschiedlichen Kreisen sehr verschiedene Ziele mit jeweils unterschiedlichen Mitteln und Methoden angestrebt: Aktivitäten zur Entlastung des Generalobersten von Fritsch trafen zusammen mit Versuchen, SS, SD und Gestapo zu entlarven. Diese wiederum flossen teilweise mit dem Bemühen zusammen, jene nationalsozialistischen Organisationen ihrer Machtstellung zu entkleiden. Dies hätte zugleich die innenpolitische Position der Streitkräfte im Staat stabilisiert, vielleicht gar den Charakter des Regimes modifiziert, es aber nicht beseitigt. Gemeinsam war der Anlaß — die Rehabilitation des Generalobersten von Fritsch; gemeinsam war die Stoßrichtung gegen die SS und die von dieser gelenkten Gestapo und SD. Unterschiedlich aber waren Reichweite der Absichten, die Intensität des Wollens und das Ausmaß der Zielsetzung. Unterschiedlich waren auch die Aktionsmöglichkeiten und die ins Auge gefaßten Methoden: Der Kreis um Oster und Gisevius wollte mit einer gewaltsamen Säuberungsaktion die innenpolitischen Verhältnisse modifizieren; sie wollten die SS — jene neue Kraft, welche die Entente von 1933 gefährdete — als Machtfaktor ausschalten. In der Heeresleitung dagegen dachte man eher an

¹¹⁾ Vgl. Heinz Höhne, Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976; zu Hoßbach vgl. Harold C. Deutsch, Das Komplott (Anm. 9).

¹²⁾ Dokument Nr. 34, abgedruckt in: Klaus-Jürgen Müller, Heer und Hitler (Anm. 8), S. 639f. Aufschlußreich für den Machtkampfcharakter ist die Formulierung „Befreiung der Wehrmacht“ (nicht also primär der Nation!). Vgl. auch K.-J. Müller, Beck (Anm. 3), Kap. 3.

eine mit mehr oder weniger gelindem Druck in die Wege geleitete, amtlich legitimierte Neuverteilung der Kompetenzen und an die Beschneidung von problematischem Wildwuchs im NS-Organisationsdschungel. Angestrebtes Ziel war nicht die Modifizierung des Regimes, sondern — neben der Rehabilitation von Fritsch — eine Machtverstärkung zugunsten der Armeeführung innerhalb des Systems.

Etwas schematisierend könnte man davon sprechen, daß es sich hier wiederum um einen systeminternen Machtkampf handelte, dem nunmehr Tendenzen sowohl zur evolutionären Regimereform wie zur gewaltsamen Regimesäuberung innewohnten. So brachte die *Fritsch-Krise* vor allem einen *Höhepunkt im systemimmanenten innenpolitischen Machtkampf*, keineswegs aber irgendeine, auch nur im Ansatz auf Systemumsturz abzielende Verschwörung. Weiterhin wurde entscheidend für die künftige Entwicklung, daß für manche der beteiligten Angehörigen der traditionellen Elitegruppen das Verhalten Hitlers keineswegs mehr so eindeutig war wie noch in der Röhme-Affäre. Vordergründig waren es wohl SS und Gestapo, die mit der Intrige gegen Frhr. v. Fritsch einen perfiden Schlag gegen die Armee als eine der tragenden Säulen der Entente von 1933 geführt hatten. Hitlers Verhalten indessen war zumindest undurchsichtig. Die von ihm schließlich durchgeführte personelle und organisatorische Bereinigung der Affäre ließen ihn nicht mehr zweifelsfrei als einen loyalen Bundesgenossen oder einen dem nationalkonservativen Entente-Partner gegenüber wohlwollenden Schiedsrichter erscheinen. Diese Einsicht stand hinter den Überlegungen Osters und anderer, Schritte zur inneren Säuberung zu unternehmen. Hinzu kommt ein weiteres wichtiges Moment, das für die künftige Entwicklung der nationalkonservativen Opposition entscheidend werden sollte: Für etliche der späteren entschiedenen Gegner des Regimes und Schlüsselfiguren des späteren Widerstandes (etwa Hans Oster, Henning von Tresckow, mit Einschränkung wohl auch Wilhelm Canaris) wurde das Erlebnis der Fritsch-Krise zum Beginn einer Wende, welche sie von der Stufe eines innenpolitischen Machtkampfes zu der Stufe grundlegender Opposition schreiten ließ.

Den nächsten Entwicklungsschub brachte sodann die *dritte Krise*, die *Sudeten-Krise* von April bis September 1938¹³⁾. Jetzt entstand eine Kräftegruppierung, die als Antikriegspartei bezeich-

¹³⁾ Hierzu und zum folgenden vgl. H. K. G. Roennefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung, Verlauf, Auswirkung, 2 Bde., Wiesbaden 1961, sowie R. A. Blasius (Anm. 7) passim.

net werden kann. Ihre hervorragenden Vertreter waren damals auf militärischer Seite der Generalstabschef Ludwig Beck, dessen Stellvertreter und späterer Nachfolger General Halder sowie der Abwehrchef Admiral Canaris¹⁴); auf seiten der Diplomatie waren es der Staatssekretär von Weizsäcker und eine kleine Gruppe von jüngeren Diplomaten¹⁵). Diese Antikriegspartei gewann dadurch eine besondere Dynamik, daß ihre Aktivitäten zur *Kriegsverhinderung* zusammenflossen mit Bestrebungen jenes akuten innenpolitischen Machtkampfes, von dem schon die Rede war. So waren es also drei Elemente — die Kriegsverhinderungsbestrebungen sowie die den internen Machtkampf kennzeichnenden Tendenzen zur evolutionären Regimereform und zur gewaltsamen Regimesäuberung —, welche damals die Eigenart der nationalkonservativen Opposition ausmachten. Begriffe wie „Verschwörung“, „Konspiration“ oder „Anti-Hitler-Fronde“ sind daher angesichts der komplexen Struktur dieser Opposition viel zu unscharf. Zudem suggerieren sie die Vorstellung einer Homogenität, die nicht gegeben war.

Für die Aktionsmöglichkeiten der Antikriegspartei und ihre Erfolgchancen spielte ihre politische Motivation eine wesentliche Rolle. Die klassische Zielvorstellung der nationalkonservativen Eliten bestimmte auch ihr außenpolitisches Denken: Die Gewinnung einer hegemonialen Großmachtposition des Reiches in Mitteleuropa bzw. Abwendung einer jeglichen Gefährdung dieser Zielsetzung oder deren Voraussetzungen. Bezüglich der Realisierung dieser Zielsetzung schlossen sie den Einsatz militärischer Machtmittel nicht grundsätzlich aus. Allerdings dürfe ein militärischer Konflikt in Europa — war er schon nicht zu vermeiden — nie zu einem gesamteuropäischen Krieg führen. Begrenzte kriegerische Konflikte waren also aus diesem Konzept nicht grundsätzlich ausgeklammert, wengleich auch nicht zwangsläufig eingeplant.

Diese Zielsetzung und diese außenpolitischen Methoden brachte die genannten Vertreter der Antikriegspartei allerdings bald in eine ausweglose Lage, als nämlich Hitler in der Sudetenfrage Ziele anzustreben begann, die auch sie akzeptierten, jedoch mit Mitteln und unter Umständen, die ihnen unannehmbar erschienen. Eindrucksvoll wird dies bei General Beck und bei Staatssekretär von Weizsäcker deutlich: Für Beck war die Verfügbarkeit überlegener deutscher militärischer

Macht eine absolute Voraussetzung zum Erreichen der außenpolitischen Zielsetzung¹⁶). Dementsprechend war die von ihm konzipierte und durchgesetzte Militärpolitik auch angelegt, deren Kernstück die massive, beschleunigte und vor allem einseitige, international vertraglich nicht abgesicherte deutsche Aufrüstung war. Ungeachtet aller außenpolitischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedenken trieb er sie ungestüm voran. Dahinter stand das Kalkül, möglichst rasch durch die mit dieser Art von Aufrüstung gegebene Risikophase hindurchzukommen und so stark zu werden, daß ein möglicher Konflikt im Verfolg deutscher Großmachtpolitik rasch beendet und dritte Mächte möglichst von einem Eingreifen abgehalten würden.

Mit dieser Militärpolitik geriet der Generalstabschef ab Ende 1937 in eine schwierige Lage. In der bekannten Besprechung vom 5. November 1937 in der Reichskanzlei begründete Hitler seine geplante kriegerische Expansionspolitik unter anderem auch mit dem Zeitdruck, in den man durch den von der deutschen Aufrüstung ausgelösten Rüstungswettlauf hineingeraten sei. Daß Hitler derart argumentieren konnte, war nicht zuletzt das Ergebnis der Militärpolitik der Heeresführung. Der General kritisierte daher in seinem Memorandum vom 12. November 1937 — seiner Antwort auf Hitlers Ausführungen vom 5. November¹⁷) — auch nicht des Diktators unmittelbare Zielsetzung. Mit ihr stimmte er prinzipiell überein: verschiedene Gründe, so schrieb er, sprächen durchaus für eine baldige gewaltsame Lösung der tschechischen Frage. Im übrigen sei auch die Tschechoslowakei „in ihrer jetzigen Gestalt“ für Deutschland „unerträglich“. Er stimmte allerdings nicht mit dem von Hitler ins Auge gefaßten Zeitpunkt und nicht in der Frage der außenpolitischen Opportunität überein. Es war also damals noch kein prinzipieller Konflikt über das „Ob“, sondern eher ein grundsätzliche Dimensionen annehmender Konflikt, der über das „Wie“ und „Wann“ ausbrach.

Staatssekretär von Weizsäcker sah ebenfalls in der Neubegründung deutscher hegemonialer Großmachtstellung in Mitteleuropa das Ziel deutscher Außenpolitik. Ende 1937/Anfang 1938 sprach er davon, daß „wir von England Kolonien und freie Hand im Osten“ wollen. Er war

¹⁶) Vgl. hierzu die ausführliche Analyse in: K.-J. Müller (Anm. 3).

¹⁷) Abgedruckt ebd., S. 498—501 (Dokument Nr. 43). Dort auch die folgenden Zitate. Zur kontroversen Forschungsanlage vgl. K.-J. Müller, Zur Struktur und Eigenart der nationalkonservativen Opposition bis 1938. Innenpolitischer Machtkampf, Kriegsverhinderungspolitik und Eventualstaatsstreich, in: J. Schmäddeke/P. Steinbach (Anm. 5), S. 329—344.

¹⁴) Zu Halder vgl. G. R. Ueberschär, Generaloberst Halder im militärischen Widerstand 1938—1940, in: Wehrforschung, I (1973) I, S. 20—31.

¹⁵) Vgl. hierzu R. A. Blasius (Anm. 7) und M. Thielenhaus (Anm. 7).

sich zwar klar, daß „die Verwirklichung unserer expansiven Ideen englische Toleranz verlange“, hielt aber einen Ausgleich mit den Briten noch nicht für unmöglich¹⁸⁾. Auf keinen Fall dürfe es jedoch wegen der deutschen Ambitionen zu einem europäischen Krieg kommen. Zwar bejahte er die machtpolitische Ausschaltung der Tschechoslowakei als außenpolitische Zielsetzung, aber spätestens seit Frühjahr 1938 war ihm klar, daß die Lokalisierung eines deutsch-tschechoslowakischen Krieges nicht möglich sein werde.

Für General Beck wurde die berühmte Wochenendkrise von Ende Mai 1938 zum entscheidenden Wendepunkt, als die Tschechoslowakei in Fehleinschätzung deutscher Aktivitäten mobil machte, London und Paris die Deutschen vor aggressiven Taten warnten und Hitler sich in den Augen der Weltöffentlichkeit bloßgestellt glaubte. Bis zum Frühjahr 1938 hatte er die militärische Planung gegen die CSR in der Annahme vorangetrieben, es sei frühestens ab 1940 bis 1943 mit einer militärischen Intervention gegen die CSR zu rechnen, wenn nämlich die deutsche Aufrüstung beendet sei. Nun traf es ihn wie ein Schock, als Hitler in Reaktion auf die Wochenendkrise nicht nur von einem kriegerischen Konflikt mit der CSR, sondern unter Umständen auch mit den Westmächten schon für 1938 sprach. Damit brachen für Beck nahezu alle Voraussetzungen seiner Militärpolitik zusammen. Seit Ende Mai — so bekannte er im November desselben Jahres gegenüber einem Vertrauten — habe er nur noch einen Gedanken gehabt: „Wie verhindere ich einen Krieg“¹⁹⁾? Auch für Canaris und Halder war die Mai-Krise der entscheidende Zeitpunkt ihrer Desillusionierung hinsichtlich des außenpolitischen Vabanque-Spiels Hitlers.

Weizsäcker reagierte etwas anders auf die Ereignisse von Ende Mai. Er entwickelte angesichts der sich zuspitzenden internationalen Krise ein eigenes Konzept, das die Aufhebung der Tschechoslowakei als Staat von machtpolitischem Gewicht in Europa mit der Vermeidung eines europäischen Krieges zu verbinden suchte. Er beschrieb dieses Konzept mit dem bildhaften Begriff „chemischer Auflösungsprozeß“, also Desintegration der CSR durch äußeren Druck unterhalb der Schwelle des Krieges und durch innere Subversion. Dies blieb während der gesamten internationalen Krise die Leitlinie seiner Politik. Beck hatte bereits Ende Mai Hitlers Kriegspolitik erkannt, Weizsäcker jedoch erging sich den ganzen Juni und Juli über noch in „ständigem Rätselfragen über die wirklichen Absichten Hit-

lers“²⁰⁾. Er glaubte einerseits an eine großangelegte Bluffstrategie Hitlers, um die Tschechen müde zu machen, andererseits gewann er allmählich den Eindruck, daß es der Reichsaußenminister v. Ribbentrop sei, der zum Kriege drängte, und nicht Hitler selbst. Seit Anfang August versuchte er daher, am Reichsaußenminister vorbei auf Hitler einzuwirken, um diesen von riskanten Entschlüssen abzubringen²¹⁾.

Die Sorge, daß eine allzu aggressive deutsche Politik zum unrechten Moment das Risiko eines nicht zu isolierenden Krieges um die Tschechoslowakei herbeiführe, solange die deutsche Rüstung unvollständig und die außenpolitische Absicherung nicht erfolgt war, ließ diese Männer zu entschiedenen Gegnern einer bedenkenlosen Machtpolitik werden, deren Voraussetzungen sie indessen zu einem erheblichen Teil mitgeschaffen hatten und deren Ziele auch noch die ihren waren. Die nationalkonservative Opposition — wie sie damals die Antikriegspartei verkörperte — stellte also zu jener Zeit noch keine System-Alternative dar, sondern eine über Differenzen hinsichtlich der Opportunität, Methoden und Risikofaktoren deutscher Machtpolitik sich herausbildende systemimmanente Opposition hoher staatlicher Amtsträger, die eine alternative Außenpolitik durchzusetzen sich bemühten.

Dabei kam es zum Konflikt zwischen dem Generalstabschef und dem „Führer“, in dessen Verlauf sich ein weiterer qualitativer Entwicklungsgang abzeichnete. Der Konflikt, der damals zwischen Hitler und Ludwig Beck aufbrach und in dem Halder und Canaris Beck zur Seite standen und auch Weizsäcker mit ihm Fühlung hielt, ist häufig beschrieben worden. Ihn jedoch als ersten Staatsstreichversuch darzustellen, greift gewiß fehl; die Quellen erlauben keineswegs eine solch weitgehende Interpretation. Ihn aber auch lediglich als „Kampf gegen den Krieg“ zu bezeichnen, ist eine unzutreffende Verkürzung, da sie seinen Charakter als innenpolitischen Machtkampf verkennt und vor allem die geschilderte militärpolitische Tiefendimension übersieht²²⁾.

²⁰⁾ Zitiert nach R. A. Blasius (Anm. 7), S. 49 (Aufzeichnung Th. Kordt); ähnliche Interpretation, wenn auch mit einigen Differenzierungen bei M. Thielenhaus (Anm. 7), S. 51 f., 66, 74, 79—81.

²¹⁾ Hierzu R. A. Blasius, Weizsäcker kontra Ribbentrop: „München“ statt des großen Krieges, in: K.-J. Müller/Franz Knipping (Hrsg.), Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 93—118.

²²⁾ Zur Kontroverse über das Verhalten Becks 1938 vgl. die Literaturhinweise in meinem in Anm. 17 genannten Aufsatz sowie in: K.-J. Müller, Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand, in: Schmäddeke/Steinbach (Anm. 6), insbesondere dortige Anm. 23—25 und 32—34. Vgl. auch P. Hoffmann, Ge-

¹⁸⁾ ADAP, D, I, Nr. 21 und Weizsäcker-Papiere, S. 126; vgl. auch die Analysen von Blasius und Thielenhaus (Anm. 7).

¹⁹⁾ Zitat bei K.-J. Müller (Anm. 3), S. 579.

Gegen eine eindimensionale Betrachtung, die bei der Interpretation der Sachzusammenhänge vornehmlich und ausschließlich nur den Widerstandsaspekt sieht und daher in jedem Konflikt so gleich eine gegen die Grundlagen des Regimes zielende Widerstandshandlung erkennen möchte, sind diese drei wesentlichen Komponenten hervorzuheben, welche damals die Aktivitäten des Generalstabschefs bestimmten: der Kampf gegen den Krieg, der innenpolitische Kampf und die militärpolitische Dimension. Jede einseitige Hervorhebung nur einer dieser drei Komponenten wäre eine unzulässige, weil unzutreffende Verkürzung eines sehr komplexen Ereigniszusammenhanges. Becks Aktivitäten und Planungen waren damals der massivste Ausdruck der Bestrebungen jener Antikriegspartei hoher Amtsträger im Rahmen der Auseinandersetzung antagonistischer Machteliten. Ihre Schärfe und ihren grundsätzlichen Charakter nahm diese Auseinandersetzung für Beck nicht dadurch an, daß sie etwa systemzerstörende Zielsetzungen besaß — dies war *noch nicht* der Fall —, sondern — in Becks Sicht — aus zwei Gründen: Einmal, weil ein Krieg gegen die CSR zum damaligen Zeitpunkt seiner Meinung nach nicht zu isolieren war und daher das von ihm beschworene *finis Germaniae* bedeutet hätte, und zweitens, weil die leichtfertige Art der Entschlußfassung und Entscheidungsfindung des Diktators — noch dazu unter Ausschaltung der zuständigen militärischen Führung — angesichts dessen, was auf dem Spiel stand, in Becks Augen einfach unmoralisch war.

Becks Bemühungen im Sommer 1938 entwickelten sich, methodisch gesehen, *in drei Stufen*: Zunächst versuchte der Generalstabschef vergeblich, auf dem Wege normaler dienstlicher Einwirkungen (Denkschriften und Vorträge) über den Oberbefehlshaber des Heeres auf Hitler einzuwirken, um ihn von seinen kriegerischen Plänen abzubringen. Auf einer zweiten Stufe, auf der offenbar Canaris einen wichtigen Einfluß auf den Generalstabschef ausübte, erwog Beck ungewöhnliche Maßnahmen: Durch den kollektiven Rücktritt der höchsten Generale sollte massiver Druck auf Hitler ausgeübt werden, damit dieser von seinen Kriegsplänen Abstand nehme. Die Formulierung dieser Kollektivrücktrittsdrohung könne — so schrieb er — „nicht eindrucksvoll, hart und brutal genug“ sein. Drittens nahm er einen während der Fritsch-Krise von Canaris und Hoßbach erarbeiteten Plan in modifizierter Form wieder auf: Er faßte eine Aktion des Militärs gegen jene

neraloberst Becks militärpolitisches Denken, in: HZ, (1982) 234, S. 101—121), und meine Entgegnung „Militärpolitik, nicht Militäropposition“, in: HZ, (1982) 235, S. 355—371.

vermeintlich „radikalen Kräfte“ der NS-Bewegung ins Auge, die er und andere Mitglieder der Militärelite hinter Hitlers Kriegsabsichten am Werk sahen. Die durch die Kollektivrücktrittsdrohung der Generalität wahrscheinlich entstehenden Spannungen sollten zu einer „innerpolitischen Flurbereinigung“ benutzt werden, zur Entmachtung jener „radikalen Kräfte“ innerhalb des Systems, die in ihren Augen für das außenpolitische Vabanquespiel mitverantwortlich waren und die sich schon früher als Gegner der Armee demaskiert hatten. So flossen in diesen Vorschlägen der Kampf gegen den Krieg zusammen mit dem langjährigen Machtkampf um die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des Entente-Charakters des Regimes.

Damit ging Beck immerhin einen Schritt weiter als Weizsäcker, dessen Einwirkungsversuchen auch engere institutionelle Grenzen gesetzt waren. Beiden blieb indessen damals noch der Weg in eine gegen das Regime selbst sich richtende Fundamentalopposition versperrt: *Beck*, weil er sich zwar gegen den von ihm so gefürchteten Krieg wandte, aber trotz aller Überlegungen hinsichtlich einer gewaltsamen Säuberungsaktion doch grundsätzlich noch im Rahmen des — zu reformierenden — Regimes handeln wollte; *Weizsäcker* wiederum, weil er nicht nur das Ziel — die machtpolitische Ausschaltung der CSR — ebenso wie Beck bejahte, sondern weil er lange Zeit in Verkennung der wahren Absichten Hitlers immer noch glaubte, dieser betreibe lediglich eine — allerdings waghalsige — Bluff-Politik²³⁾. Letztlich scheiterten all diese Aktivitäten, und das hatte vielschichtige Ursachen.

Beck und Canaris vermochten es nicht, den Oberbefehlshaber des Heeres und die führende Heeresgeneralität davon zu überzeugen, daß der von Hitler intendierte militärische Konflikt nicht zu isolieren sei, daß die Westmächte unweigerlich eingreifen würden. Vom rein militärisch-professionellen Standpunkt aus vermochte Beck nämlich keine überzeugenden Beweise für die Richtigkeit dieser Prognose und damit für die Richtigkeit der Prämissen des vorgeschlagenen Handelns vorzulegen. Außerdem — rein militärisch gesehen — schien ein isolierter Krieg gegen die CSR durchaus chancenreich zu sein. Becks Aufrüstungs- und Militärpolitik hatte also höchst ambivalente Ergebnisse gebracht²⁴⁾. Staatssekretär v. Weizsäcker stand ebenfalls vor einem Dilemma: Sein eigener Vorgesetzter, der Reichsau-

²³⁾ Vgl. dazu die in Anm. 7 genannten Arbeiten von Blasius und Thielenhaus.

²⁴⁾ Vgl. dazu K.-J. Müller (Anm. 3), Kap. 6: „1938 Kriegsgefahr und Rücktritt — Die Aporie der Militärpolitik des Heeres“.

Benminister, war in seinen Augen einer der entscheidendsten Kriegstreiber. Ihn mußte er daran hindern, Hitler in einer Politik des Kriegsrisikos zu bestärken; gleichzeitig mußte er auf den „Führer“ selbst im Sinne des eigenen politischen Konzeptes einzuwirken versuchen. Hier aber lag ein weiteres Problem. Seinen Einwirkungsversuchen waren nämlich Grenzen gesetzt; einerseits war er nicht in der Lage, seine allgemeine außenpolitische Zielsetzung zur Disposition zu stellen; andererseits ging es auch im Bereich der Diplomatie letztlich um schwer beweisbare Fragen der Lageeinschätzung und der daraus zu ziehenden Konsequenzen. Weizsäcker's Auffassung, Hitler betreibe eine großangelegte Bluff-Politik, ist Ausdruck seines Versuches, dieses Problem rational zu bewältigen.

An diesem Punkt der Analyse wird im übrigen die funktionale Bedeutung der bekannten, von Canaris, von dem Kreis um Oster und von v. Weizsäcker initiierten Missionen verschiedener Emissäre und anderer diskreter Interventionen deutlich, die alle unter einer Zwecksetzung standen: Sie sollten die Richtigkeit jener entscheidenden Prämissen der Kriegsverhinderungspolitik bestätigen, nämlich daß die Westmächte im Falle eines deutschen Angriffs auf die CSR mit absoluter Sicherheit eingreifen würden. Das war die Funktion, die den Missionen von Kleist-Schmenzin (18. bis 24. August 1938), den Brüdern Kordt (Erich K. durch Einwirkung auf Brauchitsch, Theo K. in London, zwischen dem 23. August und 7. September 1938, wobei Kordt noch einige Überlegungen eigenmächtig einbrachte) und jener C. J. Burckhardts (Ende August und Anfang September 1938) zgedacht war. Canaris versuchte außerdem, eine negative Stellungnahme der wichtigsten deutschen Verbündeten zur Kriegspolitik Hitlers zu provozieren (Mission Groscurth in Budapest am 22. August und Canaris' eigene Demarchen bei dem italienischen Generalstabschef Pariani vom 2. September 1938). Weizsäcker holte überdies ein gemeinsames Votum der wichtigsten deutschen Botschafter ein über die Unmöglichkeit, einen deutsch-tschechischen Konflikt zu isolieren²⁵).

Festzuhalten ist also, daß im Augenblick der beginnenden Zuspitzung der Sudeten-Krise unter hohen staatlichen Amtsträgern eine *Antikriegspartei* entstand, die einen ihrer Ansicht zur Zeit nicht isolierbaren Konflikt vermeiden wollte, die jedoch die Zielsetzung deutscher Großmachtspolitik — in diesem Falle die Zerstörung der CSR — durchaus bejahte und auch die Anwendung militärischer Machtmittel (Beck), politisch-militäri-

schen Drucks (Weizsäcker) oder gezielter Subversionsmaßnahmen (Canaris) keineswegs grundsätzlich ablehnte. Sie wandte sich jedoch aus Risikokalkül gegen eine militärische Lösung des Konfliktes zum damaligen Zeitpunkt. Auf einer tieferen Ebene war diese Antikriegspolitik hoher Staatsfunktionäre zugleich auch der Versuch, die Konsequenzen einer machtpolitisch bestimmten deutschen Großmachtspolitik zu bewältigen. Desweiteren war die Antikriegspolitik verknüpft mit einem innenpolitischen Machtkampf, in dem es darum ging, die Position traditioneller Führungseliten innerhalb des Regimes und des außenpolitischen Entscheidungsprozesses wieder zu stabilisieren.

Von dieser Kerngruppe der Antikriegspartei ist jener Kreis von Persönlichkeiten zu unterscheiden, die von der Antikriegspartei für Hilfsfunktionen — etwa den schon genannten Geheimmissionen — aktiviert wurden. Es waren regimkritische Persönlichkeiten des konservativen Milieus wie Kleist-Schmenzin oder Männer, die auf mittlerer Ebene im militärischen oder diplomatischen Apparat angesiedelt waren wie Major Groscurth oder die Gebrüder Kordt, oder aber Inhaber hoher politischer Ämter, die sich eine eigene kritische Meinung bewahrt hatten wie Schacht. Häufig haben sie eher ihre eigenen, bisweilen eigenwilligen Vorstellungen bei den ihnen übertragenen Missionen dargestellt als die Ansichten ihrer Auftraggeber. Das hat dazu beigetragen, das Bild der deutschen Opposition in bestimmten Kreisen des Auslandes eher zu verzerren als zu verdeutlichen. Indessen blieben sie immer nur Hilfsorgane der Antikriegspartei, selber besaßen sie kein oppositionelles Eigengewicht.

Es gab aber auch einige nationalkonservative Oppositionelle, die damals auf eigene Faust politische Initiativen entwickelten wie etwa der Journalist und Rittmeister a. D. v. Koerber, der konspirative Gespräche mit dem britischen Militärattaché führte, oder der ehemalige Oberbürgermeister Carl Goerdeler auf seinen häufigen Auslandsreisen in westliche Hauptstädte. Sie bezeichneten sich zwar als „Angehörige der deutschen Opposition“, aber das waren sie nur in einem sehr vagen Sinn. Bestenfalls gaben sie eine gewisse Stimmungstendenz in nationalkonservativen Kreisen wieder. Keineswegs waren sie mittel- oder unmittelbar einbezogen in die Aktivitäten der Beck-Canaris-Weizsäcker-Gruppe. Daher sind diese privaten Auslandskontakte, die oft pauschal „der Opposition“ zugeschrieben werden, säuberlich zu unterscheiden von den konspirativen Kontakten der Antikriegspartei. Und diese wiederum müssen genau abgegrenzt werden von den Aktivitäten, welche damals Teil des offi-

²⁵) Belege hierzu in K.-J. Müller, Nationalkonservative Eliten (Anm. 7), S. 243.

ziellen und halboffiziellen deutsch-britischen Dialoges waren wie etwa die Kontakte des Hitler-Adjutanten Wiedemann, des Diplomaten Hewel und auch bisweilen Weizsäckers, bei dessen Initiativen die Trennlinie zwischen amtlichem Handeln und eigenen politischen Akzentsetzungen bisweilen schwer zu erkennen ist. Derartige analytische Unterscheidungen sind wichtig, um Vorstellungen zu begegnen, welche dem Begriff „Opposition“ für die damalige Zeit eine Kohärenz und Einheitlichkeit unterlegen, die mitnichten der Realität entsprachen²⁶⁾.

Becks letztlich noch system-immanenter Oppositionsansatz wurde im Laufe der zweiten Augusthälfte von General Halder im Prinzip aufgegeben. Dieser, zuvor Becks Stellvertreter, dann ab 1. September 1938 sein Nachfolger, plante nunmehr schlichtweg den Staatsstreich²⁷⁾. Dazu zog er die oppositionelle Gruppe um Oster und Gisevius heran und erhielt die Unterstützung von Canaris. So begann *eine neue Phase* der Entwicklung: Die Antikriegspartei hatte mit der Idee eines Staatsstreiches eine neue Handlungsdimension entwickelt. Kennzeichen dieser Phase war es, daß einerseits die konspirative Staatsstreichplanung und andererseits politische und geheimdienstliche Aktivitäten im In- und Ausland — bisweilen wenig koordiniert — nebeneinander herliefen. So wurden die schon zu Becks Zeiten begonnenen Geheimkontakte mit London, vor allem Initiativen Weizsäckers und Canaris', aber auch Halders (Mission Böhm-Tettelbach) ebenso fortgesetzt wie die Bemühungen, hohe Amtsträger wie Keitel und Brauchitsch für Einwirkungen auf Hitler im Sinne einer Kriegsverhinderung zu gewinnen. Gleichzeitig aber begann der Oster-Gisevius-Kreis im Auftrage Halders mit den technischen Vorbereitungen einer Staatsstreichaktion.

Im Gegensatz zu Becks Amtszeit war nunmehr aus den Kontakten zwischen den Repräsentanten der Kriegsverhinderungspolitik in hohen Ämtern und aktivistischen Elementen in untergeordneten Stellungen eine *konspirative Aktionsverbindung* geworden. Jetzt kann erstmals von einer direkt gegen die Führung des Regimes gerichteten Aktivität nationalkonservativer Kräfte die Rede sein, die man mit dem Begriff „Fundamentalopposi-

tion“ oder „Widerstand“ bezeichnen könnte. Dabei ist jedoch nachdrücklich auf die Mehrschichtigkeit des Phänomens zu verweisen. Diese Opposition war nämlich von prinzipiellen Divergenzen in ihren Motiven und Zielsetzungen gekennzeichnet: Für Halder und Canaris sollte der Staatsstreich die letzte und verzweifelte Möglichkeit zur Kriegsverhinderung sein. Der Gedanke an einen eventuell notwendigen Staatsstreich von seiten der Antikriegspartei indessen stellte noch keine prinzipielle Aufkündigung und Ablehnung der Entente von 1933 dar, sondern eher eine bedingte und mit dem Vorbehalt gemachte, nicht zur Systemdestabilisierung zu schreiten, wenn die durch Hitlers Kriegspolitik verursachte Gefährdung der deutschen Machtstellung abgewendet würde. Für den Oster-Gisevius-Kreis (wie übrigens auch für die Brüder Kordt im Auswärtigen Amt) dagegen war er das eigentlich anzustrebende Ziel, das — wie sie meinten — aus Anlaß eines unmittelbar drohenden Kriegsausbruches am besten erreicht wäre.

Diese Gruppe, die bereits seit einiger Zeit nach einer Plattform für einen Coup d'Etat gesucht hatte, begann daher Umsturzvorbereitungen mit sehr viel weitergehenden Absichten, als sie Halder im Sinne hatte. Zugespitzt kann man von der Existenz einer „Verschwörung innerhalb der Verschwörung“ (F. W. Heinz) sprechen. Mehr noch: Planten Oster und Gisevius im Zusammenwirken mit General v. Witzleben, Hitler im Rahmen eines Staatsstreiches zu verhaften, so beschloßen die meist dem Freikorps-Milieu entstammenden Führer des für die Durchführung der Aktion gegen Hitler vorgesehenen Kommandos (F. W. Heinz und Liedig) in selbständiger Ausweitung ihres Auftrages, den Diktator sofort zu töten. Die Radikalität des Willens dieser kleinen Gruppe von Männern in relativ untergeordneten Positionen beruhte erstens offenkundig auf einer größeren Desillusionierung hinsichtlich des Systems, einer Desillusionierung, zu der sehr wesentlich — wie es scheint — eine starke, spätestens seit der Fritsch-Affäre aufgebrochene moralische Betroffenheit beigetragen hatte. Zweitens spielte aber auch ein generationsspezifischer Erlebnis- und Erfahrungshintergrund eine Rolle: Hier standen einstige Stoßtruppoffiziere der Materialschlachten des Ersten Weltkrieges und in den Nachkriegswirren „erprobte“ Freikorpskämpfer den nun in hohen Ämtern konspirierenden ehemaligen Generalstäblern des Weltkrieges und der Seeckt-Ära gegenüber. Aus diesem Generationsunterschied und der stärkeren moralischen Betroffenheit erklärt sich vielleicht die größere Radikalität der Attentatsgruppe. Es hatte sich also innerhalb der Konspiration eine fatale

²⁶⁾ Ausführlich (mit Belegen) zum Vorstehenden: K.-J. Müller, Struktur und Eigenart der nationalkonservativen Opposition (Anm. 17), S. 336f.

²⁷⁾ Detailreiche Darstellungen der „Septemberverschwörung“ bei P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat (Anm. 10), und bei K.-J. Müller, Heer und Hitler (Anm. 8), Kap. VIII. Gute Analyse bei G. R. Ueberschär, Generaloberst Halder (Anm. 14), und R. G. Graf Thun-Hohenstein, Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition, Berlin 1982, speziell Kap. 4.

Mehrgleisigkeit entwickelt: Sehr schematisch kann man eine *Kriegsverhinderungsgruppe*, eine *Umsturzgruppe* und eine *Attentatsgruppe* unterscheiden. Wenn also hier von einer „Opposition“ gesprochen wird, dann nur im Sinne einer grobschnittigen Pauschalbezeichnung für drei kooperierende, wiewohl in Zielsetzung und Methoden divergierende Gruppierungen.

Diese Divergenz der Motive und Zielsetzungen war auch die Ursache dafür, daß mit der Einigung der Großmächte auf der Konferenz von München die so heterogene „September-Verschwörung“ auseinanderbrach, nachdem Halder noch kurz zuvor auf dem Höhepunkt der Krise während der Verhandlungen zwischen Hitler und dem britischen Premierminister in Bad Godesberg die unmittelbaren Staatsstreichvorbereitungen hatte anlaufen lassen. Mit der Münchner Konferenz aber war für die Repräsentanten der Antikriegspartei das eigentliche Ziel, die Kriegsverhinderung, erreicht — ohne ihr Zutun und ohne Staatsstreich. Die kleine Umsturzgruppe dagegen sah sich durch die britische Politik, die zur Konferenz von München führte, der entscheidenden Aktionsvoraussetzung für einen Staatsstreich — eine spektakuläre diplomatische Niederlage Hitlers oder eine britische Kriegserklärung — beraubt. Sie fühlte sich gleichsam durch Chamberlains geglückte Friedensinitiative um die Chance zum Systemumsturz betrogen. „Chamberlain hat Hitler gerettet“ — so meinten auch die am Rande der Septemberverschwörung stehenden Goerdeler und Hassell²⁸). Letztlich

²⁸) Vgl. die Formulierungen in Goerdelers Brief vom 11. Oktober 1938 bei G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 198, und die Tagebuch-Eintragung bei U. v. Hassell, Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Zürich—Freiburg 1946², S. 18. Vgl.

hatten sich in der damaligen Konspiration allzu verschiedenartige Kräfte versammelt; ihnen fehlte noch eine gemeinsame politische Grundlage und ihre Zielsetzungen waren zu unterschiedlich.

Zwischen „München“ und Kriegsausbruch 1939 zerfiel daher die Zusammenarbeit von Anti-Kriegs-Partei und Umsturzgruppe. Es kam im Sommer 1939 während der polnischen Krise nur zu vergeblichen systemimmanenten Kriegsverhinderungsaktivitäten hoher Militärs und Diplomaten — im Grunde wiederum der Versuch, eine alternative Außenpolitik innerhalb des Systems durchzusetzen²⁹). Hier wirkte einerseits der Schock von „München“ nach, aber auch die Unsicherheit darüber, ob Hitler wirklich den großen Krieg auszulösen bereit sei oder nicht doch schließlich wieder — wie im Herbst 1938 — einlenkte. Zudem glaubte man, daß der Pakt mit Stalin — komme es doch zum Konflikt — den befürchteten Zweifrontenkrieg verhindern könnte.

ebenso die Äußerung Hendersons gegenüber Halifax am 6. Oktober 1938: „... indem wir den Frieden bewahrten, retteten wir Hitler und sein Regime“, zitiert in: R. Strauch, Sir Nevile Henderson, Bonn 1959, S. 176. Über die differenzierte Einschätzung in den Reihen der Opposition im Auswärtigen Amt vgl. M. Thielenhaus (Anm. 7), S. 83 f.

²⁹) Vgl. hierzu die einschlägigen Kapitel bei P. Hoffmann (Anm. 10), K.-J. Müller, Heer und Hitler (Anm. 8) und M. Thielenhaus (Anm. 7) sowie Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939—1940, München 1969, Kap. I und II, und neuerdings Gerd R. Ueberschär, Ansätze und Hindernisse der Militäropposition in den ersten beiden Kriegsjahren (1939—1940), Abschnitt I und II, in: Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933—1945, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford—Bonn 1985², S. 365 ff.

Der Kreisauer Kreis und das Ausland

I. Einführung

In der Geschichte gibt es Zeiten, in denen die Entwicklungen langsam verlaufen, und Übergangsperioden, in denen fast alles in einer unaufhaltsamen Bewegung ist. Die Jahre des Zweiten Weltkrieges waren wohl ein Beispiel des letzteren. Diejenigen, die damals auf dem Festland Europas in einem der besetzten Länder lebten — wie der Verfasser diese Beitrages —, hegten Bewunderung für Großbritannien, aber hatten wenig Ahnung von dem Umfang des alliierten Kriegseinsatzes; und diejenigen, die damals in Großbritannien lebten, sympathisierten mit dem Widerstand im besetzten Europa, schätzten jedoch seine Möglichkeiten oft falsch ein. Diese gewiß nicht neue Sicht ist mutatis mutandis auch anwendbar auf das Verhältnis zwischen Großbritannien und dem deutschen Widerstand¹⁾. Sie wirkte nach bis in die Diskussionen der Nachkriegszeit.

Noch im Jahre 1945 veröffentlichte Lionel Curtis, der während der dreißiger Jahre Helmuth James Graf von Moltke kennen- und schätzengelernet hatte, dessen „Letzte Briefe“ aus dem Gefängnis²⁾. Obwohl die Universität Köln ihm dafür mit einem Ehrendoktorat dankte, erregte die von Curtis verfaßte Einführung Aufsehen. Seine Deutung Moltkes als eines zweiten Gandhi und des Kreisauer Kreises als Opposition, jedoch ohne Widerstand, wurde sowohl inner- wie außerhalb Großbritanniens heftig kritisiert. Die meisten Engländer waren damals noch nicht von der Ernsthaftigkeit des deutschen Widerstandes überzeugt. Aber auch Moltkes Witwe schrieb an Hans Schönfeld: „Es wäre vielleicht gut, ... einen kleinen Kommentar zu schreiben, der Helmuths positive Seite schildert und feststellt, daß er all die Sachen, die

er laut Prozeßgang nicht getan hat, ja doch getan hat, vielleicht auch seine Stellung zu Goerdeler und dem 20. Juli klärt. Dies alles lehrte mich der Sturm in England.“³⁾

Mehr als zwanzig Jahre später erschien von Christopher Sykes eine Biographie über Adam von Trott zu Solz⁴⁾. Sykes' gut geschriebener Versuch, die Bemühungen Trotts vor und während des Krieges miteinander in Einklang zu bringen, konnte die divergierenden Ansichten über Trott in Großbritannien nicht versöhnen. Das Buch führte zu einer lebhaften Debatte in der Zeitschrift „Encounter“. Eröffnet wurde sie von David Astor, der die Anregung zu der Biographie gegeben hatte. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob dem deutschen Widerstand ohne Mitwirkung von außen ein Umsturz hätte gelingen können.

Aus Genf schrieb der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Visser 't Hooft, der Trott seit dessen Studentenzeit gekannt hatte und während des Krieges mehrfach mit ihm zusammengetroffen war: „Wie sollen wir Adam von Trotts Benehmen verstehen? ... Ohne Zweifel war er ein Patriot, der sein Vaterland liebte, aber er wollte nichts zu tun haben mit einem engen und reaktionären deutschen Nationalismus ... Vielmehr war er von einer weltmännischen Art. Für ihn war der Krieg ein Bürgerkrieg innerhalb der westlichen Welt. Tief war er darüber enttäuscht, daß diejenigen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die er als seine Bundesgenossen in diesem Krieg betrachtete, ihn als solchen nicht akzeptieren wollten.“⁵⁾

Im Verhältnis Großbritanniens zum deutschen Widerstand bahnte sich eine Wende an, als Michael Balfour und Julian Frisby 1972 ein Buch über Helmuth von Moltke, den sie persönlich gekannt hatten, veröffentlichten⁶⁾.

¹⁾ Vgl. dazu Ger van Roon, *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, München 1986⁴⁾, Kap. 12.

²⁾ *A German of the Resistance. The last letters of Count Helmuth James von Moltke*, in: *Round Table*, Vol. XXXVI (1945/46), S. 213—231. Vgl. auch Anm. 167.

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrages zu der britisch-deutschen Konferenz in Leeds vom 6. bis 9. Mai 1986.

³⁾ Brief vom 30. 1. 1946 (Schönfeld-Nachlaß).

⁴⁾ *Troubled Loyalty*, London 1968; dt.: *Adam von Trott*, Düsseldorf—Köln 1969.

⁵⁾ *Encounter*, September 1969.

⁶⁾ *Helmuth von Moltke, A leader against Hitler*, London 1972.

II. Der Kreisauer Kreis

Der Kreisauer Kreis⁷⁾, der zum deutschen Widerstand gehörte, könnte fast auch die Gruppe der „Jungdemokraten“ genannt werden. Von den zwanzig Personen des inneren Kerns waren im Sommer 1940 neun noch keine 35 Jahre und acht noch keine 50 Jahre alt. Drei von ihnen — die Sozialdemokraten Mierendorff, Leber und Haubach (Mierendorff und Leber waren Reichstagsabgeordnete gewesen) — hatten mehrere Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbracht. Weitere Mitglieder wie Reichwein, von Einsiedel, Lukaschek, Steltzer und später von der Gablentz und van Husen waren entlassen worden. Die meisten Kreisauer hatten die demokratische Weimarer Republik unterstützt, mehrere in staatlichen Funktionen, wie Lukaschek, Steltzer, von der Gablentz, Peters, van Husen und Reichwein. Moltke hatte anlässlich des zehnten Jahrestages der Gründung der Weimarer Republik ebenso wie der damalige Reichskanzler Müller, der Reichsaußenminister Stresemann, Willy Hellpach, Carl Heinrich Becker u. a. einen Beitrag für die amerikanische Zeitschrift „The Survey“ geschrieben⁸⁾. Hans Peters vertrat nach dem Staatsstreich Pappens im Juli 1932 in Preußen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Sache Preußens als Bevollmächtigter der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages.

Neben zwei evangelischen Theologen gehörten auch vier Jesuiten zum Kreisauer Kreis. Die zahlreichen Übergriffe des Staates im kirchlichen Bereich sowie die Attacken auf Priester und Ordensleute hatten sie zu Widerständlern gemacht. Einer von ihnen, Rösch, Provinzial der süddeutschen Ordensprovinz, schrieb in einem Bericht nach Rom: „Ebenso eindeutig klar ist, daß der eigentliche und in allem entscheidende Urheber die al-

lerhöchste Spitze selber ist. Er inspiriert alles...“⁹⁾.

Vor und während des Krieges haben die einzelnen Mitglieder des Kreisauer Kreises sich dem Schicksal der Verfolgten angenommen, wie z. B. van Husen, Lukaschek, Delp, Trott und Poelchau. Als dienstverpflichteter Kriegsverwaltungsrat hat Moltke Tausende von deutschen und ausländischen Opfern des Nazi-Regimes — Juden, Seeleute, Kriegsgefangene, Geiseln — zu retten versucht¹⁰⁾. Ihm lag auch daran, einen Weg zu finden, um die Bevölkerung in den besetzten Gebieten rechtzeitig vor geplanten Rache-Aktionen zu warnen. Mehrere Personen wie Steltzer, Christiansen-Weniger und von Görtschen sind von ihm gebeten worden, den Warndienst für ein bestimmtes Gebiet zu übernehmen¹¹⁾.

Die Kreisauer waren sowohl von politisch-gesellschaftlichen Strömungen wie der Jugendbewegung, dem Religiösen Sozialismus und den jungsozialistischen, jungkatholischen und jungevangelischen Bewegungen beeinflusst wie auch von gemeinsamen Erfahrungen wie den Folgen des Ersten Weltkrieges, den Jahren der Weltwirtschaftskrise, der massenhaften Arbeitslosigkeit und dem Aufstieg und der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus geprägt. Es war ihr Ziel, Vertreter jener Gruppen, die ihrer Meinung nach einen entscheidenden Beitrag zu der Aufbauarbeit nach dem Kriege leisten konnten — vor allem die Kirchen und die Arbeiterbewegung —, zueinander zu bringen und auf ein gemeinsames politisches Programm zu verpflichten. Über den Inhalt dieses Programms wurde auch mit Personen und Gruppen in anderen Ländern diskutiert. Die Kreisauer dachten und planten in einem europäischen Rahmen¹²⁾.

III. Ausländische Erfahrungen und Interessen

Wer sich mit der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts befaßt, stößt auf einen Wir-

kungszusammenhang zwischen dem Auf und Ab der Wirtschaftskonjunkturen und der Dauer von internationalen und nationalen Pendelbewegungen. Der Nationalismus dominierte besonders während Depressionsperioden¹²⁾ wie den dreißiger Jahren.

7) Vgl. Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967; ders., Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch (= Beiträge zum Widerstand 1933—1945, Heft 26), Berlin 1985.

8) Abgedruckt in: Ger van Roon (Hrsg.), Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen, Berlin 1986, S. 69—74.

9) Augustin Rösch, Kampf gegen den Nationalsozialismus, hrsg. von Roman Bleistein, Frankfurt 1985, S. 161.

10) Ger van Roon (Anm. 8), S. 213 ff.

11) Neuordnung im Widerstand, (Anm. 7), S. 325 f., 331, 333, 340.

12) Vgl. Ger van Roon, Kleine landen in Crisistijd, Amsterdam 1985, S. 373.

Die internationale Einstellung der meisten Kreisauer wird vor allem auf zwei besondere Umstände zurückzuführen sein: Viele von ihnen nutzten die Gelegenheit, während der zwanziger Jahre ins Ausland zu fahren. Dort lernten sie neue Länder und Denkweisen kennen und freundeten sich mit Einwohnern dieser Länder an, die die Welt und Deutschland manchmal aus einer anderen Sicht betrachteten. Solche Erlebnisse hatten einen formenden Einfluß auf ihre Gedankenwelt. Etwa die Hälfte des inneren Kerns stammte aus oder lebte in Grenzgebieten, die meistens eine national gemischte Bevölkerung hatten. Aus eigener Erfahrung wußten sie daher, wie der Nationalismus zu einer Unterdrückung fremden Volkstums und zu einer Gefährdung der europäischen Sicherheit geführt hatte. Nach ihrer festen Überzeugung war nur im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit eine befriedigende Lösung der Minderheitenproblematik zu erreichen. Lukaschek und van Husen hatten als deutsche Mitglieder der Gemischten Kommission des Völkerbundes für Oberschlesien — eine deutsch-polnische zwischenstaatliche Einrichtung unter einem neutralen, vom Völkerbund ernannten Vorsitzenden — in dieser Hinsicht bereits gewisse positive Erfahrungen hinter sich¹³⁾.

Die Auslandserfahrungen und -interessen der Kreisauer, aus denen sich das Auslandsbild des Kreisauer Kreises zusammensetzte, bezogen sich vor allem auf die folgenden Staaten und Gebiete: *Skandinavien*: Eine starke Verbundenheit mit Skandinavien empfand vor allem Theodor Steltzer. Geboren in Holstein, hatte er auch skandinavische Vorfahren. Als Landrat in Rendsburg von 1920 bis 1933 hat er das gegenseitige Verständnis von Dänen und Deutschen zu fördern und besonders gemeinsame kulturelle Beziehungen zu entwickeln versucht¹⁴⁾. Weiter haben sich auch Reichwein und Einsiedel für Skandinavien interessiert; Reichwein im Zusammenhang mit der dortigen Volkshochschulbewegung und Einsiedel wegen der Wirtschaftspolitik.

Frankreich: Vor allem diejenigen Kreisauer, die den Ersten Weltkrieg an der Westfront erlebt hatten, setzten sich seitdem für eine Annäherungspolitik gegenüber dem „Erzfeind“ Frankreich ein. Julius Leber, im Oberelsaß geboren, schrieb während des Ruhrkampfes: „Die Nationalisten beiderseits hetzen die Völker immer tiefer in diesen Sumpf ... Wir müssen uns wieder mit Frankreich

verständigen — wir müssen.“¹⁵⁾ Und Carlo Mierendorff bekannte: „Wir hatten vier Jahre lang in den Schützengräben gelegen. Da bildete das Nationale für uns infolgedessen kein Problem mehr. Unser Verhältnis zur Nation war durch die Tatsachen gelöst und besiegelt mit unserem Blut ... Wenn wir 1919 so stark und spontan uns für eine deutsch-französische Verständigung einsetzten ..., so zeigte sich auch schließlich nur, daß wir die Weltbedeutung des Zusammengehens dieser beiden Länder für sich selbst wie für Europa begriffen hatten.“¹⁶⁾ Mierendorff und Haubach unterzeichneten 1919 einen Aufruf zu Solidarität mit der französischen Jugend¹⁷⁾. Haubach hat die Verständigung mit Frankreich zu den „Grundelementen der europäischen Ordnung“ gerechnet¹⁸⁾. Auch Reichwein hat besonders aus wirtschaftlichen Gründen eine französisch-deutsche Wiedernäherung befürwortet¹⁹⁾. Er und Moltke standen in Verbindung mit dem französischen Leiter des Berliner Büros des „Deutsch-Französischen Studienkomitees“, Pierre Viénot²⁰⁾.

Osteuropa: In der Zwischenkriegszeit war der Balkan zu einem Brennpunkt der europäischen Politik geworden. Der Grund dafür lag nicht nur in der besonders starken Einflußnahme der Großmächte, sondern auch im Gegeneinander der verschiedenen Nationalitäten. Auch die deutschen Minderheiten in diesem Gebiet bekannten sich als Folge der Begegnung mit deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg wieder stärker zu ihrem Deutschtum. Ferner stellten die innen- und wirtschaftspolitischen Fragen der neuen Staaten manche Probleme Mitteleuropas neu zur Debatte.

Aus Schlesien — durch seine geographische Lage in einer Art von Mittlerstellung zwischen West- und Osteuropa — waren bereits in den Nachkriegsjahren Fahrten in die Balkanländer unternommen worden. Mehrere Kreisauer hatten entweder als Soldat — wie Leber und Reichwein — oder auf Fahrten und Reisen diesen Teil Europas kennengelernt. Dabei war ihnen auch die Minderheitenproblematik deutlich geworden. Von den jüngeren Kreisauern hat besonders Moltke sich

¹⁵⁾ Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber, Berlin 1952, S. 29 (27. 1. 1923).

¹⁶⁾ Nach 14 Jahren. Heidelberg 1918 und 1932. Wie wir es uns damals dachten und was daraus geworden ist, in: Richard Albrecht (Hrsg.), Carlo Mierendorff. Demokratie — Abwehrkampf — Widerstand, S. 8, 12 (im Druck).

¹⁷⁾ Das Tribunal, 1 (1919), S. 95—97.

¹⁸⁾ Revision der Friedensverträge? Grundlagen einer sozialistischen Europapolitik, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 2 (1931), S. 550.

¹⁹⁾ Vivos Voco, 3 (1922/23), S. 332—336; Dresdner Neueste Nachrichten v. 24. u. 25. 10. 1924.

²⁰⁾ Vgl. Reinhard Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, Stuttgart 1977, S. 101 f.; Pierre Viénot, Ungewisses Deutschland, Frankfurt 1931.

¹³⁾ Dazu: Paulus van Husen, Das Minderheitenrecht in Oberschlesien. Die Stellungnahmen des Präsidenten der Gemischten Kommission in der Zeit von Juni 1922 bis Juni 1929, Berlin 1930 (unter dem Pseudonym J. P. Warderholt).

¹⁴⁾ Vgl. Theodor Steltzer, Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 79 ff.

für das Minderheitenrecht interessiert. Zeitweise hatte er sogar vor, darüber eine Doktorarbeit zu schreiben. Ende der zwanziger Jahre war er zu van Husen in Kattowitz gefahren, um ihn um Material zu bitten²¹⁾. Er kritisierte, daß die deutschen Volksgruppen in Polen sich von Berlin aus regieren ließen, und vertrat die Meinung, daß die deutschen Minderheiten in anderen Staaten sich — bei aller Verbundenheit mit Deutschland — den Verhältnissen in ihren Gaststaaten anpassen sollten²²⁾. Doch interessierte ihn auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen osteuropäischen Staaten. Daher hatte er Verbindung gesucht zu dem kroatischen Bauernführer Radic²³⁾ und schrieb: „Ich glaube, Schlesien und Wien sind die beiden Zentren, von denen aus Deutschland und Europa ein echtes Interesse für den Osten und den Balkan wirklich zeigen können ...“²⁴⁾. Als Europäer plädierte Moltke für Förderungsmaßnahmen für dieses Gebiet in einem europäischen Rahmen²⁵⁾.

Eine deutsch-polnische Annäherung wurde von mehreren Kreisauern befürwortet. Trotz existierender Gegensätze sollte Deutschland die Verständigung suchen. „Gewiß“, schrieb Leber, „soll und darf der Korridor nicht als versteckte Kriegsgefahr Deutschland und Polen fortwährend beunruhigen. Es soll kein neues Elsaß-Lothringen im Osten wachsen. Es bleibt deshalb nur die dämmernde Hoffnung auf einen dereinstigen friedlichen Ausgleich.“²⁶⁾ Und für Haubach war die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen der „Schlüssel“ zu der gesamteuropäischen Lage: „... wenn die Politik der Arbeiterklasse den Frieden will, so muß ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit der deutsch-polnischen Frage gehören“²⁷⁾.

Sowjetunion: Keiner der Kreisauer war in der Sowjetunion gewesen. Den Sozialisten Reichwein, immer offen für neue Sichtweisen, faszinierte die Verbindung zwischen Staat und Arbeiterschaft, die durch die Revolution entstanden war. Er sah Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und der Sowjetunion mit ihren reichen Bodenschätzen und ihrem großen Bedarf an Wissen und Technik²⁸⁾. Einige Monate nachdem er Ende 1922 „eine innere Umstellung vom radikalen Bolschewismus weg“ zu

sehen meinte²⁹⁾, traf er sich in Berlin mit dem Sowjetkommissar für Arbeiterhochschulen, um etwas über russische Erfahrungen auf diesem Gebiet zu hören³⁰⁾. Drei Jahre später hoffte er, an einer Rußland-Delegation teilnehmen zu können³¹⁾, aber aus mehreren Gründen ist es dann dazu nicht gekommen. In späteren Jahren scheint er der Sowjetunion gegenüber skeptischer geworden zu sein.

Andere Kreisauer wie Steltzer, Haubach, Leber, von Haefen und Trott waren in dieser Hinsicht von vornherein kritischer gewesen. Während Steltzer das Sowjetsystem „als schlimmstes aller Gewaltsysteme“³²⁾ grundsätzlich ablehnte, bedeutete für den Sozialdemokraten Haubach die Sowjetunion die asiatische Form der Revolution und ein Feind der neuen demokratischen europäischen Ordnung³³⁾. Auch Leber war, obwohl seiner Meinung nach Deutschland und Rußland „natürliche Verbündete“³⁴⁾ sein könnten, der Rapallo-Politik gegenüber skeptisch und ein Befürworter der Westorientierung Deutschlands³⁵⁾. Moltke dagegen sah in dem Vertrag von Rapallo eine Möglichkeit für Deutschland, gegenüber der Sowjetunion als Sprecher Europas aufzutreten. Für ihn war die Sowjetunion vor allem ein Bauernstaat. Daher erwartete er dort einen Machtzuwachs der Bauern, was sich auch außenpolitisch auswirken müßte. Sollte Moskau infolgedessen das Zentrum einer „Grünen Internationale“ werden, dann würde eine solche Entwicklung durchaus problematisch sein. Man muß das Rußland-Bild Moltkes im Zusammenhang sehen mit seinen Ansichten zur Balkan-Frage. Weil er die Eigenentwicklung der dortigen neuen Staaten als vorranglich betrachtete, lehnte er sowohl eine deutsche wie eine sowjet-russische Hegemonie über dieses Gebiet ab³⁶⁾.

Vereinigte Staaten: Die amerikanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg hatte diesen Staat als neue weltpolitische Macht hervortreten lassen und näher an Europa gebracht. Während der zwanziger Jahre trafen sich trotz der Enttäuschung über den amerikanischen Rückzug aus Europa die amerikanischen und die deutschen Interessen in der Ablehnung der französischen Politik gegenüber Deutschland. Auch kam es zu einem wirtschaftspolitischen Engagement der USA in

21) Mitteilungen Dr. P. van Husen.

22) Ger van Roon (Anm. 8), S. 16.

23) Gründer einer föderalistischen kroatischen Bauernpartei.

24) Brief an die Großeltern, 6. 9. 1928.

25) Ger van Roon (Anm. 8), S. 17.

26) Julius Leber (Anm. 15), S. 42.

27) Revision der Friedensverträge? (Anm. 18), S. 550.

28) Rußland, das Heute und wir, in: *Vivos Voco*, 3 (1923), S. 399—402.

29) Adolf Reichwein, Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgew. von Rosemarie Reichwein unter Mitw. von Hans Bohnenkamp, hrsgg. und kommentiert von Ursula Schulz, München 1974, S. 47 (15. 9. 1922).

30) Ebenda, S. 52 (9. 1. 1923).

31) Ebenda, S. 74 (3. 11. 1925).

32) Die Überwindung der Gewaltpolitik, in: *Sozialistische Monatshefte*, 25 (1919), S. 619.

33) Revision der Friedensverträge? (Anm. 18), S. 558.

34) Ein Mann geht seinen Weg (Anm. 15), S. 40 f.

35) Ebenda, S. 23, 40.

36) Helmuth James Graf von Moltke (Anm. 8), S. 17.

Deutschland und einem entsprechenden Interesse an der parlamentarisch-demokratischen Republik von Weimar.

Vier Kreisauer hatten die Vereinigten Staaten frühzeitig besucht: Furtwängler und Reichwein während der zwanziger, Einsiedel und Trott während der dreißiger Jahre. Franz Josef Furtwängler, in den Jahren 1923 bis 1925 internationaler Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, war 1925 vom Vorstand des ADGB mit Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften zum Studium der „Rationalisierung“ in die Vereinigten Staaten entsandt worden. Monatelang reiste er durch die Industriebezirke der USA, die ihn sehr beeindruckten³⁷⁾. Trotz einiger Bedenken bewunderte er den ökonomischen Fortschritt und den hohen Lebensstandard. Ein Jahr später durchquerte Reichwein für ein halbes Jahr den amerikanischen Kontinent. Ihn interessierte vor allem die weltwirtschaftliche Bedeutung der Vereinigten Staaten. Am Ende seines Aufenthalts schrieb er: „Ich fange an, Amerika recht zu sehen, oder glaube es doch wenigstens. In vielem umgelernt. Bewunderung und viel Kritik. Europa soll Europa bleiben.“³⁸⁾

Auch Moltke, der mehrere amerikanische Bekannte und Freunde besaß und Berichte schrieb für amerikanische Zeitungen, interessierte sich für die Vereinigten Staaten. In einem Aufsatz schrieb er 1929: „Was erwarten wir von den Vereinigten Staaten? Öfters hört man von den Vereinigten Staaten sprechen als von der am meisten imperialistischen Macht; bereit um Mittelamerika zu anektieren, gibt große Summen aus für Kriegsschiffe und Rüstung ... Amerikanische Friedensresolutionen, der Gedanke der Vereinten Nationen — ein amerikanischer Gedanke, wenn auch nicht gebilligt vom amerikanischen Volk —, der Verzicht auf den Krieg ... Ich glaube ernsthaft an die Friedfertigkeit des amerikanischen Volkes, aus menschlichen Gründen und weil es ein demokratischer Staat ist. Aus praktischen Gründen, weil sie Raum haben für ihre Leute und keine Annexionen brauchen; weil sie allen Grund haben, normale Verhältnisse zu unterstützen, die Erfolg versprechen.“³⁹⁾

Die New-Deal-Politik Roosevelts zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise war ein weiterer Grund, sich für die Vereinigten Staaten zu interessieren. Als Austauschstudent kam Horst von Einsiedel 1930 dorthin und studierte zwei Jahre die Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik. Über dieses Thema schrieb er auch seine Doktorarbeit und stellte fest, „daß öffentliche Arbeiten unter gewis-

sen Voraussetzungen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Depression beitragen können“⁴⁰⁾. Ein Jahr später erschien eine Arbeit des Finanzwissenschaftlers und späteren wirtschaftspolitischen Beraters des Kreisauer Kreises, Günter Schmolders, über die Erfahrungen der amerikanischen Konjunkturpolitik unter Roosevelt. In der Einführung schrieb der Verfasser: „Mit gespannter Erwartung blickt die Welt gegenwärtig auf die Vereinigten Staaten, deren Wirtschaftspolitik auf immer neuen Wegen und unter Einsatz immer gewaltigerer Geld- und Kreditmittel die Wiederkehr der geschwundenen Prosperität zu erzwingen versucht. Angesichts dieses atemlosen und atemberaubenden Schauspiels erscheint es geboten, die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Lenkung der Konjunkturschwankungen grundsätzlich zu untersuchen und aus den konjunkturpolitischen Erfahrungen der Vereinigten Staaten die Lehren abzuleiten, die allein Anhaltspunkte für die Beurteilung der gegenwärtigen groß angelegten Experimente der Rooseveltischen Wirtschaftspolitik bieten können.“⁴¹⁾

Auch Reichwein beobachtete die Entwicklung in den Vereinigten Staaten unter Roosevelt, wo der Staat die Neuordnung des gesamten Wirtschaftslebens übernommen hatte, mit großem Interesse⁴²⁾. Schließlich soll hier Eduard Waetjen genannt werden. Er hat an mehreren Kreisauer Beratungen in den ersten Jahren des Kreises teilgenommen. Weil seine Mutter Amerikanerin war und er selber die USA mehrfach besucht hatte, wurde er von Moltke öfters um Rat gebeten, wenn es um die Vereinigten Staaten ging.

Großbritannien: Als erster der Kreisauer besuchte Carl Dietrich von Trotha dieses Land. Dort hat er sich vertraut gemacht mit der Settlement-Bewegung und mit Einrichtungen der Arbeiterbildung in Yorkshire, Lancashire und London⁴³⁾. Nachdem er 1923 einen englischen Jugendführer kennengelernt hatte und seitdem den Wunsch hegte, nach Großbritannien zu reisen, war Reichwein der zweite Kreisauer gewesen, der in den zwanziger Jahren dieses Land kennengelernt hatte⁴⁴⁾. Für eine Vortragsreise fuhr er 1938 zum zweiten Mal dorthin.

Eine ganz besondere Verbindung zu Großbritannien hatte Adam von Trott zu Solz. Genfer öku-

⁴⁰⁾ Sind öffentliche Arbeiten ein Mittel der Konjunkturpolitik? Dargestellt auf Grund der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, Frankfurt/M. 1933, S. 111.

⁴¹⁾ Günter Schmolders, Die Konjunkturpolitik der Vereinigten Staaten. Erfahrungen und Lehren der amerikanischen Kredit- und Währungspolitik, Leipzig 1934, S.V.

⁴²⁾ Amerikanischer Horizont, in: Deutsche Rundschau, 64 (1938), S. 106—113.

⁴³⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 95.

⁴⁴⁾ Adolf Reichwein (Anm. 29), S. 77, 79.

³⁷⁾ Vgl. Furtwängler/Heinig/Tarnow, Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926.

³⁸⁾ Adolf Reichwein (Anm. 29), S. 89 (10. 12. 1926).

³⁹⁾ Ger van Roon (Anm. 8), S. 73.

menische Kontakte seiner Mutter hatten ihm dazu verholfen, im Januar 1929 einer Konferenz in Liverpool beizuwohnen. Anschließend war er einige Monate Gaststudent in Oxford, was für ihn zu einer besonderen Erfahrung wurde, die eine enge Verbindung zu Großbritannien schuf. In einem Bericht über seine Erlebnisse betonte Trott den großen Unterschied zwischen den englischen und den deutschen Ansichten über Politik und Gesellschaft⁴⁵). Ende 1931 kam Trott als Rhodes-Stipendiat dann für zwei Jahre nach Oxford. Neben Altersgenossen lernte Trott auch ältere und bedeutende Persönlichkeiten kennen, die sich für die englisch-deutschen Beziehungen interessierten. Viel diskutierte er über politische Themen und über die Zukunft Europas. In einer Debatte im Deutschen Club nahm er Stellung gegen den Nationalsozialismus⁴⁶). Trott war noch in Oxford, als Hitler Reichskanzler und damit die Zukunft in Deutschland unsicher wurde. Die zwei Jahre in Oxford waren ein „Wendepunkt“⁴⁷) in Trotts Leben. Seine Rückkehr nach Deutschland nannte er deshalb einmal „das vielleicht größte Wagnis meines ganzen Lebens“⁴⁸). Während der späteren dreißiger Jahre war Trott noch mehrfach in Großbritannien, wo er auch Hans-Bernd von Haefen und Helmuth von Moltke kennenlernte⁴⁹).

Asien: Drei der Kreisauer waren in Asien gewesen. Furtwängler, Reichwein und Trott. Auf Biten der Internationale der Textilarbeiter war Furtwängler in den Jahren 1926 und 1927 durch ganz Indien gereist und auch nach Afghanistan und Persien gekommen. Auf dieser Reise wurde er mit Gandhi, dem Vater Nehrus, und einer Anzahl indischer Politiker bekannt. Auch wohnte er Sitzungen des Zentralparlaments und mehrerer Provinzialparlamente bei⁵⁰). Seit dieser Zeit verfolgte Furtwängler die Aktionen der indischen Nationalisten mit großem Interesse.

Reichwein hatte sich seit Anfang der zwanziger Jahre mit Ostasien befaßt. Seine Doktorarbeit verfaßte er über Chinas Einfluß auf das Europa des 18. Jahrhunderts. Damals hegte besonders die junge Generation ein Interesse für dieses Land. Über dieses Interesse hatte Reichwein in der Einleitung seiner Doktorarbeit geschrieben: „Ob dieser Asientaumel nur geeignet ist, um dem Westen seine eigene Entartung aufzuzeigen und ihn zu seinen eigenen Ursprüngen zurückzuführen, oder ob es sich hier tatsächlich um den Beginn einer großstiligen Umwandlung im gesamten Denkge-

füge der westlichen Welt handelt, darüber wird das Jahrhundert entscheiden.“⁵¹) Vor allem hatte ihn jedoch die aktuelle Entwicklung interessiert. „Seit dem Krieg“, so führte er aus, „ist der ganze asiatische Kontinent in eine ungeheure Bewegung geraten, im weitesten Sinn eine nationale Bewegung; seine Halbinsel Europa als das nervöseste Glied seines Körpers, gibt diese Zuckungen am intensivsten wieder ... Asien, bis jetzt zum großen Teil in fremde Interessensphären aufgeteilt, ist im Begriffe, diese Verhältnisse aufzulösen.“⁵²)

Reichwein hatte Anfang 1927 Ostasien auf einer Weltreise besucht. Eingehend hatte er die dortige Lebenswelt und das Leben der Menschen beobachtet. Seine Eindrücke vom japanisch-chinesischen Wirtschaftsraum, den natürlichen Gegebenheiten, der patriarchalischen Tradition, dem Bevölkerungsdruck, der Not der Bauern und der Probleme der Arbeiter hat Reichwein in einigen Aufsätzen wiedergegeben⁵³) und seine Analysen der wirtschaftlichen Verhältnisse in einem wirtschaftsgeographischen Werk verarbeitet⁵⁴). An seine Familie schrieb er auf der Rückreise: „Die Ostasienreise ... war von größter Bedeutung für meine wissenschaftlichen Studien.“⁵⁵) Mit seinen Arbeiten hat Reichwein zu einem besseren Verständnis der ostasiatischen Welt in Deutschland beigetragen.

Zehn Jahre nach Reichwein hatte auch Trott während einer Weltreise Ostasien besucht. Er erhielt die Möglichkeit, als Rhodes-Stipendiat für ein Jahr in China über ein Thema der chinesischen Staatsstruktur und ihre Auswirkung auf Chinas Verhältnis zum Internationalen Recht zu arbeiten. Auch hatte er während dieser Reise Teile Japans und der Mandschurei kennengelernt. Sein Interesse galt ferner dem japanisch-chinesischen Krieg. In einem Aufsatz, den er nach seiner Rückkehr schrieb, erklärte er: „Der Ausgang dieses Krieges um den Herrschaftscharakter im Fernen Osten aber wird für die politisch-wirtschaftliche ebenso wie für die geistige Neuordnung unserer Welt von tiefgreifender Bedeutung sein.“⁵⁶)

⁵¹) Adolf Reichwein, *China und Europa*, Berlin 1923, S. 9.

⁵²) Nationale Bewegung, in: *Sozialistische Monatshefte*, 29 (1923), S. 489.

⁵³) Japans Arbeiter- und Bauernbewegung, in: *Sozialistische Monatshefte*, 33 (1927), S. 533—540; China bei der Arbeit, in: *Reclams Universum*, 45 (1928/29), S. 141—142; Bevölkerungsdruck in Ostasien, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 68 (1933), S. 1—37; Warum kämpft Japan? in: *Deutsche Rundschau*, 64 (1937), S. 161—165.

⁵⁴) *Die Rohstoffwirtschaft der Erde*, Jena 1928.

⁵⁵) Adolf Reichwein (Anm. 29), S. 93 (25. 3. 1927).

⁵⁶) Der Kampf um die Herrschaftsgestaltung im Fernen Osten, in: *Zeitschrift für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht* (1939), S. 283. Vgl. auch A. v. Trott zu Solz, *Südostasien—Amerikas Achillesferse*, in: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, 8 (1941).

⁴⁵) Henry O. Malone, *Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschörrers 1909—1938*, Berlin 1986, S. 36.

⁴⁶) Ebenda, S. 61.

⁴⁷) Ebenda, S. 97.

⁴⁸) Ebenda, S. 97.

⁴⁹) Ebenda, S. 84, 180.

⁵⁰) Vgl. Furtwänglers „Männer, die ich sah und kannte“, Hamburg 1951.

IV. Die außenpolitischen Kontakte und Zielvorstellungen des Kreisauer Kreises

Die deutsche Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg hatte zu wählen zwischen einer Verständigungspolitik und einer Politik der Isolierung. Das Ausland maß dabei der schwierigen Lage der neuen Republik zu wenig Bedeutung bei und erkannte zu spät, daß außenpolitische Erfolge eines demokratischen Deutschlands im Interesse Europas und der Demokratie gewesen wären.

Die nationalsozialistische Außenpolitik mit ihren nationalistischen und imperialistischen Tendenzen führte dann zu einem Bruch in der Kontinuität außenpolitischer Beziehungen⁵⁷⁾. Das Ausscheiden aus dem Völkerbund war eine Zäsur in diesem Prozeß. Durch Verträge mit den Niederlanden⁵⁸⁾, Polen und Großbritannien sowie durch die Zusammenarbeit mit Italien und Japan versuchte das Dritte Reich, eine völlige Isolierung zu verhindern. Die Kreisauer gingen davon aus, daß das Kriegsende zugleich die Niederlage des Dritten Reiches bedeutete. Ein deutscher Sieg werde keinen Frieden, sondern nur einen „Waffenstillstand“ bringen, schrieb Moltke im April 1941, und damit die Kreisauer Arbeit „jedes aktuellen Interesses berauben“⁵⁹⁾. Auf welche Weise die Niederlage Deutschlands sich ereignen würde, war nicht vor auszusehen: „Dieser Zustand kann eintreten als Folge einer physischen Erschöpfung der Bevölkerung, als Folge einer industriellen Erschöpfung, als Folge innenpolitischer Umwälzungen in Deutschland und als Folge von Empörungen und Revolten in den besetzten Gebieten, die wegen der Ausdehnung der besetzten Gebiete und der Art ihrer Behandlung nicht eingedämmt werden können und schließlich zu bewaffneten Invasionen der Angelsachsen führen.“⁶⁰⁾ Überdies sah er voraus, wie er George Kennan sagte⁶¹⁾, daß große Teile Deutschlands, einschließlich seiner Heimat Schlesien, für Deutschland verloren gehen würden. Moltke war bereit, das hinzunehmen als Teil des von Deutschland herbeigeführten Krieges. Auf eine Kurzformel gebracht, waren die wichtigsten außenpolitischen Zielrichtungen des Kreisauer Kreises:

1. Friedenspolitik

Für die Kreisauer war eine künftige deutsche Friedenspolitik von wesentlicher Bedeutung. Es ging

ihnen dabei um die Frage der Ersetzung eines auf Gewalt gestützten deutschen Zwangsherrschafts-systems durch eine europäische Friedensordnung. Angesichts der Schuld, die ihr Land durch das NS-Regime auf sich geladen hatte, stand Deutschland nach der Ansicht der Kreisauer dabei in einer besonderen Verantwortung. Nach ihrer Überzeugung sollte ein gemeinsames Ethos die Voraussetzung sein für die künftige Friedensordnung, auf die die deutsche Außenpolitik sich auszurichten hätte⁶²⁾. Der Kreisauer Haupttext, in dem die „Grundlagen einer Außenpolitik für die Nachkriegszeit“ formuliert wurden, beginnt dementsprechend mit den Worten: „Ein gerechter und dauerhafter Friede kann nicht auf Gewalt gestellt werden. Er kann nur durch die verpflichtende Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung gefunden werden, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die sittliche und materielle Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.“⁶³⁾

Des weiteren wollte Moltke besonders das Übergewicht der großen Staaten durchbrechen und nicht den einzelnen europäischen Staaten, sondern nur dem „europäischen Bund“ die Streitkräfte überlassen⁶⁴⁾.

2. Wiedergutmachung

In den Beratungen des Kreisauer Kreises über die Nachkriegspolitik hat die Frage der Wiedergutmachung eine wichtige Rolle gespielt. So schrieb Moltke Mitte Juli 1942 an seine Frau: „Heute Mittag kommt Poelchau⁶⁵⁾. Er soll sich mit der Frage der Wiedergutmachung vertraut machen und dazu will ich ihn sehen.“⁶⁶⁾ In dem Entwurf des Kreisauer Haupttextes „Bestrafung von Rechtsschändern“ vom 23. Juli 1943 ist ein ganzer Absatz dieser Frage gewidmet⁶⁷⁾. Und nach einem Gespräch mit Mierendorff schrieb Moltke: „Wir haben die Frage der Wiedergutmachung an Arbeitern, Juden, Polen, etc. lange angesprochen.“⁶⁸⁾ Auf Grund der Informationen, die seine Abteilung erreichten, besaß Moltke einen genauen

⁵⁷⁾ Vgl. Günther Wollstein, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 232.

⁵⁸⁾ Vgl. Ger van Roon (Anm. 12), S. 162 ff.

⁵⁹⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 512.

⁶⁰⁾ Ebenda, S. 511.

⁶¹⁾ George Kennan, Memoiren eines Diplomaten, Frankfurt 1970, S. 126.

⁶²⁾ Das europäische Verfassungsproblem, S. 1 (Archiv Nordiska Ekumeniska Institutet, Sigtuna).

⁶³⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 550 f.

⁶⁴⁾ Ebenda, S. 513, 519.

⁶⁵⁾ Gefängnispfarrer und Mitglied des Kreises.

⁶⁶⁾ Brief v. 14. 7. 1942.

⁶⁷⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 558.

⁶⁸⁾ Brief v. 1. 7. 1942.

Überblick über die von deutscher Seite befohlenen Grausamkeiten. Zusammen mit anderen hat er sich, wo er konnte, große Mühe gemacht, diese zu verhindern und zu helfen⁶⁹⁾.

Das tat auch Steltzer, der in einem Memorandum vom November 1942 hinwies auf „diejenigen Handlungen, die von den neuen Kräften auf deutscher Seite, sei es in den leitenden Kreisen, sei es in der Bevölkerung, selbsttätig, also ohne fremden Druck vorgenommen werden, um die Lasten und Leiden der unterdrückten Völker Europas zu erleichtern, also alle Versuche, jetzt schon etwas von dem Unrecht und dem Unglück wieder gut zu machen, das der Hitlerismus anderen Völkern zufügt.“⁷⁰⁾

3. Menschenrechtspolitik

Das Wort „Menschenrechte“ wurde mehrfach von den Kreisauern verwendet; man kann es in mehreren Dokumenten und Briefen finden⁷¹⁾. Nach der Ansicht der Kreisauer hatten die Menschenrechte nicht nur einen innerstaatlichen, sondern auch einen internationalen Geltungsbereich. So heißt es in den „Grundlagen einer Außenpolitik für die Nachkriegszeit“: „Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder Einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muß geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums mißbraucht werden.“⁷²⁾

Besonders der Kreisauer Kreis war in dieser Hinsicht an einer befriedigenden Lösung der Minderheitenfrage interessiert. Etwa die Hälfte des inneren Kreises war mit diesem Problembereich in Berührung gekommen und mehrere Mitglieder hatten in der Praxis damit zu tun gehabt. Infolgedessen ist auch in der Stellungnahme des Kreisauer Kreises zu den Friedensvorschlägen des Amerikanischen Kirchenbundes dieser Frage ein bedeutender Platz eingeräumt worden⁷³⁾. Dabei wurde nicht nur eine territoriale, sondern auch eine Gruppen- und personale Autonomie der Minderheiten gefordert. Nach Meinung der Kreisauer handelte es sich bei dieser Frage um ein Problem,

das am besten im Rahmen einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit gelöst werden könnte. Daher heißt es auch in einem Memorandum Moltkes vom Juni 1941: „Ist ein Minderheitenschutz als Angelegenheit des Gesamtgebiets grundsätzlich erwünscht oder nicht?“⁷⁴⁾

4. Europapolitik

Die Kreisauer dachten in einem europäischen Rahmen. Eine Vorarbeit aus der zweiten Hälfte des Jahres 1942 beginnt mit den Worten: „Nach der Auflösung der bisherigen Formen zwischenstaatlicher Ordnung in Europa und nachdem klar zutage liegt, daß Europa für sich absolut setzende Souveränitäten der Einzelstaaten zu klein geworden ist, kann nur eine *neue europäische Gesamtordnung* die Voraussetzung schaffen, daß sich das Abendland inmitten einer Welt von Großmächten und kontinentalen Zusammenballungen seine Kraft und Eigenart erhält.“⁷⁵⁾

Infolgedessen sollte nach dem Kriege eine europäische Bundesregierung gebildet werden, die eine „wirkliche Führung“⁷⁶⁾ und eine „handlungsfähige Regierung“⁷⁷⁾ sein sollte. Um dies alles vorzubereiten, würde zunächst allerdings ein „Zwischenzustand“ erforderlich sein⁷⁸⁾. Aus wirtschaftlichen Gründen sollten möglichst auch Großbritannien und die Sowjetunion dem Bund angehören⁷⁹⁾.

Aus dieser europäischen Perspektive müssen die außenpolitischen Vorschläge des Kreisauer Kreises verstanden werden. Die Mitglieder dieses Kreises bemühten sich daher, mit Gruppen in anderen europäischen Ländern in Verbindung zu kommen⁸⁰⁾. Dem Chefredakteur von „Svenska Dagbladet“, Ivar Anderson, erklärte Trott im September 1942, daß der Kreis eine europäische Zusammenarbeit bezwecke, in dem nicht eine Macht die Führung hätte und die übrigen Vasallen wären, sondern sie eine Zusammenarbeit auf gleicher Ebene und mit gemeinsamen Aufgaben anstrebten⁸¹⁾. Die wichtigsten Motive des Kreisauer Kreises zur europäischen Zusammenarbeit waren:

— der gemeinsame Wiederaufbau der zerstörten Gebiete;

⁷⁴⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 518.

⁷⁵⁾ Siehe Anm. 62.

⁷⁶⁾ Ebenda, S. 1.

⁷⁷⁾ Steltzer in der Denkschrift vom 15. Juli 1944 (Von Deutscher Politik, Frankfurt/M. 1949, S. 94).

⁷⁸⁾ Siehe Anm. 62, S. 1.

⁷⁹⁾ Darüber war der Kreis sich allerdings nicht einig; vgl. z. B. Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 512 und 518. Dazu auch der Brief Moltkes an seine Frau vom 14. 4. 1943.

⁸⁰⁾ Vgl. Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 323 ff.

⁸¹⁾ Tagebuch Anderson (Stockholm).

⁶⁹⁾ Vgl. dazu Ger van Roon (Anm. 8), S. 214 ff.

⁷⁰⁾ Momente zu einer Denkschrift, November 1942, S. 3 (Archiv Nordiska Ekumeniska Institutet, Sigtuna).

⁷¹⁾ Vgl. z. B. Alfred Delp, Gesammelte Schriften, hrsgg. v. R. Bleistein, Bd. 4, Frankfurt 1984, S. 380, 384.

⁷²⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 551.

⁷³⁾ Stellungnahme zu den Vorschlägen des Amerikanischen Kirchenbundes für einen gerechten und dauerhaften Frieden, S. 5 f. (Archiv Nordiska Ekumeniska Institutet, Sigtuna).

- die Überwindung des übersteigerten Nationalismus durch ein europäisches Ethos;
- die Überwindung der nationalen Gegensätze durch eine europäische Entspannungspolitik;
- die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft;
- die Lösung des Minderheitenproblems;
- die Stellung Europas in der Welt.

5. Vereinte Nationen

Seiner internationalen Einstellung nach hat der Kreisauer Kreis den Gedanken einer neuen internationalen Organisation nach dem Kriege bejaht; auch hat man die Diskussionen darüber in den alliierten Ländern verfolgt und sich bemüht, zu

dem Gedankenaustausch beizutragen. Als in den Friedensvorschlägen des Amerikanischen Kirchenbundes auch eine neue internationale Organisation befürwortet wurde, hat der Kreisauer Kreis zu diesen Vorschlägen Stellung genommen und seine Antwort über die Schweiz und Schweden verbreiten lassen. In seiner Stellungnahme hat der Kreisauer Kreis dann gewarnt, nicht — wie nach dem Ersten Weltkrieg — das Statut der neuen Organisation mit den Friedensverträgen zu verbinden und auch nicht den Siegerstaaten in der künftigen Organisation eine „beherrschende“ Stellung zu geben. In dem Statut sollte der Machtgedanke dem des Rechts untergeordnet werden; es sollte eine „gleichberechtigte Zusammenarbeit der Nationen und Föderationen“ gewährleistet werden⁸²⁾.

V. Stellungnahmen zu Themen der internationalen Politik

1. Der Kreisauer Kreis und Großbritannien

Die Weltwirtschaftskrise hatte den Abstand zwischen Großbritannien und dem Kontinent vergrößert. Das Zurücktreten des britischen Generalsekretärs des Völkerbundes wurde als die Folge eines Kurswechsels empfunden⁸³⁾ wie auch die Verträge von Ottawa, die zeigten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens mit dem Empire wieder an Bedeutung gewonnen hatten⁸⁴⁾.

Als 1936 wieder eine wirtschaftliche Aufschwungsperiode eingesetzt hatte, die einen beträchtlichen Anstieg des britischen Exports brachte, wurden von britischer Seite unter dem Stichwort „Appeasement“ mehrere Initiativen entwickelt für eine politische und wirtschaftliche Annäherung an das Dritte Reich. Obwohl sicher nicht unumstritten, war diese Politik 1936 unter Eden Teil der offiziellen britischen Außenpolitik geworden⁸⁵⁾, was sie bis 1939 blieb. Zudem wurde das Dritte Reich als ein wichtiges Bollwerk gegen den Bolschewismus betrachtet. Wenn auch nach 1939, wie z. B. im Sommer 1940, der Appeasement-Gedanke gelegentlich noch Auftrieb erhielt, so hatte sich die britische Haltung gegenüber Hitler-Deutschland doch besonders nach der Regierungsübernahme Churchills verhärtet. Das Trau-

ma der Appeasement-Politik führte nun zu der Entscheidung, Deutschland machtpolitisch auszuschalten.

Die beiden Kreisauer, die ein besonders enge Verhältnis zu Großbritannien hatten, Trott und Moltke, waren in ihrem Verhalten gegenüber der Appeasement-Politik unterschiedlicher Meinung gewesen. Während Trott bis zum letzten eine britisch-deutsche Verständigung befürwortete, weil er auf diese Weise erreichen wollte, daß die Gefahr eines Krieges abgewendet werde⁸⁶⁾, hatte Moltke dagegen eine solche Politik irreführend und verhängnisvoll genannt: „England ist in diesem Kampf nicht Schiedsrichter, sondern Partei; aber Englands nachgiebige Politik führt dazu, daß die Deutschen glauben, es sei Schiedsrichter . . .“⁸⁷⁾. Es gab noch einen zweiten Meinungsunterschied: Weil Trott eine britisch-deutsche Zusammenarbeit für notwendig hielt, um die Probleme in der Welt zu lösen, bejahte er eine britische Beteiligung an einem künftigen europäischen Bund⁸⁸⁾, während Moltke durch seine Bekanntschaft mit Lionel Curtis⁸⁹⁾ Großbritannien vor allem als das Zentrum des Empire betrachtete⁹⁰⁾.

Während des Krieges versuchten Trott und Moltke mit ihren englischen Bekannten und

⁸²⁾ Siehe Anm. 73, S. 2.

⁸³⁾ Bericht der schwedischen Botschaft Bern v. 4. 7. 1933 (UDS, HP 24B/92).

⁸⁴⁾ „Great Britain the workshop of the Empire“ (A. J. P. Taylor, English History 1914—1945, London 1977, S. 333).

⁸⁵⁾ Vgl. Parliamentary Debates, Fifth Series, House of Commons, Official Report, Vol. 310, Column 1446.

⁸⁶⁾ Dazu Anm. 4, S. 170, 223.

⁸⁷⁾ Ger van Roon (Anm. 8), S. 91 (Übers.).

⁸⁸⁾ Das europäische Verfassungsproblem (Anm. 62), S. 3; Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 574.

⁸⁹⁾ Vgl. S. 31 dieses Beitrages.

⁹⁰⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 512; Moltkes Brief an seine Frau v. 14. 4. 1943.

Freunden in Verbindung zu bleiben. Ausländern wurden Berichte mitgegeben⁹¹⁾ und Dienstreisen ins Ausland dazu genutzt, Briefe oder Memoranden zu übermitteln. So traf sich Trott Ende April 1942 in Genf mit Visser't Hooft, der daraufhin ein von Trott auf Bitten des Kreisauer Kreises in der Schweiz geschriebenes Memorandum nach London brachte. In dem Memorandum wurde u. a. plädiert für eine politische Zusammenarbeit. Visser't Hooft übergab das Schriftstück dem mit Trott bekannten Sir Stafford Cripps, Präsident des Geheimen Staatsrates, der es auch Churchill zeigte, der darauf positiv reagierte⁹²⁾. In einer mündlichen Botschaft an Visser't Hooft bat Cripps um weitere Mitteilungen, erklärte jedoch auch, daß von Verhandlungen keine Rede sein könne, außer nach der Niederlage Deutschlands⁹³⁾. Visser't Hooft hat dann Trott bei dessen nächster Reise in die Schweiz über die britische Antwort informiert. „... Trott, dieser gerade aus der Schweiz zurück und mit den ersten englischen Reaktionen auf unsere Bemühungen. Nicht uninteressant und ganz leidlich hoffnungsvoll“, schrieb Moltke an seine Frau⁹⁴⁾.

Moltke war besonders daran interessiert, die Engländer wissen zu lassen, daß ihre Propaganda zwecklos sei, ja, daß sie ungewollt die nationalsozialistischen Ziele unterstütze. Daher lud er den ihm bekannten Michael Balfour nach Stockholm ein, wo er selber mehrfach dienstlich zu tun hatte. Die Reise Balfours wurde jedoch nicht genehmigt⁹⁵⁾. Daraufhin verfaßte Moltke, als er wieder in Schweden war, einen ausführlichen Brief an Lionel Curtis und bat die Kontaktperson des Kreisauer Kreises in Schweden, Johansson, dafür Sorge zu tragen, daß der Brief sein Ziel erreichen würde. In diesem Brief plädierte Moltke u. a. dafür, daß ein vertrauter Engländer dem Stab der britischen Botschaft beigegeben werde, und zwar mit dem besonderen Auftrag, Verbindung mit dem deutschen Widerstand aufzunehmen⁹⁶⁾. Aus Sicherheitsgründen hat Johansson daraufhin einen Bekannten gebeten, den Inhalt auswendig zu lernen und so zu übermitteln⁹⁷⁾. Auch dieser Versuch des Kreisauer Kreises, mit der britischen Regierung in Verbindung zu treten, blieb ohne das erhoffte Ergebnis.

2. Der Kreisauer Kreis und die Vereinigten Staaten

Nach den wechselhaften deutsch-amerikanischen Beziehungen der zwanziger Jahre hatten seitdem

Wirtschaftskrise und Nationalsozialismus den Abstand zwischen beiden Ländern vergrößert. Nur wer sich für Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik interessierte, wie Einsiedel und Schmölders⁹⁸⁾, sah die Vereinigten Staaten Roosevelts noch als *das* Objekt seines Interesses.

Als er 1937 auf seiner Reise nach China in den Vereinigten Staaten einen Zwischenaufenthalt einlegte, fand Trott dort eine starke antideutsche Einstellung. „Ich spüre hier drüben mir gegenüber ein entsetzliches Mißtrauen, welches, wie ich annehme, in der gegenwärtigen internationalen Lage nur natürlich ist“, schrieb er einer Bekannten in Großbritannien⁹⁹⁾. Er fühlte, daß die Amerikaner dem neuen Deutschland im Grunde kritisch gegenüberstanden. Auch war er der Ansicht, daß die öffentliche Meinung zu einem stärkeren Isolationismus tendierte. Er ging sogar soweit, die Vereinigten Staaten zu vergleichen mit einem Schiff im Trockendock, weit vom Schauplatz entfernt, gleichgültig und alles in allem ahnungslos über die Spannungen in Europa¹⁰⁰⁾. Tatsächlich waren die Jahre 1935—1937 ein Höhepunkt der isolationistischen Politik der USA gewesen¹⁰¹⁾.

Daß sich allerdings mit dem Beginn des japanisch-chinesischen Krieges und dem Anschluß Österreichs in dieser Hinsicht 1938 eine Wende angebahnt hatte, entdeckte Trott, als er zwei Jahre später — diesmal unter dem Schutz des Auswärtigen Amtes¹⁰²⁾ — im September 1939 wieder in die Vereinigten Staaten kam. Als Fernost-Spezialist war er von einem amerikanischen Institut eingeladen worden. Er hoffte, die Vereinigten Staaten in ihrer Neutralitätshaltung zu bestärken, so daß sie „zu einem für uns nach innen und außen tragbaren Frieden“¹⁰³⁾ beitragen könnten. Nebenbei wollte er um Verständnis und Unterstützung für den deutschen Widerstand werben. Zuvor hatte Trott über diese Reise auch mit Moltke gesprochen und berief sich auf ihn in einem Brief an den in Amerika lebenden Brüning¹⁰⁴⁾. Obwohl er mit vielen Personen, auch in höchster Stelle, zusammentraf, hatte Trotts Mission keinen Erfolg. Er überbewertete die amerikanische Neutralität und wurde ständig überwacht. Besonders nach der Torpedierung der „Athenia“ Anfang September

⁹⁸⁾ Vgl. S. 36 dieses Beitrages.

⁹⁹⁾ Henry O. Malone (Anm. 45), S. 182.

¹⁰⁰⁾ Ebenda, S. 186.

¹⁰¹⁾ Dazu u. a. Robert Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy, 1923—1945, New York 1969, S. 103ff, 138 f.

¹⁰²⁾ Walter Hewel an Trott, 18. August 1939, in: AA., Handakten Hewel, 6.

¹⁰³⁾ Trott an Brüning, 4. Oktober 1939, s. Anm. 8.

¹⁰⁴⁾ Der Brief ist abgedruckt in Ger van Roon (Anm. 8), S. 152 f.

⁹¹⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 301 f.

⁹²⁾ Troubled Loyalty (Anm. 4), S. 316.

⁹³⁾ Ebenda, S. 317.

⁹⁴⁾ Brief v. 30. 6. 1942.

⁹⁵⁾ Mitteilung von Prof. Michael Balfour, 18. 2. 1962.

⁹⁶⁾ Original im Archiv Nordiska Ekumeniska Institutet, Sigtuna.

⁹⁷⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 303 f.

1939¹⁰⁵) war es wenig realistisch, noch an eine amerikanische Friedensvermittlung zu glauben.

Als die Spannung in Europa im Laufe des Jahres 1939 wuchs, war Moltke mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Alexander Kirk, in Verbindung getreten. Während der Jahre 1939 und 1940 haben Moltke und Kirk sich öfters getroffen. Dabei wurden stets die Lage und die Aussichten erörtert¹⁰⁶). So schrieb Moltke Ende 1940 an seine Frau: „Die Lage in den USA scheint unverändert zu sein: es ist kaum noch eine Frage des ‚ob‘, vielmehr eine des ‚wann‘.“¹⁰⁷) Vor Kirks Abreise wurde Moltke von ihm an George Kennan empfohlen, der dem Stab der amerikanischen Botschaft in Berlin angehörte. Er betonte bei dieser Gelegenheit die Bedeutung dieses Kontakts, dessen Fortsetzung der amerikanischen Regierung wichtig sei¹⁰⁸). Auch mit Kennan traf Moltke sich regelmäßig und schrieb an seine Frau, als auch Kennan zurückkehren mußte: „Er hat einen Vorschlag von mir, etwas Bestimmtes zu tun, angenommen, will Weihnachten den Dienst quittieren, nach Hause fahren und sich dieser Aufgabe widmen. Er ist ein guter und netter Mann und ich hoffe, daß er sich wirklich als ein Aktivum für uns erweisen wird.“¹⁰⁹) Worum es sich dabei handelte, ist nicht bekannt. Vermutlich ging Moltkes Absicht dahin, daß Kennan seinen Einfluß dazu benutzen sollte, das Verständnis für den Widerstand in Deutschland zu fördern¹¹⁰). Weil jedoch der japanische Überfall auf Pearl Harbor dazwischen kam, kehrte Kennan erst im Mai 1942 in die Vereinigten Staaten zurück. Nach langem Zögern entschloß er sich, aus Sicherheitsgründen die amerikanische Regierung nicht zu informieren, weil Moltke und seine Gruppe — wie er wußte — bereits mit England in Verbindung standen. Nach der Abreise Kennans waren die Kreisauer von allen direkten Verbindungen mit den Vereinigten Staaten abgeschnitten und jetzt nur auf indirekte Kontakte angewiesen, die es bis 1944 gegeben hat¹¹¹).

3. Der Kreisauer Kreis und die Sowjetunion

Obwohl die Kreisauer, wie aus mehreren Äußerungen hervorgeht¹¹²), das russische Volk und die

russische Kultur schätzten, war allen der stalinistische Kollektivismus verhaßt. Weil es aber nicht richtig erschien, die Völker mit ihren jeweiligen politischen Systemen zu identifizieren, war der Kreisauer Kreis dennoch um eine friedliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bestrebt. Zeitweise wurde sogar die Beteiligung der Sowjetunion an einem künftigen europäischen Staatenbund erwogen¹¹³). Auch bestand die Hoffnung, daß in der Sowjetunion während des Krieges eine Wandlung eintreten würde und die Beziehungen in positivem Sinne beeinflussen könne¹¹⁴).

Für Peter Graf Yorck von Wartenburg war die Tradition des Taurogener Vertrages von 1812, mit dem der preußische Feldmarschall Yorck von Wartenburg in Zusammenarbeit mit dem russischen General von Diebitsch den Auftakt zum Befreiungskrieg gegen Napoleon I. gegeben hatte, in seiner Widerstandsarbeit immer lebendig¹¹⁵). Sodann hatten Kreisauer wie Mierendorff, Leber und Haubach in den Konzentrationslagern zuverlässige Kommunisten kennengelernt, wiederum andere wie Peters, Einsiedel und Trotha besaßen Kontakte zu den Mitgliedern der Roten Kapelle¹¹⁶).

Die Diskussionen im Kreis über das Thema „Sowjetunion“ wurden immer mehr überschattet vom Rußlandfeldzug und der brutalen Gewalt der deutschen Besatzungspolitik. Am Anfang hatte Moltke noch geglaubt, daß als Ergebnis dieses Feldzuges das russische zentralistische System zerbrechen würde¹¹⁷). Bald jedoch sah er ein, daß er sich geirrt hatte. Durch seine Stellung war Moltke auch informiert über das Massenmorden der Einsatzgruppen, die der Wehrmacht folgten. Andere Kreisauer waren „entsetzt über Eröffnungen, die ich hinsichtlich der Aussichten unseres Verhaltens in Rußland machte“, so eine Aufzeichnung Moltkes wenige Tage nach dem Beginn des Rußland-Feldzuges¹¹⁸). Sehr beschäftigten Moltke die unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern für sowjetrussische Kriegsgefangene. In mehreren Memoranden hat er „im Kampf für Juden und Russen“¹¹⁹) dagegen protestiert¹²⁰). In einer dienstlichen Notiz vom Oktober 1942 über die Vor- und Nachteile der Besetzung Rußlands schrieb er: „Zusammenfassend bin ich daher der Meinung, daß kriegswirtschaftlich gesehen die

¹⁰⁵) „Hitler, alarmed at its effect on American opinion, directed . . .“ (Michael Anthony Butler, *The Neutrals, 1933—1940: The United States, the Oslo nations and the response to Hitler*, Ph. D., Univ. Virginia 1980, S. 365). Vgl. auch Ger van Roon (Anm. 58), S. 331 ff.

¹⁰⁶) Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 305 f.

¹⁰⁷) Brief v. 10. 10. 1940.

¹⁰⁸) Information von G. Kennan.

¹⁰⁹) Brief v. 13. 9. 1941.

¹¹⁰) Kennans Reaktion auf den Vorschlag: „I hope by that way to be able to repay my debt of gratitude to Europe for the most important 15 years of my existence.“ (Moltke an seine Frau, 13. 9. 1941).

¹¹¹) Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 306 ff.

¹¹²) Ebenda S. 461.

¹¹³) Vgl. S. 44 dieses Beitrages.

¹¹⁴) Das europäische Verfassungsproblem (Anm. 62), S. 3.

¹¹⁵) Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 76.

¹¹⁶) Ebenda, S. 91, 97, 114.

¹¹⁷) Brief an seine Frau v. 16. 7. 1941.

¹¹⁸) Brief v. 25. 6. 1941.

¹¹⁹) Brief v. 12. 11. 1941.

¹²⁰) Vgl. Ger van Roon (Anm. 8), S. 258ff, 264 f.

Besetzung der russischen Gebiete ein ausgesprochener Fehlschlag ... ist.“¹²¹⁾

Obwohl aus vermutlich außenpolitischen Gründen mehrfach in von Kreisauern verfaßten Memoranden — so Trott im April 1942¹²²⁾ und Steltzer in November 1942¹²³⁾ — auf die Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands hingewiesen wurde, fragte Moltke in einer Unterredung in Norwegen im März 1943, ob die Sowjetunion „gegebenenfalls mit in eine Europaföderation aufzunehmen“ wäre. Bischof Berggrav zeigte sich skeptisch und meinte: „Das Ziel muß sein, Rußland nach Europa hineinzuziehen, aber dafür wird man 200 Jahre gebrauchen. Bis auf weiteres müssen wir uns damit begnügen, nachbarschaftliche Kontakte mit ihnen aufzunehmen, z. B. in wissenschaftlichen Angelegenheiten, gewissen Handelsverhältnissen, usw. ... Unsere Verbindungen sollten das Gepräge von Kontakten, nicht von Kontrakten tragen. Die Frage ist auch, ob Rußland selbst will.“¹²⁴⁾ Bei Gesprächen in der Türkei im Dezember 1943 hat Moltke daher die Notwendigkeit einer „loyalen außenpolitischen Zusammenarbeit unter Vermeidung jedes außenpolitischen Konfliktes mit Rußland“ betont¹²⁵⁾.

4. Der Kreisauer Kreis und die alliierte Kriegführung

Die drei alliierten Mächte brauchten Zeit, bevor sie den Kampf gegen Hitler aufnehmen konnten. Großbritannien hatten strukturelle und wirtschaftliche Probleme während der dreißiger Jahre zu einer isolationistischen und nach dem Eintreten des Beginns einer wirtschaftlichen Wende zu einer fast leidenschaftlich verfochtenen Appeasement-Politik geführt, von der es sich nur schwer lösen konnte¹²⁶⁾. Die Vereinigten Staaten, wo nach dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems die Wirtschaftskrise und die „Revolution“ der New-Deal-Politik Roosevelts erhebliche soziale Unruhen verursachten¹²⁷⁾, hatten sich seitdem fast aus der Weltpolitik zurückgezogen und diesen Kurs mit einer Neutralitätsgesetzgebung bekräftigt, die der 1939/40 um seine Wiederwahl

kämpfende Roosevelt nur allmählich abändern konnte¹²⁸⁾.

Die Sowjetunion schließlich, infolge des deutsch-japanischen Bündnisses von der Gefahr eines Zweifrontenkrieges bedroht¹²⁹⁾, hatte dem Dritten Reich gegenüber zunächst Deutschlands Sonderstellung in der sowjetrussischen Außenpolitik betont. Weiter neigte sie zu einer neutralen Haltung gegenüber Konflikten zwischen „kapitalistischen“ Staaten. Erschrocken über den Anschluß Österreichs, mit dem Hitler auch sein Interesse für den Balkan angemeldet hatte, entschied Stalin sich dann mit dem Molotow-Ribbentrop-Nichtangriffspakt zu einer taktischen Verständigungslösung, die auch außenpolitische Bewegungsfreiheit brachte¹³⁰⁾, nachdem er kurz zuvor im Rahmen der „Großen Säuberungen“ zahlreiche politische Gegner und die militärische Spitze umgebracht hatte, um innenpolitisch freie Hand zu haben.

Von der Seite des Kreisauer Kreises hatte insbesondere Trott 1939 in Unterredungen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten noch den Appeasement-Gedanken vertreten und vor einem Krieg und einer Kriegsbeteiligung gewarnt¹³¹⁾. Moltke, der Ende 1938 in London das Abschlußexamen für den britischen „Barrister“ gemacht hatte und auch dort ein Anwaltsbüro einrichten wollte, war dagegen immer ein Gegner der Appeasement-Politik gewesen¹³²⁾. Deswegen hatte er zu Brüning, mit dem er sich jährlich in London traf, gesagt, „daß Chamberlain und seine Leute das, was sie über die Defensivbündnisse sagen, nicht ernst meinen“¹³³⁾.

Als am Anfang des Polenfeldzuges die deutschen Truppen mit Unterstützung der Luftwaffe schneller vorrückten, als allgemein erwartet worden war, während Frankreich und Großbritannien noch zögerten, den Kampf auf dem Kontinent aufzunehmen, schrieb Moltke bitter an seine Frau: „Immerhin ist richtig, daß heute, fast eine Woche nach Kriegsausbruch, die Franzosen und Engländer noch nichts unternommen haben, um ihren Bundesgenossen zur Hilfe zu kommen. Noch erkläre ich es mir mit Aufmarschvorbereitungen und ähnlichen Erwägungen. Sehr lange läßt es sich damit aber nicht mehr erklären, und dann ist es nur noch eine unvorstellbar schlechte Politik der Anderen, indem sie ihren Feinden er-

¹²¹⁾ Ebenda, S. 209.

¹²²⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 572 ff.

¹²³⁾ Momente zu einer Denkschrift (Anm. 70), S. 1.

¹²⁴⁾ Aufgezeichnet in meinem Tagebuch am 10. März 1943, Berggrav Nachlaß, Riksarkivet Oslo; dieses und weitere Zitate wurden freundlicherweise von Herrn H. Müller, Bonn, übersetzt.

¹²⁵⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 585.

¹²⁶⁾ Vgl. Bernd Jürgen Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933—1939, Düsseldorf 1971, S. 617 ff.

¹²⁷⁾ Dazu Heinrich August Winkler (Hrsg.), Die große Krise in Amerika, Göttingen 1973, S. 42 ff., 82, 88, 124 ff., 220 ff.

¹²⁸⁾ Robert Dallek (Anm. 101), S. 199 ff.

¹²⁹⁾ Vgl. Sven Allard, Stalin und Hitler, Bern—München 1974, S. 23.

¹³⁰⁾ Philipp W. Fabry, Die Sowjetunion und das Dritte Reich, Stuttgart 1971, S. 95 ff.

¹³¹⁾ Troubled Loyalty (Anm. 4), S. 223, 238; Henry O. Malone (Anm. 45), S. 216 ff.

¹³²⁾ Ger van Roon (Anm. 8), S. 89 f.

lauben, jeden Gegner selbständig und sukzessive zu erledigen.“¹³⁴⁾

Moltke hatte seine besondere Hoffnung auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten gesetzt. Über die Wiederwahl Roosevelts Ende 1940 war er sehr erfreut. Er schrieb: „Wenn Roosevelt die Chance nutzen sollte, so könnte er als einer der größten Männer aller Zeiten in die Geschichte eingehen, als der Mann, dem es gelungen ist, die Befreiungskriege wieder rückgängig zu machen, die Fusion von Empire + USA durchzuführen und damit die unbestrittene und unbestreitbare Vorherrschaft wieder aufzurichten, die die Voraussetzung für einen stabilen Frieden ist.“¹³⁵⁾

Ab 1941 standen die Diskussionen im Kreisauer Kreis im Schatten des Rußland-Feldzuges. Als Moltke im Oktober 1941 den Jesuitenprovinzial Augustin Rösch kennenlernte, soll er etwa folgendes gesagt haben: „Der Krieg ist bereits für uns verloren. Wenn es nicht gelingt, mit England in absehbarer Zeit ins Reine zu kommen, dann werden wir wohl bis an die Wolga, an den Kaukasus kommen, aber nicht Petersburg und nicht Moskau erobern. Frühsommer 1942 wird der Russe mobilisiert haben, und dann kommen die Rückschläge, und wenn nicht rechtzeitig Friede mit England ist und gar Amerika dazukommt, dann wird Deutschland alles verlieren, besetzt werden und die Russen in Berlin einmarschieren.“¹³⁶⁾

Die erste wichtige britisch-amerikanische Erklärung zur Nachkriegsentwicklung war die Atlantik-Charta vom 14. August 1941. Nach ihr sollte die künftige Friedensordnung auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem Verzicht auf Annexion und dem freien und gleichen Zugang zu den Rohstoffen der Erde beruhen. In diesem Dokument war Deutschland nicht besonders erwähnt werden. Dennoch traf der Vorschlag Roosevelts über die Entwaffnung von Nationen, „die mit Aggression außerhalb ihrer Grenzen drohen oder drohen könnten“, sicher auf Deutschland zu¹³⁷⁾. Die nationalsozialistische Propaganda malte dementsprechend die Kriegsziele der Alliierten in schwarzen Farben. Als Trott im September 1942 mit Ivar Anderson in Stockholm zusammentraf, sagte er, er wolle gerne glauben, „daß man auf seiten Englands nicht auf Deutschlands Untergang hinarbeite und daß die Atlantik-Charta nicht ein Ausdruck der wirklichen Pläne

der Westmächte seien“¹³⁸⁾. Zwei Monate später wies Steltzer in einem Memorandum darauf hin, „daß die Atlantik-Charta ausdrücklich die Freiheit eines jeden Volkes, seine innere Staatsform selbst zu bestimmen, feststellt“¹³⁹⁾.

Ein schwerer Schlag für den deutschen Widerstand, der von Goebbels genutzt wurde, war die von Roosevelt auf der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 durchgesetzte Formel einer „Bedingungslosen Kapitulation“¹⁴⁰⁾. Diese Forderung erschwerte die Arbeit des deutschen Widerstandes und insbesondere die Bemühungen, einen Staatsstreich herbeizuführen. Bei einer Unterredung in Oslo im März 1943 zeigte sich Moltke „darüber verzweifelt, daß die Alliierten anscheinend weder zugestehen noch damit rechnen wollten, daß es einen deutschen Widerstand gibt, den sie stützen und stärken sollten“¹⁴¹⁾. In vielen Gesprächen im Ausland hat auch Trott sich bemüht, herauszufinden, wie man erreichen könnte, daß die Alliierten von dieser Forderung abrücken würden¹⁴²⁾.

Als Moltke in der ersten Juli-Woche 1943 — wenige Tage vor der alliierten Landung auf Sizilien — in der Türkei war, versuchte er, in direkte Verbindung zu Amerikanern zu gelangen, insbesondere mit dem ihm bekannten amerikanischen Botschafter in Kairo, Kirk¹⁴³⁾, um eine politische und militärische Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand anzuregen¹⁴⁴⁾. Drei Wochen später fand der Staatsstreich Badoglios in Italien statt, der Mussolinis Sturz herbeiführte, und auch in Deutschland wurde damals ein neuer Staatsstreichsversuch vorbereitet¹⁴⁵⁾. Bei einem zweiten — vereinbarten — Besuch Moltkes im Dezember 1943 machte dieser den Vorschlag, daß im Gegensatz zu dem Verlauf des Feldzuges in Italien alliierte Luftlandetruppen in Zusammenarbeit mit deutschen Einheiten die wichtigsten deutschen Städte besetzen sollten: „Ein solcher durchschlagender Erfolg, eine alliierte Besetzung ganz Deutschlands innerhalb eines kurzen Zeitraums, würde in Deutschland schlagartig eine völlig neue politische Situation schaffen, und im Rahmen die-

¹³⁹⁾ Alfred Delp (Anm. 70), S. 2. Erst 1944 sollte sich herausstellen, daß Deutschland in eine Ausnahmesituation geraten würde.

¹⁴⁰⁾ Vgl. Anne Armstrong, *Unconditional Surrender. The impact of the Casablanca Policy upon World War II*, New Brunswick 1961.

¹⁴¹⁾ Tagebuch Bischof Berggrav.

¹⁴²⁾ *Troubled Loyalty* (Anm. 4), S. 343. Vgl. auch *Neuordnung im Widerstand* (Anm. 7), S. 319.

¹⁴³⁾ Vgl. S. 42 dieses Beitrages.

¹⁴⁴⁾ „A certain Herr v. Moltke, a close friend of SUBSOURCE, was at Istanbul in the first week of July“ (Bericht vom 14. 9. 1943).

¹⁴⁵⁾ Vgl. Peter Hoffmann, *Widerstand — Staatsstreich — Attentat*, München 1979, 3. überarb. u. erw. Auflage, S. 361 f.

¹³³⁾ Ebenda, S. 102.

¹³⁴⁾ Brief v. 11. 9. 1939.

¹³⁵⁾ Brief an seine Frau v. 6. 11. 1940.

¹³⁶⁾ Augustin Rösch (Anm. 9), S. 263.

¹³⁷⁾ Michael Balfour, *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland*, Düsseldorf 1959, S. 28.

ser Situation würde sich jene Kooperation, die sie herbeigeführt hat, vor dem deutschen Nationalbewußtsein als kühne patriotische Tat rechtfertigen, vergleichbar der Tauroggener Konvention¹⁴⁶⁾ des Generals Yorck.“¹⁴⁷⁾ Andernfalls würde die Ostfront immer näher rücken und die Gefahr einer „Ostorientierung“ Deutschlands zunehmen. In diesem Sinne hatte sich auch Trott in der Schweiz und in Schweden geäußert¹⁴⁸⁾.

5. Besetzte und neutrale Staaten als Brückenbauer

Weil der Kreisauer Kreis für ein gesamteuropäisches Ordnungssystem nach dem Kriege war, lag es nahe, bereits während des Krieges mit Personen und Gruppen in anderen europäischen Staaten in Verbindung zu treten. Dabei hofften die Kreisauer, daß diese Personen die Alliierten über die Existenz des deutschen Widerstandes unterrichten würden. Voraussetzung war allerdings, daß zuverlässige Mittelsmänner zur Verfügung standen, um diese Kontakte anzuknüpfen und zu unterhalten. In diesem Sinne war den Kreisauern die Vermittlung des Generalsekretärs des Weltkirchenrats im Aufbau, des Niederländers W. H. Visser 't Hooft, sehr wichtig. Ende April 1942 brachte Visser 't Hooft persönlich ein Memorandum nach London, das Trott auf Bitten des Kreisauer Kreises in der Schweiz verfaßt hatte¹⁴⁹⁾.

Als Moltke im dienstlichen Auftrag Mitte April 1942 in Oslo war, traf er sich durch Steltzers Vermittlung mit einigen Norwegern. Mit ihnen besprach er, ob die norwegische Widerstandsbewegung über Bischof Berggrav einen Appell an den König und an den Kronprinzen richten und sie bitten sollte, bei den Alliierten zugunsten des deutschen Widerstandes zu intervenieren. Nach eingehenden Erörterungen wurde diese Möglichkeit für den damaligen Augenblick verworfen. Man meinte, die Zeit dafür sei noch nicht reif¹⁵⁰⁾.

Durch Vermittlung eines Mitarbeiters Visser't Hoofts lernte Trott im September 1942 den Chefredakteur von „Svenska Dagbladet“, Ivar Anderson, in Stockholm kennen. Über diese Begegnung notierte Anderson: „Er war jetzt hauptsächlich daran interessiert, zu besprechen, wie man Anknüpfungspunkte an die Interessen und Bestrebungen in England bekommen könnte, die mit dem korrespondieren, was er vertrete ... Er war

besonders daran interessiert zu hören, ob ich etwas von Englands Plänen für die Wiederaufbauarbeit nach dem Krieg wüßte.“¹⁵¹⁾

Trott, der diese Reisen im Einvernehmen mit der Ostasien-Abteilung des Auswärtigen Amtes machen konnte, besuchte im Dezember 1942 — eingeführt von Visser 't Hooft — die Niederlande, wo er in Den Haag mit einigen Personen zusammentraf, und zwar mit F. M. Baron van Asbeck, C. L. Patÿn, J. H. van Roÿen und G. J. Scholten. Seine Absicht sei, erklärte Trott, mit zuverlässigen Niederländern aus Widerstandskreisen die Verbindung aufzunehmen, um „goodwill“ zu erwecken für den deutschen Widerstand, und bestimmte Deutsche bei den Alliierten als zuverlässig zu empfehlen. Einer der Anwesenden kannte Trott bereits aus seiner Studentenzeit. Die Niederländer faßten nach einigem Zögern Vertrauen zu Trott und sagten zu¹⁵²⁾.

Im Januar 1943 fuhr Trott wieder nach Genf, wo er Visser 't Hooft besuchte und eine Unterredung führte mit einem Mittelsmann des dortigen Vertreters des amerikanischen Nachrichtendienstes, Allen Welsh Dulles¹⁵³⁾. In einer Niederschrift aus dieser Zeit klagt Trott über die Haltung der westlichen Alliierten und warnt vor einer „Ostorientierung“ Deutschlands¹⁵⁴⁾.

Im März 1943 hatte Moltke wieder in Norwegen zu tun, wo er zusammen mit Steltzer und einem norwegischen Kontaktmann ein Gespräch mit Bischof Berggrav und zwei weiteren Norwegern führte. Moltke hatte einen Bericht verfaßt über die Aktion der Studenten der „Weißen Rose“ in München. Berggrav zeichnete nachher auf: „Wir waren uns einig darüber, daß es unser Recht, ja unsere Pflicht war, den Bericht zu veröffentlichen. Er sollte dazu beitragen, daß man einsah, daß es auch noch ein anderes Deutschland gibt. Dagegen hatten wir keine große Hoffnungen, daß er dazu beitragen würde, eine Wende in der Beurteilung durch die Alliierten herbeizuführen.“¹⁵⁵⁾ Anschließend besuchte Moltke Stockholm, wo er zunächst mit Anderson zusammentraf. Anderson notierte: „... hatte ich Besuch von einem der Führer des deutschen Widerstandes, einem Mann in hoher Stellung“. Auch ihm gab Moltke einen Bericht von den Ereignissen in München¹⁵⁶⁾. Danach traf er auch mit anderen Schweden zusammen und erkundigte sich nach der Möglichkeit, mit einem schwedischen Flugzeug nach London

¹⁴⁶⁾ Vgl. S. 43 dieses Beitrages.

¹⁴⁷⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 584; vgl. auch S. 321 f. Der Gedanke eines Einsatzes von alliierten Luftlandetruppen kam von Ivar Anderson in Stockholm.

¹⁴⁸⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 311; Tagebuch Anderson.

¹⁴⁹⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 327.

¹⁵⁰⁾ Vgl. S. 40 dieses Beitrages.

¹⁵¹⁾ Tagebuch Anderson (Anm. 81).

¹⁵²⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 330.

¹⁵³⁾ Vgl. Allen Welsh Dulles, *Germany's Underground*, New York 1947.

¹⁵⁴⁾ *Troubled Loyalty* (Anm. 4), S. 327 f.

¹⁵⁵⁾ Tagebuch Berggrav.

¹⁵⁶⁾ Tagebuch Anderson.

zu fliegen. Im Juni 1943 reiste Moltke in die Niederlande und sprach dort mit einer der Kontaktpersonen.¹⁵⁷⁾

Anfang Oktober 1943 war Moltke wieder in Skandinavien. Er hatte den schwedischen Kontaktmann des Kreisauer Kreises, Johansson, gebeten, einen ausführlichen Brief für Lionel Curtis¹⁵⁸⁾ zu übermitteln. Weil Johansson zunächst vorhatte den Brief selbst nach London zu bringen, besprach er diese Möglichkeit mit dem Gesandten Söderblom im schwedischen Außenministerium. Über das Ergebnis des Gesprächs war Johansson allerdings nicht erfreut und schrieb an Anderson: „Er riet mir mit aller Bestimmtheit davon ab, zu versuchen, jetzt nach England zu fahren. Einfühlsam schilderte Söderblom die krassen Ansichten der britischen Regierung über die ökumenischen Bestrebungen als hilflose Versuche, irgendeine Art von Versöhnung mit Deutschland zustande zu bringen. Die britische Regierung wolle jetzt Krieg mit Deutschland führen bis zum Ende und wünsche keine Personen in England, von denen man annehmen könnte, sie verträten die deutschen Hoffnungen, der ‚Bedingungslosen Kapitulation‘ zu entgehen.“ Johansson hatte jedoch aus diesem Gespräch gelernt und schrieb: „Wenn jedoch noch mehr in dieser Angelegenheit zu tun ist, wäre es immerhin sehr fraglich, ob wir uns an die amtliche Diplomatie wenden sollten. Es scheint, daß die kirchlichen Verbindungen genauso wirksam sind.“¹⁵⁹⁾

Ende Oktober 1943 reiste Trott wieder nach Stockholm, wo er u. a. Anderson besuchte. Er erzählte, daß sich die Lage in Deutschland erheblich verschlechtert hatte und fragte, was nach Meinung Andersons die Wirkung einer Regimeänderung in Deutschland sein würde. Anderson hatte ihm darauf gesagt, daß eine politische Veränderung in Deutschland sehr schnell auf die Stimmung in England und Amerika in friedensfördernder Richtung einwirken würde. Die überwiegende Mehrheit in den angelsächsischen Ländern betrachte es nicht als Kriegsziel, Deutschland auszulöschen, sondern Schluß mit dem Nationalsozialismus zu machen. Doch gab Anderson ihm auch eine Warnung: „Churchill will kein schnelles Ende des Krieges, und die offizielle Politik ist, daß Deutschland eine militärische Niederlage zugefügt werden soll“. Darauf erwiderte Trott: „Worauf wir jetzt vor allem hinzielen müssen, ist, Kontakte zu bekommen, in erster Linie mit neutralen Ländern, besonders mit Schweden, wo durch wir dann nach Westen Verbindungen be-

kommen können.“ Daraufhin vermittelte Anderson für Trott eine Unterredung mit dem schwedischen Außenminister, der „einen sehr guten Eindruck“ von ihm erhielt. Als Trott gegenüber Anderson die Notwendigkeit betonte, Hilfe von außen zu bekommen, wies Anderson auf die Möglichkeit von alliierten Luftlandetruppen hin¹⁶⁰⁾.

Im März 1944 war Trott mehrere Tage in Stockholm. Er war als Ostasien-Spezialist von einem schwedischen Institut eingeladen worden. Damals war Moltke bereits verhaftet worden¹⁶¹⁾. Trott stand bereits in Verbindung zu Stauffenberg. Ihn beschäftigte vor allem die Frage: „Wie sollte man den Engländern klarmachen, daß das schlimmste, was geschehen könnte, wäre, wenn sie ihre Luftangriffe auf Deutschland fortsetzten, selbst wenn eine Änderung des Regimes eingetreten wäre. Das würde das deutsche Volk so auslegen, daß England nicht gegen Hitler kämpfe, sondern gegen Deutschland als solches, und das die Absicht bestünde, Deutschland vollständig zu vernichten.“ Anderson meinte, daß die Engländer und Amerikaner eine Regimeänderung begrüßen und die Bombardements einstellen würden. Anderson versprach Trott, diesen Gesichtspunkt zur Kenntnis der Engländer und Amerikaner zu bringen. Darauf entgegnete Trott: „Ein Bescheid oder zumindest eine mehr positive Äußerung von England oder Amerika in dieser Angelegenheit würde unerhört viel für diejenigen bedeuten, die jetzt den Nationalsozialismus in Deutschland bekämpfen.“¹⁶²⁾ Auch diesmal konnte Anderson ein Gespräch mit dem schwedischen Außenminister vermitteln. Außerdem wurde von Anderson ein Treffen vermittelt mit dem in Stockholm weilenden Unterstaatssekretär im britischen Informationsministerium, Walter Monckton. Des weiteren konnte Trott zwei Personen der britischen Botschaft sprechen¹⁶³⁾.

Einige Wochen vor dem Attentatsversuch Stauffenbergs war Trott noch einmal in den Niederlanden. Er teilte mit, daß ein Attentat in drei Wochen stattfinden würde, und fragte, wie man in den Niederlanden reagieren würde; er drängte darauf, die niederländische Exil-Regierung in London zu benachrichtigen. Auf die Frage, wie groß die Aussicht auf Erfolg sei, antwortete Trott: „25 Prozent“¹⁶⁴⁾.

Auch ein Mitarbeiter Goerdelers, mit dem Trott in Verbindung stand, Wilhelm Staehle, unterhielt Beziehungen zu mehreren Personen in den Nie-

¹⁶⁰⁾ Tagebuch Anderson (Anm. 81). Vgl. auch Anm. 147.

¹⁶¹⁾ Die Verhaftung hatte nichts mit dem Kreisauer Kreis zu tun. Vgl. Ger van Roon (Anm. 8), S. 28.

¹⁶²⁾ Tagebuch Anderson.

¹⁶³⁾ *Troubled Loyalty* (Anm. 4), S. 341 f., 353.

¹⁶⁴⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 332.

¹⁵⁷⁾ Neuordnung im Widerstand (Anm. 7), S. 331 f.

¹⁵⁸⁾ Vgl. S. 31 dieses Beitrages.

¹⁵⁹⁾ Abschrift, 23. 10. 1943 (Archiv Nordiska Ekumeniska Institutet, Sigtuna).

derlanden. Ende 1943 hatte er dort wegen Staatsstreichvorbereitungen verhandelt. Als einer seiner Gesprächspartner darauf im Auftrag des niederländischen Widerstandes über Frankreich und Spanien nach London reiste, fand dieser dort für den deutschen Widerstand kein Interesse. Erst die Nachricht vom Mißlingen des Attentats vom 20. Juli 1944 erweckte plötzlich Aufmerksamkeit¹⁶⁵⁾.

Als im Oktober 1944 auch einer der Gesprächspartner Trotts, Van Roijen, auf Bitten des Widerstandes nach London reiste und dort von seinen Kontakten mit Trott berichtete, bat ihn der niederländische Außenminister, nach Washington zu gehen, um über den dortigen niederländischen Gesandten die amerikanische Regierung zu informieren¹⁶⁶⁾.

VI. Zwischen den Fronten

In zweifacher Hinsicht befanden sich die Kreisauer mit ihrer Widerstandsarbeit zwischen den Fronten: Erstens waren sie Patrioten und ihr Land führte Krieg. Aber das nationalsozialistische Dritte Reich war nicht ihr Vaterland; deswegen betrachteten sie sich als Bundesgenossen der Alliierten. „Wir hoffen“, schrieb Moltke an Lionel Curtis, „daß Ihr Euch klar darüber seid, daß wir bereit sind, Euch zu helfen, den Krieg und den Frieden zu gewinnen“¹⁶⁷⁾. Zweitens befanden sich die Kreisauer in einer Zwischenlage zwischen Ost und West: Ihr Land lag zwischen der Sowjetunion und der immer näher rückenden Ostfront einerseits und Großbritannien und den Vereinigten Staaten andererseits. Damit fühlten sie sich hin und hergerissen zwischen den Fronten des alliierten Kriegsbündnisses. Die Kreisauer besaßen Freunde und Bekannte im Westen, aber die Regierungen dieser Länder verweigerten ihnen jede Hilfe und Anerkennung. Nur der Moskauer Sender machte einen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und dem Nazi-Regime. Als man in Widerstandskreisen daher — nach Stalingrad und enttäuscht von dem langsamen Verlauf des alliierten Aufmarsches in Italien —, um Menschenleben zu retten, zeitweise eine Annäherung an die Sowjetunion erwog, wobei der frühere Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, als

Parlamentär dienen sollte, hatten mehrere Generale, deren Mitarbeit erwünscht war — wie z. B. Kluge —, diese Lösung abgelehnt. Daraufhin wandte man sich wieder nach Westen¹⁶⁸⁾, dem sich der Kreisauer Kreis auch stärker verbunden fühlte. In einer gemeinsam mit Furtwängler formulierten Denkschrift unter dem Titel „Zwischen Ost und West“ hat Trott diese prekäre Situation des deutschen Widerstandes zum Ausdruck gebracht¹⁶⁹⁾.

Überwiegend zur jüngeren Generation gehörend, hatten das Erlebnis des Ersten Weltkrieges und die Eindrücke der Auslandsreisen die Kreisauer bereits früh zu Befürwortern eines gesamteuropäischen Ordnungssystems gemacht. Das Elend und die Folgen der Weltwirtschaftskrise hatten das nur verstärkt. Als Jungeuropäer sahen sie sich während des Zweiten Weltkrieges der transnationalen Struktur des alliierten Kriegsbündnisses und den nationalen Kriegszielen gegenüber. Auch spielten in ihren Kontakten zu den Partnern dieses Bündnisses Legitimations- und Perzeptionsprobleme eine beträchtliche Rolle: Die Kreisauer hatten zwar wichtige Gruppen hinter sich, aber nicht die „Honoratioren“; sie wollten Bundesgenossen und Europäer sein, blieben aber Deutsche. Dennoch gab es, langfristig gesehen, zwischen dem Kreisauer Kreis und den Alliierten mehr gemeinsame Interessen, als es die Spannungen und Barrieren während des Zweiten Weltkrieges vermuten ließen.

¹⁶⁵⁾ Vgl. Ger van Roon, Wilhelm Staehle. Ein Leben auf der Grenze 1877—1945, München 1969, Neuauflage Neuenhaus 1986.

¹⁶⁶⁾ Enquêtecommissie Regeringsbeleid 1940—1945. Deel 5C, Den Haag 1950, S. 632.

¹⁶⁷⁾ Helmuth J. Graf von Moltke 1907—1945, Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin 1959⁹, S. 22.

¹⁶⁸⁾ Steltzer am 17. September 1943 an Ivar Anderson (Anm. 81).

¹⁶⁹⁾ Vgl. Anm. 4, S. 363 f.

Kommentar und Replik

Geschichte als parteiliches Konstrukt?

Kritische Bemerkungen zu Johannes Klotz: „Die ‚Deutschland-Berichte‘ der Sopade“
(B 31/86) ¹⁾

Der Beitrag von Johannes Klotz über die „Deutschland-Berichte“ der Sopade ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. *Erfreulich* ist zunächst sein Publikationsort. Die in der Vergangenheit stets zu beobachtende (und eigentlich ja selbstverständliche) wissenschaftspolitische Liberalität von Herausgebern und Redakteuren der „Parlament“-Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ hat sich offenbar nicht verändert. So jedenfalls erkläre ich mir die Tatsache, daß ein Autor wie Klotz, der sich selbst ausdrücklich der bekanntlich umstrittenen, weil der DDR-Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft nahestehenden sogenannten „Marburger Schule“ zurechnet (S. 27 f.), seinen Aufsatz in der Beilage plazieren konnte. *Begrüßenswert* ist ferner Klotz' Intention, auf die Deutschland-Berichte der Sopade aufmerksam zu machen. Denn sie stellen in der Tat eine einmalige und bisher noch kaum ausgewertete Quelle zur Sozialgeschichte des deutschen Faschismus und zum Widerstand von „unschätzbare(m) Wert für die historische und politische Forschung“ (S. 38) dar. *Ärgerlich* ist jedoch — und deshalb kann der Beitrag nicht unwidersprochen bleiben — das bei Klotz vorfindliche, für die „Marburger Schule“ nicht untypische Darstellungs- und Interpretationsverfahren; es läßt sich (polemisch zugespitzt, aber nicht unfair) so charakterisieren:

- die Grundposition, von der aus über die Arbeiterbewegung geschrieben wird, zielt auf eine einseitige Kritik an der Sozialdemokratie bei gleichzeitiger (mehr oder weniger expliziter) Exkulpation der KPD, deren Tradition und Theorie man sich tendenziell verpflichtet fühlt;
- im Zweifelsfall hat die dogmatische Theorie Vorrang vor der komplizierten, sperrigen Empirie;
- Leistungen und Fehlleistungen historischer Akteure werden nicht situationsbedingt zu erklären versucht, sondern diesen werden sozusagen posthum Lern- und Verhaltensziele vorgegeben, die sie doch nicht mehr erreichen können; Maßstab für diese Ziele sind nicht die damaligen (natürlich nur

mühsam zu rekonstruierenden) situationsspezifischen Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten und -grenzen; sondern das *post festum* für die damalige Situation falsch als „richtig“ Erkannte (das sich wiederum oft genug mit den seinerzeitigen KPD-Positionen deckt);

— sozialgeschichtlich wird (nach-)lässig aus zweiter oder dritter Hand gearbeitet;

— politisch ungefährliche Fakten entnimmt man westlicher Literatur, historisch-politische Einordnungen und Wertungen dagegen übernimmt man meist von den Autoren des eigenen Kreises oder gleich aus der DDR-Literatur;

— anderslautende Urteile westlicher Forscher werden als „falsch“ abgetan oder schlicht ignoriert.

Es liegt auf der Hand, daß solche Vorgehensweisen zu darstellerischen und interpretatorischen Verzerrungen führen müssen. Daß und wie dies bei Klotz der Fall ist, will ich nachfolgend anhand einiger Textproben aus seinem Beitrag zeigen. Welche der genannten Merkmale jeweils auf das betreffende Beispiel zutreffen, wird der Leser unschwer selbst erkennen.

Textprobe 1: „Zuletzt belegte die Marburger Dissertation von Wolfgang Saggau ..., daß die Schwächen des SPD-Parteivorstandes im Kampf gegen den (aufkommenden) Faschismus in unmittelbarem Zusammenhang mit erheblichen Defiziten in der Analyse des Faschismus standen — trotz des umfangreichen Quellenmaterials, das über die Stimmungslage der Bevölkerung Auskunft gab.“ (S. 28). Diese Aussage ist zunächst insofern widersprüchlich, ja unsinnig, als sie sich offenkundig auf die Zeit vor 1933 bezieht, dabei aber mit einem „umfangreichen Quellenmaterial“ (gemeint sind dem Textzusammenhang nach die Deutschland-Berichte) argumentiert, das erst nach 1933 entstand. Was die Arbeit von Saggau betrifft, so belegt sie vor allem die fragwürdige Methode ihres Verfassers ²⁾. Immerhin muß auch Saggau trotz aller SPD-Kritik zugeben, daß es für ihn im Zuge seiner Recherchen erstaunlich war festzustellen,

¹⁾ Aus Platzgründen mußten die Anmerkungen auf ein Minimum beschränkt werden. Seitenverweise im Text beziehen sich auf den Beitrag von Klotz.

²⁾ Vgl. dazu im einzelnen meine Rezension in: *IWK*, 18 (1982) 4, S. 550 ff.

„in welchem quantitativen wie auch qualitativen Maße detaillierte und umfangreiche Informationen zur Faschismusproblematik bereits damals vorlagen und fast ausnahmslos auch publiziert wurden ...“³⁾. Dazu rechnet er ausdrücklich auch „theoretische Bemühungen zur Kennzeichnung des Wesens und Charakters der faschistischen Massenbewegung wie des faschistischen Systems“.

Vor allem aus weiteren neueren Untersuchungen⁴⁾ drängt sich die Einsicht auf, daß die früher so plausible Gleichung, nämlich Defizite in der Faschismusanalyse = Defizite in der antifaschistischen Praxis, so nicht mehr gelten kann. Denn der veränderte (wenngleich nach wie vor unbefriedigende) Forschungsstand legt heute die ganz andersartige — und viele schwieriger zu erklärende! — These nahe: *Obwohl* in der SPD vor 1933 ein beträchtliches Reservoir an fundierten Faschismusanalysen existierte, gab es keine effektive antifaschistische Politik. Und schließlich: Welche vor 1933 erstellte Faschismusanalyse verdient eigentlich, gemessen an ihrem Anspruch, den Faschismus verhindern zu helfen, *nicht* das Prädikat „defizitär“? Soll der Defizit-Vorwurf nicht beliebig bleiben, muß er inhaltlich ausgewiesen werden. Da Klotz dies nicht tut, setzt er sich dem Verdacht aus, willkürliche normative, mithin irrelevante Kritik zu üben.

Textprobe 2: „Die Analyse (von Klotz — R. St.) geht davon aus, daß das Bürgertum (das, als politisch-ideologischer Begriff verstanden, das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse ausdrückt) seine Vorstellungen über die Krisenlösung und die Abwehr des Sozialismus in den Jahren 1929 bis 1933 keineswegs von Anfang an einheitlich auf den Faschismus gerichtet hatte ... Letztlich erfolgte erst 1933 die politische Konzentration des Bürgertums auf der Basis des Faschismus.“ (S. 28 f.) Dazu ist zu sagen, daß „das Bürgertum“ „als politisch-ideologischer Begriff“, das dann auch noch das „Gesamtinteresse der herrschenden Klasse“ ausdrückt, ein metaphysisches Konstrukt, eine heuristisch wertlose Schimäre darstellt, mit der dem „real existierenden Bürgertum“, das in sich stark sozial geschichtet und politisch fraktioniert war, nicht beizukommen ist.

³⁾ Wolfgang Saggau, Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD, Köln 1981, S. 13 f.

⁴⁾ Vgl. dazu u. a. Helga Grebing, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1978, Bd. 2, S. 259—379; Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921 bis 1945, Frankfurt 1981; Reinhard Sturm, Faschismusauffassungen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: Richard Saage (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf, Frankfurt 1986, S. 302—330.

Für die Weimarer Republik ist weder eine „herrschende Klasse“ noch deren „Gesamtinteresse“ empirisch exakt auszumachen (wie denn überhaupt eine Gesellschaftsgeschichte der zwanziger und dreißiger Jahre noch aussteht). Sodann optierte auch 1933 „das“ Bürgertum keineswegs geschlossen nationalsozialistisch. Die Ernennung Hitlers erfolgte sogar, wie Reinhard Neebe zeigen konnte, bei „gespaltener Industriefront“⁵⁾, während, worauf Heinrich August Winkler hingewiesen hat, eine gesellschaftliche Gruppe eine herausragende Rolle spielte, die Klotz unerwähnt läßt und die nicht einfach unter den Begriff „Bürgertum“ subsumiert werden kann: die ostpreußischen aristokratischen Großagrarien⁶⁾.

„Theorien“, so Habermas, „sind Ordnungsschemata, die wir in einem syntaktisch verbindlichen Rahmen beliebig konstruieren. Sie erweisen sich für einen speziellen Gegenstandsbereich dann als brauchbar, wenn sich ihnen die reale Mannigfaltigkeit fügt.“⁷⁾ Der erste Satz mag auf Klotz zutreffen, aber der zweite?

Textprobe 3: „Im Januar 1934 veröffentlichte sie (die Sopade — R. St.) einen Aufruf, das ‚Prager Manifest‘. Es enthielt zwar widersprüchliche und verschieden auslegbare Formulierungen, aber auch Weisungen und Erkenntnisse für eine selbständige, wirklich antifaschistische Arbeiterpolitik“. (S. 29) Die dazugehörigen Anmerkungen stellen klar, daß für das ‚Prager Manifest‘ folgende Autoritäten maßgeblich sind: die DDR-„Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“⁸⁾ (der auch das Zitat im Zitat entstammt), eine Berliner Diplomarbeit und die beiden „Marburger“ Saggau und Klotz. Kommentar insoweit überflüssig. Das überraschende Sopade-Lob der DDR-Wissenschaftler erklärt sich daraus, daß das ‚Prager Manifest‘ sich kommunistischen Positionen teilweise annäherte. Allerdings hätte man gerne gewußt, wie sich eigentlich, wenn nicht *ex cathedra*, methodisch ermitteln läßt, was eine „wirklich antifaschistische Arbeiterpolitik“ war und was nicht.

Textprobe 4: „Die Kontakte zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandskämpfern in Deutschland verbesserten sich trotz der — nur wenige Monate nach der Veröffentlichung des Manifests und der darin geforderten Aktionseinheit — ablehnenden Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung in Prag ... Die So-

⁵⁾ Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930—1933, Göttingen 1981, S. 201.

⁶⁾ Heinrich August Winkler, Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 74 ff.

⁷⁾ Jürgen Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt 1970, S. 11.

⁸⁾ Vgl. dazu die kritische Rezension von Peter Lösche, in: IWK, 20 (1984) 3, S. 439 f.

pade arbeitete . . . allen Versuchen, eine antifaschistische Volksfrontbewegung ins Leben zu rufen, entgegen . . . Die politisch-ideologischen Traditionen und Bindungen an die sozialdemokratische Parteiführung erwiesen sich im Zusammenwirken mit der Entfernung vieler illegaler Widerstandskader stärker als das Wirken jener sozialdemokratischen Gruppierungen, welche die Autorität des Parteivorstandes bezweifelten, den politischen Kampf gegen den deutschen Faschismus anführen zu können. Deshalb konnten auch Versuche der Sopade erfolgreich sein, im weiteren Verlauf der Entwicklung des Widerstandskampfes getroffene Abkommen oder die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wieder aufzukündigen. Die Kritik an der risikoreichen und opferbereiten illegalen Tätigkeit der Kommunisten tat ein übriges.“ (S. 30 f.)

Wie man sieht, schlägt das positive Urteil von Klotz über das ‚Prager Manifest‘ sofort in heftige Kritik an der Sopade um, wenn es um das heikle Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geht. Dabei ist seine Darstellung nicht unbedingt falsch, aber einseitig und verzerrt. Denn daß die Sopade Gründe für ihre Reserviertheit gegenüber der KPD gehabt haben könnte, die nicht sie, sondern die KPD zu vertreten hatte, liegt außerhalb des Erkenntnisinteresses und der Fragehaltung von Klotz.

Drei Hinweise mögen verdeutlichen, was gemeint ist: Im Aufruf der KPD vom 26. Juni 1933 war zu lesen: „Sechstens: Selbst unter der schärfsten Bedrohung durch den Faschismus ist ein Bündnis mit den sozialfaschistischen Führern gegen den Faschismus völlig unmöglich. Nur auf dem Wege der Einheitsfront von unten kann die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden.“⁹⁾ Auch in ihrem Aufruf vom 7. Juni 1934 — fast fünf Monate nach der Veröffentlichung des „Prager Manifestes“ — hieß es nach wie vor: „Die Sozialdemokratie wird immer . . . ein Werkzeug der Konterrevolution, der Bourgeoisie, des Kapitalismus sein und bleiben. Darum: Niemals wieder bürgerliche Demokratie, niemals wieder Sozialdemokratie!“¹⁰⁾

Hinzu kommt, daß die Deutschland-Berichte der Sopade für August/September 1934 zu der Fest-

stellung gelangten, „daß die Prinzipien der illegalen Arbeit in den einzelnen Gruppen außerordentlich verschieden sind. Die Kommunisten arbeiten mit einem rücksichtslosen Einsatz ihres Menschenmaterials. Sie opfern auch vielfach heute noch bedenkenlos ihre illegalen Mitarbeiter, wenn sie sich davon einen Augenblickserfolg propagandistischer Art versprechen . . . Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auch nur im Rahmen örtlicher Verbindungen wird von den sozialdemokratischen Gruppen fast durchweg auch mit der Begründung abgelehnt, daß die Spitzelgefahr bei dieser Zusammenarbeit so groß ist, daß jede derartige gemeinsame Arbeit beinahe automatisch eine Gefährdung unserer Genossen zur Folge hat. Diese Spitzelgefahr besteht auch heute noch.“¹¹⁾

Diese Hinweise dürften genügen, um deutlich zu machen, daß man komplexen historischen Problemen mit politischer Einäugigkeit nicht gerecht werden kann.

Textprobe 5: „Bezüglich der Einschätzung des Faschismus in Deutschland dominierte (in der Sopade – R. St.) zwischen 1934 und 1939 die Auffassung, es handele sich um einen ‚totalen Staat‘, ‚in dem die Ausweitung der Macht der Staatsorgane zum Selbstzweck geworden sei und die Politik das Schicksal der Wirtschaft bestimme. Der Faschismus war demnach keine Form der kapitalistischen Herrschaft, und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des faschistischen Staates standen im Widerspruch zu den eigentlichen Entwicklungsgesetzen der Ökonomie.‘ Diese schon von der SPD in der Weimarer Republik mehrheitlich angenommene Trennung von Politik und Ökonomie widerspiegelte sich natürlich auch im Bewußtsein der Arbeiterklasse und wirkte sich auf Form und Inhalt des antifaschistischen Kampfes aus.“ (S. 31)

Das Zitat im Zitat entstammt, was nun kaum noch anders zu erwarten war, einer „Marburger“ Arbeit. Daß der deutsche Faschismus tendenziell ein „totaler Staat“ war, der sich durch den Primat der Politik über die Ökonomie auszeichnete, ist spätestens seit der bekannten „Argument“-Debatte zwischen Tim Mason und DDR-Historikern ein zwar mittlerweile differenzierungsbedürftiges, aber wegen seines beträchtlichen Maßes an Realitätsdekkung noch keineswegs überholtes Theorem der Faschismusdiskussion. Um dies an einem Schlüsselproblem zu zeigen: Die Erklärung des Genozids an den Juden und der übrigen (hier als bekannt vorauszusetzenden) furchtbaren faschistischen Verbrechen fällt den Anhängern des Primats der Poli-

⁹⁾ Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 26. Juni 1933, in: Manfred Geis, Politik aus dem Exil — Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland, in: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933 bis 1945. Mit Beiträgen von Manfred Geis, Margrit Grubmüller u. a., Bonn 1982, S. 525—647, der Aufruf S. 622 f., Zit. ebda.

¹⁰⁾ Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 7. Juni 1934, in: Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932—1935, Frankfurt/M. 1976, S. 89—94, hier S. 93 (Hervorhebung im Original).

¹¹⁾ Deutschland-Berichte, Bd. 1, S. 459. Zur KPD-Politik der dreißiger und vierziger Jahre vgl. die kritische und materialreiche Studie von Horst Duhnke, Die KPD 1933 bis 1945, Köln 1972.

tik erheblich leichter als denen des Primats der Ökonomie (zu denen man, dem obigen Zitat zufolge, auch Klotz wird rechnen dürfen) — Ausschwitz läßt sich jedenfalls eher aus der faschistischen Ideologie und ihrer Umsetzung durch eine verselbständigte Exekutive als aus irgendwelchen Interessen oder Sachzwängen kapitalistischer Ökonomie ableiten. Ferner impliziert der Primat der Politik keineswegs die Auffassung, der Faschismus sei *keine* „Form der kapitalistischen Herrschaft“ (was immer das genau sei). Meines Wissens hat kein sozialdemokratischer Autor je bestritten, daß es sich um ein spezifisches politisches System auf kapitalistischer Grundlage handelt. Die Behauptung gar, die „Trennung von Politik und Ökonomie“ sei — noch dazu „mehrheitlich“ — schon von „der“ Weimarer SPD vertreten worden, ist so nicht haltbar¹²⁾. Und schließlich dürfte — besonders *post festum* — die NS-Wirtschaftspolitik langfristig-tendenziell in der Tat eher als dysfunktional denn als systemkonform zu beurteilen sein: Sie war Politik für einen nicht nur nicht gewinnbaren, sondern sogar selbstzerstörerischen Krieg. Die Folgen bekam auch die Bourgeoisie zu spüren. (Das schließt nicht aus, daß sie vorher *jede* — auch zutiefst inhumane — vom Faschismus offerierte Gewinnmöglichkeit zu nutzen versuchte.) Dies war in den dreißiger Jahren höchstens ansatzweise vorauszusehen. Gleichwohl scheint es, als hätten die Sopade-Leute die Gegenwart ihrer Zeit und die sich abzeichnende Zukunft tendenziell angemessener beurteilt als heute Klotz die Vergangenheit.

Textprobe 6: „Diese (von den Deutschland-Berichten registrierte — R. St.) Mißstimmung und Enttäuschung unter den Kleingewerbetreibenden hatte jedoch keine *politischen* Gründe gehabt, sondern sie war ein Reflex materieller Sorgen und Nöte, der dann ökonomisch und sozial, aber insbesondere sozialpsychologisch vom faschistischen System ausgeglichen wurde. Denn zwischen 1933 und 1935 wurden wichtige ökonomische und soziale Forderungen des Handwerks erfüllt ... Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich im Handel ... Um so widersprüchlicher und wenig realistisch sind die DB (Deutschland-Berichte — R. St.), wenn sie fortwährend von einem Zerbröckeln der faschistischen Massenbasis berichten, ja gerade dies zum Kern antifaschistischer Propaganda ... wurde.“ (S. 34)

Für diese (hier stark geraffte) Passage avancieren Detlev Peukert und, einmal mehr, Wolfgang Sag-

¹²⁾ Vgl. dazu die in Anm. 4 genannte Literatur.

gau zu Zitierautoritäten bezüglich der Realgeschichte des Mittelstandes im „Dritten Reich“. Peukerts äußerst summarisches Mittelschichten-Kapitel erhebt nicht den Anspruch originärer Forschungsleistung, sondern faßt die Ergebnisse Dritter zusammen¹³⁾. Saggau stützt sich auf eine dogmatische DDR-Arbeit¹⁴⁾, die westliche Literatur souverän ignoriert und neuere Forschungen (vor allem von Adelheid von Saldern) ohnehin noch nicht kennen kann.

Sieht man über solche Merkwürdigkeiten hinweg, so bleiben noch immer zwei Probleme. Erstens: Zu nachgerade apodiktischen Aussagen über Lage und Bewußtsein des Mittelstandes nach 1933, wie sie Klotz trifft, gibt es keinerlei Veranlassung — dazu sind die Forschungslücken noch viel zu groß. Zweitens, und damit zusammenhängend: Selbst wenn Klotz' unbekümmerte Setzungen zutreffen, so ist noch keineswegs ausgemacht, daß seine heutige Sicht der Dinge auch bereits damals die der Sopade hätte sein können oder gar müssen. Eher müßte sich Klotz den Vorwurf des Beckmesertums gefallen lassen als die Deutschland-Berichte den des mangelnden Realitätsbezuges. Überhaupt kann der Realitätsgehalt der Deutschland-Berichte nicht durch globale (wenn nicht dubiose) Literaturhinweise positiv oder negativ hypostasiert werden. Notwendig wäre vielmehr ein systematischer Vergleich der Berichte mit den Resultaten der bereits vorliegenden (und der noch zu erarbeitenden) NS-Regional- und Lokalforschung, etwa mit den Stimmungsberichten des SD, mit Masons Befunden über die Sozialpolitik im „Dritten Reich“ usw. Danach hätte man sicher ein zuverlässigeres, wenn auch keineswegs vollständiges Bild von der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit des deutschen Systemfaschismus in den Deutschland-Berichten der Sopade.

Die Liste problematischer Textproben soll damit geschlossen werden, obwohl sie noch beträchtlich verlängert werden könnte. Das Fazit lautet: Bei Klotz erfährt man wenig Erhellendes über die Deutschland-Berichte oder über die Sopade, dafür aber Aufschlußreiches über die methodischen Schwächen der „Marburger Schule“.

Reinhard Sturm, Göttingen

¹³⁾ Vgl. dazu im einzelnen meine Rezension in: SOWI, 13 (1984) 4, S. 68 ff.

¹⁴⁾ Erich Paterna u. a., Deutschland von 1933 bis 1939 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, 11. Beitrag), Berlin (Ost) 1969, S. 220 ff.



Reinhard Sturm beabsichtigte in seiner Kritik meines Beitrages die methodischen Schwächen der „Marburger Schule“ offenzulegen (ob es die „Marburger Schule“ gibt, wäre eine eigene Untersuchung wert. Hier soll sie verstanden werden als wissenschaftliche Methode Wolfgang Abendroths, die sich dem materialistischen Ansatz verpflichtet weiß). Der Nachweis mußte m. E. mißlingen, schon weil die Methode seines Vorgehens Schwächen aufweist, die charakteristisch sind für eine spezifische sozialhistorische Geschichtsbetrachtung der Geschichte der Arbeiterbewegung¹⁾. Meine Einwände beziehen sich hauptsächlich auf folgende Punkte:

1. Der überwiegende Teil seiner Kritik wird anhand von Textproben vorgenommen;
2. der wissenschaftstheoretische und methodische Fundus ist zu bruchstückhaft, seine antithetischen Formulierungen sind daher von geringer Konsistenz, eine Beweisführung ist daher kaum möglich;
3. Sturms Gegenthesen können sich daher an den Textproben nicht beweisen;
4. das angeblich „nicht untypische Darstellungs- und Interpretationsverfahren“ der „Marburger Schule“ (z. B., daß im Zweifelsfall die dogmatische Theorie Vorrang vor der komplizierten, sperrigen Empirie habe) wird in Form von Behauptungen seiner Kritik vorangestellt. Dieses nicht weiter entwickelte Darstellungsverfahren bildet aber die methodische Grundlage seiner Kritik. Aufgrund von bloßen Behauptungen kann jedoch nicht der zu kritisierende Gegenstand analysiert werden, bzw. das Ergebnis dieser Analyse kann nicht realitätsgerecht sein, und zwar schon im rein methodischen Verfahrensinne nicht. Was ‚realitätsgerecht‘ im einzelnen bedeutet, will ich unten darlegen.

Ich werde zuerst einige wesentliche allgemein-methodische Grundlagen des Ansatzes der „Marburger Schule“ ausführen und sie dann am Beispiel des Komplexes ‚SPD und Faschismus‘ konkretisieren.

W. Abendroth hat das Modell einer Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung entwickelt, „die ihren Gegenstand immer als Subjekt und Objekt der Gesamtgesellschaft zeigt und zugleich aktives Moment aktueller Auseinandersetzung ist“²⁾. Die Möglichkeit meiner Replik sehe ich also auch als Verdeutlichung des Ansatzes und der wissenschaftlichen Leistungen W. Abendroths und seiner Schüler. Damit eng verbunden ist die methodische

¹⁾ Vgl. W. Saggau, Faschismustheorien und antifaschistische Strategien der SPD, Köln 1981, S. 9 ff.

²⁾ F. Deppe/G. Fülberth/J. Harrer, Zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1979) 5, S. 570.

Reflexion über die „Objektivität“ der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis, also die Klärung eines Problems, über das die der materialistischen Methode verpflichtete Wissenschaft (wie W. Abendroth und Schüler) mit der kritischen Sozialwissenschaft (z. B. Habermas, Negt, usw.) in (teilweise) produktivem Streit liegt. Im gesamtgesellschaftlichen Rahmen ist die Frage nach objektiver geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis aus verständlichen (weiter unten ausgeführten) Gründen entweder tabuisiert oder wird — wie in der empirischen Sozialforschung — durch eine unendliche Vielfalt idealtypischer Setzungen konstruiert: Also existieren dem Scheine nach viele Objektivitäten? Wie ist dem *Circulus vitiosus* zu entkommen?

W. Abendroth: „Idealtypische Setzungen erweisen also ihren wissenschaftlichen Wert erst daran, ob sie dem gesellschaftlichen Material immanent sind, ob ihnen reale Typen gesellschaftlichen Verhaltens entsprechen. Sie sind diejenigen Abstraktionen, die das Moment der Identität in der Vielfältigkeit der geschichtlich-sozialen Erscheinungen jeweils situationsadäquat erfassen, wenn sie sinnvoll sein soll.“³⁾ Damit ist einmal ausgesagt, daß sich die geschichtlich-sozialen Erscheinungen (also z. B. die historischen und konkreten Interessen einer Klasse, eines Teils einer Klasse, einer bestimmten Gruppe usw.) im Bewußtsein, in Theorien, in idealtypischen Setzungen usw. widerspiegeln. Gleichzeitig stellt sich über diese Bewußtseins- und Reflexionsprozesse Parteilichkeit her, also sie reflektieren zustimmend, differenzierend oder ablehnend die Interessen einer Klasse, eines Teils einer Klasse oder einer bestimmten Gruppe usw. Zweitens ist darin ausgesagt, daß Theorien und idealtypische Setzungen immer Teile der Wirklichkeit abbilden. Der *materialistische Ansatz* beansprucht, die Wirklichkeit als *Totalität* seiner widersprüchlichen Teile erfassen zu können.

Aus verständlichen Gründen muß ich mich in meiner Replik auf Setzungen beschränken: In der Kritik der politischen Ökonomie hat Karl Marx die Widersprüche dieser Gesellschaft und der vorangehenden als das treibende Element für die sich entwickelnde Totalität erkannt. „Den Widerspruch als das treibende Moment der Entwicklung erkennen ist für eine Theorie identisch mit: sich auf einen Standpunkt stellen, heißt auch: sich auf den Standpunkt derjenigen ‚Seite‘ des Widerspruchs stellen, in dem die nächste Stufe der Entwicklung sich ankündigt. Die Theorie der widersprüchlichen gesellschaftlichen Totalität kann nicht anders als *parteilich* sein; es sei denn, sei wendet sich gegen das, was sie als real erkannt hat. Parteilichkeit in diesem

³⁾ W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967, S. 10.

Verstande ist also nicht die (wert- oder wie auch immer bezogene) Entscheidung des Wissenschaftlers. Sie ist eine nicht an den Erkenntnisgegenstand herangetragene Entscheidung; sie folgt notwendig der Analyse des Gegenstandes.“⁴⁾

Weil also der Erkenntnisgegenstand, hier der Kapitalismus, nicht neutral ist, kann auch die Erkenntnis selbst nicht neutral sein. Im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft hat sich die Arbeiterbewegung in ihren Organisationsformen als jene „Seite“ des Grundwiderspruchs von Kapital und Arbeit entwickelt, in der sich die nächste Stufe der Gesellschaftsentwicklung ankündigt, die soziale Emanzipation der menschlichen Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung ist selbst ein Produkt des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses. Ihre Organisationen entstehen auf der materiell-gesellschaftlichen Grundlage zwischen Kapitalbewegung und Klassenbewegung.

Die Hauptfrage, die sich im Zusammenhang mit der Kritik Sturms nun stellt und die nur konkret-historisch beantwortet werden kann, ist, inwieweit die Organisationen der Arbeiterbewegung dazu beigetragen haben, die Entwicklungsrichtung, also die Entwicklung hin zum Sozialismus, zu bestimmen bzw. zur Verhinderung des Faschismus und nach 1933 zum Kampf gegen den Faschismus beigetragen haben. Solcherlei Erkenntnisse wurden im übrigen selbst im zentralen Theorieorgan der Weimarer SPD „Die Gesellschaft“ publiziert⁵⁾.

Die Aussagekraft des materialistischen Ansatzes soll nun am Problemzusammenhang „Faschismusanalyse — antifaschistische Strategie“ überprüft werden.

Zuerst eine rein sachliche Korrektur an der Interpretation Sturms der Textprobe 1: Die Dissertation

4) H. W. Jung/G. v. Staehr, Historisches Lernen, Didaktik der Geschichte, Köln 1983, S. 52.

5) „Fehr trifft den Kern des Problems, wenn er in seiner Abhandlung über die ‚Marxschen Prognosen‘ resümiert: ‚Die theoretische Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung, ihrer Richtung, ihrer treibenden Kräfte und ihrer hemmenden Schranken soll der Arbeiterklasse und ihren Organisationen ermöglichen, aus der Erkenntnis des historischen Prozesses die eigene Rolle darin zu bestimmen, die Richtung des Klassenhandelns auf lange Sicht festzulegen, sich zum Subjekt der Geschichte zu erheben. Die Klasse, die ihre Rolle derart selbst bestimmt, kann sich wohl taktisch elastisch allen Wechselfällen der ökonomischen und politischen Situation anpassen — sie kann aber nie zum Spielball, zum bloßen Objekt bloßer Konstellationen und der von ihnen automatisch erzeugten Ideologien werden. Von der Fähigkeit zur theoretischen Prognose hängt der Subjektcharakter, das heißt die klassenmäßige Selbständigkeit der proletarischen Politik ab.“ Fehr, Die Marxsche Prognose und der Revisionismus, in: Die Gesellschaft, Heft 3, März 1933, S. 420 ff., zit. n. W. Saggau (Anm. 1), S. 196.

W. Saggau (im übrigen auch eine empirische Studie, die widerlegt werden müßte, was der Autor leider verabsäumt hat) bezieht sich auf „Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD . . . in der Endphase der Weimarer Republik und in der Emigration“. Von daher beziehen sich ihre Ergebnisse gegen den aufkommenden Faschismus und gegen den Faschismus an der Macht. Seine diesbezügliche Untersuchung geht ausdrücklich davon aus und hält dieses Vorhaben durch, die damaligen realen Informationsmöglichkeiten und -grundlagen für die sozialdemokratischen Verfasser vom Stand der heutigen wissenschaftlichen Forschung zu unterscheiden. „Es ist also methodisch unhaltbar, den heutigen Erkenntnisstand als Maßstab für die Bewertung der damaligen Ergebnisse der Sozialdemokraten, für das Erkennen oder Nichterkennen des Faschismus zu verwenden.“⁶⁾ Nicht anders bin ich in meinem Beitrag über die ‚Deutschland-Berichte‘ der Sopade verfahren.

Die These Saggaus, daß es sowohl in quantitativem wie in qualitativem Maße detaillierte und umfangreiche ‚Informationen‘ der SPD zur Faschismusproblematik gab, ist in ihrer Aussagekraft zu präzisieren: Erstens ist damit noch nichts darüber ausgesagt, welche Faschismusinterpretation in der SPD dominierte, und zweitens ist mit dem Begriff ‚Informationen‘ nichts darüber ausgesagt, inwieweit sie den Charakter, das Wesen und die Funktion des Faschismus erfassen. Die Klärung dieser beiden Fragen ist aber ganz wesentlich für die Bestimmung des Verhältnisses von Faschismusanalyse und antifaschistischer Strategie sowie zur Beantwortung der Frage des Verhältnisses von Erkenntnismethode (also der politischen Theorie) und der empirisch-vorfindlichen Wirklichkeit.

In der Tat wurde z. B. von der linkssozialistischen Fraktion der Partei um Seydewitz eine *weiterreichende* Analyse des Faschismus entwickelt⁷⁾. Seydewitz sah im Faschismus „die letzte Waffe der Bourgeoisie ‚beim Kampf‘ um die Aufrechterhaltung der großkapitalistischen Klassenherrschaft“ und bewertete ihn als „ein untrennbar mit der Bourgeoisie verbundenes Stück der kapitalistischen Klassenherrschaft“^{7a)}. Aufgrund der Faschismusanalyse (die hier nicht weiter ausgeführt werden kann) wurde eine antifaschistische Strategie gefordert, die von der übrigen Partei abgelehnt wurde — die *Einheitsfront*. Gerade das Fehlen eines einheitlichen Konzeptes der Arbeiterbewe-

6) W. Saggau (Anm. 1), S. 13.

7) Vgl. W. Saggau (Anm. 1), S. 103 ff.

7a) Seydewitz/Graf/Weckerle/Adler/Petrich, Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse, Berlin o. J. (1931); hier: Seydewitz, Politische Auswirkung der Krise, S. 114, zit. n. W. Saggau (Anm. 1), S. 107.

gung (also auch der KPD⁸⁾) gegen den Faschismus führte zur Abspaltung von Teilen der linkssozialistischen Fraktion und zur Gründung der SAP 1931 und später zu den Revolutionären Sozialisten Deutschlands⁹⁾.

Es ist also zu beachten, daß aufgrund ihrer Faschismusanalyse die Linkssozialisten detaillierte Kampfmaßnahmen mit einer konsequent antifaschistischen Stoßrichtung entwickeln konnten. Die Ursachen der „Folgenlosigkeit“ dieser Faschismustheorien für die antifaschistische Praxis der SPD lagen u. a. an den innerparteilichen Organisationsstrukturen. Die SPD-Parteiführung besaß eine Reihe von zentralen Entscheidungspositionen, die der Entfaltung linkssozialistischer Politik(-theorien) enge Grenzen setzten. Darüber hinaus verfügte die Linke in den entscheidenden Gremien nur über einen geringen Einfluß¹⁰⁾. Dagegen besaß die Parteiführung nahezu alle Möglichkeiten, ihre Interpretation zu publizieren und mit dem gesamten Organisationsapparat zu propagieren.

Die dominierende politische Theorie der SPD über den Faschismus hängt wesentlich zusammen mit der Erkenntnismethode, die vor allem in der Theorie vom organisierten Kapitalismus erscheint¹¹⁾. Die erkenntnismethodische Trennung von politischer und ökonomischer Ebene ermöglichte es, die neue *politische* Qualität bürgerlicher Herrschaft, die mit dem Machtantritt des Faschismus vorlag, zu verabsolutieren.

Die Mehrheit der SPD vor und nach 1933 legte bei der Charakterisierung des Wesens des faschistischen Systems das Hauptgewicht auf die *machtpolitischen* Interessen des Staatsapparates. Diese Bestimmung führte zu einer Vielzahl von Faschismusbildern, je nach „Durchsetzung bestimmter Personen bzw. ‚Machtfraktionen‘ bei der Erringung staatlicher Herrschaftspositionen“¹²⁾. Dieses methodische Vorgehen aber verhindert es, den Faschismus als „konkret-historisches“ und „allgemein-gesellschaftliches“ Phänomen zu begreifen¹³⁾. Der erkenntnistheoretische Ansatz erlaubt den Schluß, „das Monopolkapital könne bei Dominanz der Faschisten im staatlichen Bereich ‚Gefangener Hitlers‘, ‚Opfer‘ der wahnwitzigen

Machtpolitik der Faschisten werden“¹⁴⁾. Gerade in diesen beiden Punkten will ich Sturm widersprechen, der die These vom Primat der Politik gegenüber der Ökonomie als vermeintlich in der wissenschaftlichen Diskussion allgemein anerkannt aufstellt. Im Gegenteil, es haben gerade in diesen beiden Fragen nichtmarxistische Autoren eine andere Auffassung¹⁵⁾. Wie wir anhand der Einschätzungen der Linkssozialisten über den Faschismus sehen konnten, war auch historisch durchaus eine andere, realitätsgerechtere antifaschistische Strategie praktikierbar gewesen. Es wäre eine antifaschistische Stoßrichtung verallgemeinerbar gewesen, die heute auch Nichtmarxisten zu ihrer Erkenntnis gemacht haben.

In diesem Zusammenhang kann auch der Genozid an den Juden nicht als Beleg für den Primat der Politik angeführt werden; denn es darf bezweifelt werden, ob der *Charakter* und das *Wesen* des (deutschen) Faschismus sich allein aus der Judenvernichtung als *Bestimmungsmoment* ableiten läßt (siehe dagegen das überreiche Quellenmaterial zum Faschismus, das damals wie heute für den Primat der Ökonomie spricht)¹⁶⁾.

Im übrigen lagen dem Massenmord an den Juden *auch* ökonomische Profitinteressen zugrunde, wenngleich aus der Feststellung, zwischen Profitinteressen, Faschismus und Massenmord bestünde ein unmittelbarer kausaler Zusammenhang, nicht geschlossen werden kann, er sei *direkt* aus den Profitinteressen der herrschenden Klasse ableitbar¹⁷⁾.

Die These von der Dysfunktionalität ist ebenso unhaltbar wie waghalsig und gefährlich. Von Anbeginn an (man betreibe das Studium der Quellen¹⁸⁾ war klar, daß der Faschismus *Krieg* bedeutet. Dazu war die NSDAP schon vor 1933 entschlossen und auch die Führungsgruppen aus Wirtschaft und Militär strebten die Verwirklichung des Programms an, „die östlichen Länder zu unterwerfen und auszubeuten und für das deutsche Reich wieder eine Weltmachtstellung zu erobern“¹⁹⁾. Daß der Krieg nicht gewinnbar war — woher nimmt Sturm im nachhinein diese Erkenntnis?

Was folgt nun aus dem methodischen Ansatz der Exil-SPD, den Faschismus zu interpretieren, für ih-

⁸⁾ Vgl. F. Deppe/G. Fülberth/J. Harrer (Anm. 2), S. 577—584.

⁹⁾ Vgl. J. v. Freyberg, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit, Köln 1973.

¹⁰⁾ Vgl. W. Saggau (Anm. 1), S. 201.

¹¹⁾ Vgl. H. A. Winkler, Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, und einschlägig eine Sammlung von Texten R. Hilferdings, in: C. Stephan (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis, Bonn 1982.

¹²⁾ W. Saggau (Anm. 1), S. 395.

¹³⁾ Ebd.

¹⁴⁾ Ebd., S. 396.

¹⁵⁾ Vgl. D. Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII (1973); A. Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; J. Radkau, Industrie und Faschismus, in: Neue Politische Literatur (NPL), (1973) 2.

¹⁶⁾ R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975 ff.

¹⁷⁾ Ebd., S. 209 ff.

¹⁸⁾ Vgl. Ebd.

¹⁹⁾ Ebd., S. 280.

ren antifaschistischen Kampf? Ziel war es, sich des Staates zu bemächtigen und die Politik grundlegend zu verändern, wie es Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal²⁰) formulierte. Darüber hinaus hatte ja ihre Faschismusinterpretation den Primat der Politik über die Ökonomie ergeben. Deshalb lag auch das Hauptgewicht der politischen Praxis nicht mehr im Kampf gegen das Kapital, sondern im Kampf gegen die faschistische Staatsmacht. Notwendig blieb bei dieser Orientierung die Bestimmung des Kräfteverhältnisses der Klassen, das sich im Ergebnis von Kapital- und Klassenbewegung ausdrückt, ausgespart. Gleichzeitig unterschied sich diese praktisch-politische Vorgehensweise von derjenigen der KPD. Andererseits: Wollten die Organisationen der Arbeiterbewegung im Kräftefeld von Kapital- und Klassenbewegung zum Erfolg kommen, so war das einheitliche Vorgehen der Arbeiterbewegung *erste Voraussetzung* dafür.

Daß die KPD sich in konkreten historischen Phasen, eigentlich bis 1935, partiell falsch — im Sinne einer realitätsgerechten, dem Antifaschismus zum Erfolg verhelfenden Strategie — verhalten hat, kann nicht bestritten werden. Doch lagen nicht wesentliche Ursachen für das Fehlverhalten der KPD *auch* in der Politik der SPD, die durch eine Stillhalte- und Abwartepolitik die Arbeiterbewegung, ja die eigenen, zur Herstellung der Einheitsfront bereiten Kräfte desorientierte? Die Sozialfaschismusthese bzw. Einheitsfront von unten- und Einheitsfront von oben-Politik hatte einmal objektive Ursachen. Die Analyse der KPD über die Rolle der Sozialdemokratie im aufkommenden Faschismus beruhte vor allem auf Erfahrungen ihrer Basis. Deren praktisch-politische Erlebnisse mit der Sozialdemokratie — vor allem, wenn sie politische Verantwortung trug (ob während der Konstitutionsphase der Weimarer Republik oder im Berliner Blutmai 1932) — *schienen* die Richtigkeit der Sozialfaschismusthese zu belegen. Die Sozialfaschismusthese erhielt Nahrung durch den teilweise *militanten Antikommunismus*, der schon in der Anfangsphase der Gründung der Weimarer Republik zu *einem* wesentlichen politisch-praktischen Kampfinstrument der Sozialdemokratie geworden war. 1932 bezeichneten führende Sozialdemokraten die KPD-Führung als „ein bloßes ‚Sammelsurium wildgewordener Kleinbürger und Intellektueller‘, unaufgeklärter, rückständiger Ar-

beiter“, als „Elemente“, die „käuflich sind“²¹). Das alles kann nicht die Falschheit der Sozialfaschismusthese in Frage stellen, aber die wirklichen Zusammenhänge erklären und die Beantwortung der Frage, welche Organisation der Arbeiterbewegung dem Ziel der sozialen Emanzipation näher ist.

Unbestreitbar sind die Theorie vom organisierten Kapitalismus und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie als zwei wesentliche komplementäre Bestimmungsmomente der politischen Theorie und Strategie der SPD 1933 gescheitert, weil die Frage der Eroberung der Staatsmacht letztlich losgelöst von der ökonomischen Basis behandelt wurde. Hieraus resultierten erhebliche Fehlinterpretationen bzgl. der Konflikte innerhalb der faschistischen Staatsmacht und dementsprechend eine falsche politisch-strategische Orientierung. Die Stimmungsberichte in den „Deutschland-Berichten“ der Sopade bieten dafür Material. In der Emigration wurden dennoch diese Anschauungen beibehalten, ja vertieft, m. E. ein Beleg für den prinzipiellen Fehler in der politischen Theorie der dominierenden Strömung in der SPD, aus dem *notwendig* Schwächen in der politischen Strategie resultieren, wenn wir Theorie und Praxis als (widersprüchliche) Einheit auffassen.

Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität hängt von der Fähigkeit ab, eine realitätsgerechte Gesellschafts- und Klassenanalyse zu erstellen und sie in den praktisch-politischen Kampf umzusetzen. Damit ist ein wichtiger Maßstab genannt für die Beurteilung des Zusammenhangs von politischer Theorie und politischer Praxis der Organisationen der Arbeiterbewegung.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, daß überhaupt nichts zur Klärung politisch-historischer Fragen beigetragen wird, indem wissenschaftliche Untersuchungen, ob nun in der DDR, innerhalb der „Marburger Schule“ oder in sozialdemokratischen, konservativen oder liberalen wissenschaftlichen Institutionen entstanden, mit dem Etikett versehen werden, a priori zum Fortgang wissenschaftlicher Erkenntnisse nichts beitragen zu können — der „Kommentar insoweit überflüssig“ sei, wie Sturm meint (Textprobe 3). Eine Klärung kann allerdings erreicht werden in Verbindung mit einer wissenschaftlichen Theorie, die sich an der Realität bestätigen muß — polemische Rundumschläge helfen hier wenig.

Johannes Klotz, Marburg

²⁰) Vgl. P. Sering, *Jenseits des Kapitalismus*, Nürnberg 1946, S. 120.

²¹) Crispian auf dem Berliner Parteitag der SPD, Protokoll, S. 43 f., zit. nach W. Saggau (Anm. 1), S. 167.

Hans Mommsen: Die Geschichte des deutschen Widerstands im Lichte der neueren Forschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/86, S. 3—18

Der Beitrag skizziert den mit wachsender zeitlicher Distanz und Ausweitung des Forschungsinteresses eintretenden Paradigmenwandel für die Beurteilung der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler. Er konstatiert ein rückläufiges öffentliches Interesse an der Bewegung des 20. Juli 1944. Dies beruht teils auf der Preisgabe der ursprünglichen Legitimierungsfunktion des Widerstands für die westdeutsche demokratische Rekonstruktion, teils auf der in der frühen wissenschaftlichen Behandlung des Widerstands feststellbaren und in der didaktischen Umsetzung bis heute wirksamen Stilisierung der Verschwörer des 20. Juli als in sich geschlossener, zugleich die Gesamtheit der sozialen Schichten und oppositionellen Gruppierungen repräsentierender Bewegung. Die mangelnde Einbeziehung der politischen Motive einschließlich der insbesondere seit 1943 auftretenden richtungspolitischen Divergenzen, sowie eine dualistische Entgegensetzung von Widerstand und Trägern des Regimes erscheint nicht geeignet, ein langanhaltendes Interesse am Widerstand zu begründen.

Der Verfasser plädiert demgegenüber für eine Interpretation des Widerstands als Reflex der politischen Bedingungen des Dritten Reiches und als Indikator für die in der nationalsozialistischen Eroberung endgültig sichtbar gewordenen Krise der deutschen Gesellschaft. Diese vermochte zwar gegenüber den Gewaltverbrechen moralische Gegenkräfte in begrenztem Umfang zu mobilisieren, entwickelte jedoch kein politisches Konzept, das beanspruchen konnte, eine langfristig tragfähige Lösung der sozio-ökonomischen Spannungen im Innern und der transnationalen Reorganisation Europas zu sein.

Im Unterschied zu der bisherigen Forschung wird die Bedeutung des Kreisauer Kreises, aber auch der sozialistischen Verschwörergruppe für den 20. Juli 1944 stärker akzentuiert. Andererseits wird gegen eine Einbeziehung des Widerstandsbegriffs durch die Einbeziehung von Dissens und Verweigerung Stellung genommen. Jenseits der zeitgebundenen politischen Vorstellungen, die auf die nach 1945 entstandene Situation nicht mehr anwendbar waren, stand jedoch die grundsätzliche Entscheidung der Verschwörer, mit einem schier aussichtslosen Attentat das Vertrauen in die Möglichkeit humaner Politik neu zu begründen.

Klaus-Jürgen Müller: Die nationalkonservative Opposition 1933—1939. Von der Kooperation zum Widerstand

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/86, S. 19—30

Der deutsche Widerstand ist — wie neuere Forschungen nachgewiesen haben — weder eine monolithische noch statische, sondern eine dynamische, prozeßhafte und komplexe historische Erscheinung. Im vorliegenden Aufsatz wird, ausgehend von einer Erklärung der Entscheidung zugunsten des Begriffes „nationalkonservative Opposition“, die Entstehung und Eigenart dieser früher als „bürgerlich-militärischer“ oder „militärisch-ziviler“ Widerstand bezeichneten Gruppierung analysiert.

In historischer Perspektive stellt diese Gruppierung ein extremes Konfliktphänomen im Rahmen der Kooperation traditioneller Machteliten mit dem Nationalsozialismus dar. Teile dieser Machteliten opponierten gegen das sich entfaltende NS-System, da in ihren Augen ihre doppelte Zielsetzung — nämlich der Entente-Charakter des Systems und/oder die Möglichkeit deutscher Großmachtpolitik in Europa — von Kräften der NS-Bewegung bzw. von Hitler selbst in Frage gestellt und gefährdet wurde. So kam es im Verlauf von drei Regime-Krisen (Röhm-Affäre 1934, Fritsch-Blomberg-Krise 1938 und Sudetenkrise im Sommer 1938) zur Herausbildung einer nationalkonservativen Opposition. Diese stellte sich zunächst dar als ein systemimmanenter Machtkampf zwischen Teilen der nationalkonservativen Bündnispartner Hitlers und dessen Bewegung, dem sowohl Tendenzen der Regimereform als auch der gewaltsamen Regimesäuberung innewohnten. Sodann entwickelte sich im Verlaufe der Sudetenkrise eine Antikriegspartei, deren Kriegsverhinderungspolitik zusammenfloß mit den bisherigen Tendenzen eines systeminternen Machtkampfes. Gleichzeitig entstand jedoch auch eine kleine Gruppierung, welche auf einen Staatsstreich abzielte. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, angesichts drohender Kriegsgefahr, vereinigten sich Antikriegspartei und Staatsstreichgruppe zu einer systemdestabilisierenden Tendenzen entschlossenen realisierenden Opposition, die als Widerstand zu bezeichnen ist, und in deren Reihen erstmals der Gedanke an ein Attentat aufkam. Der Kompromiß von München 1938 ließ diese in ihren Motiven und z. T. in ihrer Zielsetzung uneinheitliche Widerstandsgruppierung dann wieder auseinanderbrechen. Erst nach dem Kriegsausbruch 1939 fanden sich diese Kräfte wieder zusammen, um im Kern bis zum 20. Juli 1944 zusammenzuarbeiten.

Ger van Roon: Der Kreisauer Kreis und das Ausland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/86, S. 31—46

Der Beitrag befaßt sich mit den ausländischen Erfahrungen und Kontakten des Kreisauer Kreises. Im Gegensatz zu anderen Gruppen des bürgerlichen Widerstandes gehörten die Kreisauer überwiegend der jüngeren Generation an. Sie waren nicht mehr vom Kaiserreich, sondern vom Ersten Weltkrieg, vom Internationalismus der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und von den Folgen der Weltwirtschaftskrise geprägt. Viele von ihnen hatten durch die Minderheitenproblematik die Übersteigerung des Nationalismus kennengelernt und sich auch deswegen für die Arbeit des Völkerbundes interessiert. Dazu kamen die vielen Eindrücke von Reisen innerhalb wie außerhalb Europas, die das Auslandsbild der Kreisauer beeinflußt haben.

Wenn auch ihr Internationalismus sich nicht allein auf Europa beschränkte, so war für sie die Neukonstruktion eines europäischen Ordnungssystems nach dem Kriege eine der wichtigsten Leitlinien. Bemerkenswert und nach wie vor aktuell an ihren Vorstellungen ist der gesamteuropäische Gedanke sowie die Akzentuierung wirtschaftlicher und regionaler Aspekte. Seit 1941 haben die Kreisauer mit ihren Ansichten einen breiteren Kreis im deutschen Widerstand beeinflussen können. Ganz anders verliefen jedoch die unter äußerst schwierigen Bedingungen aufgebauten Beziehungen zu den Alliierten. An der Erfolglosigkeit dieser Kontakte waren allerdings nicht die politischen Konzeptionen der Kreisauer Schuld, sondern die Kriegsverhältnisse. Zum einen waren die Kreisauer selber nicht in der Lage, Hitler und sein Regime zu stürzen; sodann wurden auch sie im Ausland zunächst als Deutsche und Gegner betrachtet. Dennoch haben gerade die Mitglieder des Kreisauer Kreises durch ihre internationale und europäische Einstellung eine — auch für die Nachkriegsentwicklung wichtige — Verbindung zwischen den Alliierten und dem deutschen Widerstand herbeiführen können.